

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

FB Politische Wissenschaft
(Diss.-Schr.-Inst.)
2. APRIL 1976
Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-I

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., April 1976

Einzelpreis 3,- DM

XVI. Jahrgang

D 21 395 E

4/76

Aus dem Inhalt:

Alleinbestimmungs-Gesetz	2
Metall-Abschluß unzureichend Reallohnverluste nicht aufgefangen	4
Über Ergebnis der Schlichtung sollen Mitglieder entscheiden	5
Krise beweist Notwendigkeit, AT-Leistungen tarifieren / Interview mit Günther Ballin, Betriebsratsvorsitzender	7
Ein Jahr Kampf in Erwitte Zementarbeiter geben nicht auf	10
Steuerzahlung nach 30 Monaten vorzugsweise für Großverdiener	11
<hr/>	
ÖTV-Bundesjugendkonferenz: Reden und Beschlüsse Erich Frister: Bildungspolitischer Offen- barungseid Bonner Parteitag der DKP: Werner Cieslak: Verhältnis DKP und Gewerkschaften Presseschau	13-20
<hr/>	

Hamburger Aktionsprogramm: GEW besinnt sich auf ihre Aufgaben	21
Nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein	24
Wohnungsbau weiter geschrumpft / „Sozial“-Mieten steigen am stärksten	26
Arbeitsrecht: Neue Entschei- dungen / Kündigungsschutz von Wahlbewerbern	27
Spezialisierte Genossenschaften verändern DDR-Landwirtschaft	28
Die wahren Ursachen für Harold Wilsons Rücktritt Größte Streikwelle seit 40 Jahren Spanier kämpfen für Demokratie	29 30

An diesem 1. Mai, dem Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, haben die Lohn- und Gehaltsabhängigen in unserem Lande und ihre Organisationen – die Gewerkschaften – wahrlich keinen Anlaß zum Jubeln. Sie haben vielmehr allen Grund, in machtvollen Demonstrationen und Kundgebungen ihre Forderungen nachdrücklich zu vertreten und deutlich zu machen, daß sie allen weiteren Angriffen auf ihre in Jahrzehnten erkämpften sozialen Errungenschaften, gleich von welcher Seite sie kommen, die geschlossene Kraft der Organisation entgegenstellen werden.

Nicht ohne Grund hat der Deutsche Gewerkschaftsbund den diesjährigen 1. Mai unter das Motto: „Arbeitnehmer kämpfen für ihr Recht auf Arbeit – Vollbeschäftigung – soziale Sicherheit – DGB!“ gestellt. Angesichts von über zwei Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern, der Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes und gravierendem Lehrstellenmangel ist der Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze gerade das Problem, das den Arbeitern, Angestellten und Beamten und vor allem den jungen Menschen auf den Nägeln brennt. Willi Reiss, dem Frankfurter DGB-Vorsitzenden, ist nur zuzustimmen, wenn er auf einer Pressekonferenz zur Vorbereitung des 1. Mai erklärte: „Unser Kampf gilt denen, die sagen, wir hätten uns auf eine 4- bis 5prozentige Dauerarbeitslosigkeit einzustellen.“

In dieser Situation hat ein großangelegter Angriff der Unternehmer auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung begonnen. Die Bundesregierung ergreift immer offener Partei für die Kapitalinteressen. Das zeigt sich nicht nur in dem im Januar in Kraft getretenen Haushaltsstrukturgesetz, sondern auch im Verlauf der letzten Tarifbewegungen in den Bereichen des öffentlichen Dienstes. Hier wurde den Beschäftigten ein Tarifdiktat mit enormen Realeinkommensverlusten zugemutet. Hinzu kommt ein Mitbestimmungsgesetz, das weder seinen Na-

1. Mai 1976: Kampftag für Recht auf Arbeit

men verdient noch mit den hundertfach erhobenen Forderungen von Gewerkschaftsorganisationen übereinstimmt. Es macht sich ein Klima der Gesinnungsschnüftelei und des Duckmäusertums breit, wird eine Atmosphäre der Unsicherheit geschaffen und dadurch die gewerkschaftliche Kampfkraft direkt geschwächt.

Nicht zu übersehen ist auch das Streben konservativer und reaktionärer Kräfte, die mit dem erfolgreichen Abschluß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki eingeleitete Entspannung in ihr Gegenteil verkehren und die Periode des kalten Krieges wieder beleben wollen.

Es ist darum zu begrüßen, daß der DGB als größte und stärkste Massenorganisation mit rund 7,5 Millionen Mitglieder in seinem Mai-Aufruf auf die Bedeutung starker Gewerkschaften hingewiesen hat, um die Probleme zu lösen und eine „friedliche, demokratische und soziale Welt“ zu schaffen. Es ist jedoch auch eine alte Erfahrung der Gewerkschaftsbewegung, daß diese Kraft auch eingesetzt werden muß, um die gewerkschaftlichen Ziele zu erreichen.

gim

DGB-Aufruf zum 1. Mai: Vollbeschäftigung im Vordergrund

In zahlreichen DGB-Kreisen sind die Vorbereitungen für Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai, dem Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, in vollem Gange. Dieser Tag steht unter dem vom DGB herausgegebenen Motto: „Arbeitnehmer kämpfen um ihr Recht auf Arbeit – Vollbeschäftigung – soziale Sicherheit – DGB!“ Nachfolgend veröffentlichen wir den vom DGB-Bundesvorstand Mitte März veröffentlichten Mai-Aufruf:

Viele Arbeitnehmer erleben eine bittere Zeit der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Jugendliche müssen um eine zukunftssichere Ausbildung fürchten. Das Scheitern von Reformen und der Abbau sozialer Leistungen treffen alle Arbeitnehmer. Die Wirtschaftskrise darf nicht die Stunde der Unternehmer werden. Sie versuchen, aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten für ihre Ziele Kapital zu schlagen. Der Druck auf die Arbeitnehmer, ihre Gewerkschaften und die Regierung beweist dies.

Mehr denn je geht es darum, reformfeindliche Kräfte durch gewerkschaftliche Solidarität und politisches Bewußtsein in ihre Schranken zu weisen. Rücksichtsloses Gewinnstreben darf nicht zur Zielvorstellung in unserer Gesellschaft werden. Im Mittelpunkt stehen der Mensch, die Entfaltung seiner Persönlichkeit und die Erhaltung seiner Schaffenskraft. Diese können sich nur in einer demokratischen und sozialen Gesellschaft entwickeln, die Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit gewährleistet.

– Der DGB fordert Vollbeschäftigung, sichere und angemessene Arbeitsplätze für alle Arbeitnehmer!

Zu den Grundrechten des Menschen gehört das Recht auf Arbeit. Dieses Grundrecht kann nur durch Vollbeschäftigung verwirklicht werden. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften werden es niemandem gestatten, mit einem hohen Sockel von Arbeitslosigkeit oder den Rechten der ausländischen Arbeitnehmer Politik zu machen. Neue Probleme verlangen andere Lösungen. Wenn die traditionelle Wirtschaftspolitik nicht mehr ausreicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, dann müssen neue Wege beschritten werden.

– Der DGB fordert soziale Sicherheit gegen die Wechselfälle des Lebens!

Eine umfassende soziale Sicherheit ist das Ziel des demokratischen und sozialen Rechtsstaats. Sie muß sich auch und gerade bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten bewähren. Ihr Wert darf nicht an den Kosten, er muß an dem Nutzen für die Allgemeinheit ge-

messen werden. Zeitweilige Finanzierungsprobleme sind kein Grund, soziale Leistungen einzuschränken. Darum müssen alle Versuche zurückgewiesen werden, das Netz der sozialen Sicherheit einzureißen.

Um diese Ziele durchzusetzen, brauchen die Arbeitnehmer starke Gewerk-

Alleinbestimmungs-Gesetz

Es kam, wie es dem kapitalistischen System, den systemkonformen Parteien und Unternehmerverbänden in den Kram paßt: Das am 18. März vom Bundestag verabschiedete „Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)“ sieht genau das, was ihm den Namen verleiht – nämlich Mitbestimmung – nicht vor. Gegen ganz wenige Stimmen, also mit der großen Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion, verabschiedete der Bundestag ein Paragrafenwerk, das richtiger „Alleinbestimmungs-Gesetz“ genannt werden sollte.

Denn erst die Tatsache, daß auch nach diesem Gesetz die Kapitaleigner weiterhin das ausschlaggebende Stimmengewicht im Aufsichtsrat der Großunternehmen behalten sollen, ermöglichte der CDU/CSU die Zustimmung. Die Methoden zur Sicherung dieser Alleinbestimmung der Kapitaleise sind bekanntlich die Relativierung der zahlenmäßigen Parität von Anteilseignern und Belegschaftsvertretern durch den zwingend vorgeschriebenen leitenden Angestellten auf der „Arbeitnehmerbank“ und die Doppelstimme für den immer von der Kapitaleise zu stellenden Aufsichtsratsvorsitzenden. Auch sonst weist das Gesetz gravierende Mängel auf, so daß der IG-Metall-Vorsitzende Loderer Anfang März auf der Beiratssitzung der Gewerkschaft von einer „großen Mißgeburt“ und einem „Schritt in die falsche Richtung“ sprach.

Bundesarbeitsminister Arendt hat in seiner abschließenden Rede zur Begründung des Gesetzentwurfes dessen

schaffen. Daher müssen die Arbeitnehmer der antigewerkschaftlichen Hetzkampagne, die von den eigentlichen Problemen und der wirklichen Machtverteilung in unserer Gesellschaft ablenken will, mutig und geschlossen entgegengetreten. Wer den Gewerkschaften Streben nach einem „Gewerkschaftsstaat“ vorwirft, will lediglich seinen eigenen Herrschaftsanspruch betonen. Erst der Zusammenschluß der Arbeitnehmer über alle parteipolitischen, weltanschaulichen und staatlichen Grenzen hinweg kann der Macht der nationalen und multinationalen Unternehmen und Konzerne wirksam begegnen.

Gewerkschaftliche Solidarität und internationale Zusammenarbeit verfolgen das Ziel:

– ein politisch und wirtschaftlich einiges Europa,

– eine friedliche, demokratische und soziale Welt!

gesellschaftspolitische Funktion noch einmal klar formuliert: „Weil wir mit diesem Gesetz einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung, aber auch zur Stabilisierung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung erbringen... wird der Tag des Inkrafttretens des Gesetzes ein historisches Datum sein.“ Also Festigung des kapitalistischen Klassen-Wirtschaftssystem und nicht Verwirklichung legitimer Forderungen der Arbeiterschaft nach grundlegenden demokratischen Reformen sind das vorrangige Motiv für das sogenannte Mitbestimmungsgesetz.

Etwa 600 bis 650 Unternehmen werden von dieser quantitativen Fortentwicklung der betriebsverfassungsrechtlichen Regelung erfaßt. Ohne Zweifel liegt es jetzt im gewerkschaftlichen Sinne, im Interesse der in den Großunternehmen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, das Gesetz auf Bestimmungen abzuklopfen, die von den Gewerkschaften für die Interessenvertretung der arbeitenden Menschen ausgenutzt werden können. Daneben aber gibt es den Kampf für unverfälschte paritätische Mitbestimmung ohne Pause weiterzuführen, wie das in zahlreichen gewerkschaftlichen Stellungnahmen schon ausgedrückt wurde.

Die Frage nach der Parität muß auch wieder Kernstück der vom DGB angekündigten „Prüfsteine“ für die Parteien zur Bundestagswahl werden. Der bisherige „Prüfstein“ zur Mitbestimmung ist durch die Zeugung der Bonner „Mißgeburt“ keineswegs erledigt.

Gerd Siebert

Engagement für Abrüstung

„Abrüstung ist zum Schlüsselproblem unserer Zeit geworden. Sie ist ein entscheidendes Mittel, den sozialen Fortschritt zu finanzieren, neue und sichere Arbeitsplätze zu schaffen, Geld und Arbeitskraft ausschließlich Aufgaben zu widmen, die der Gesellschaft nutzen.“ So heißt es in einem Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit zur Demonstration am 22. Mai 1976 in Bonn. Über 5000 Persönlichkeiten in der Bundesrepublik haben diesen Aufruf inzwischen unterzeichnet, um in der Öffentlichkeit ein deutliches Zeichen für die Forderung nach Rüstungsstopp und Fortsetzung der Entspannungspolitik zu setzen.

Das gebietet die Konsequenz aus den Vereinbarungen von Helsinki ebenso wie auch schlicht die politische Vernunft. „Abrüstung hat nie ein Problem gelöst und wird auch in Zukunft keine lösen“, stellen die Unterzeichner des Aufrufes fest. „Überall fehlt es an Geld, ‚Wildwuchs‘ soll abgebaut werden, drastische Sparprogramme werden verabschiedet.“ Die Alternative dazu könne nur Abrüstung heißen – und zwar jetzt.

Unter den Aufrufern zur Bonner Demonstration befinden sich fast 200 Betriebsratsvorsitzende und -mitglieder, Jugendvertreter, Vertrauensleute und andere Gewerkschaftsfunktionäre. Persönlichkeiten wie Willi Bleicher finden sich auf der Liste ebenso wie z. B. der Schauspieler Hans-Jörg Felmy oder Hilda Heinemann, die Frau des ehemaligen Bundespräsidenten. Die Bonner Demonstration betrifft ein Anliegen, das seit vielen Jahren auch Gegenstand des gewerkschaftlichen Engagements ist. Das sollte durch starke Beteiligung von Gewerkschaftlern an der Demonstration, die Lebensfragen der Nation betrifft, nochmals unterstrichen werden.

Sb.

DKP-Parteitag

Mit ihrem 4. Parteitag, der vom 19. bis 21. März 1976 in Bonn stattfand, hat sich die DKP als ernst zu nehmende politische Kraft unseres Landes dargestellt. Der Verlauf des Parteitages zeigte, daß die DKP, mit jetzt 42 435 Mitgliedern, sich weiter festigte und ihren Einfluß verstärkte. Ihr politischer Einfluß reicht zweifellos über die gegenwärtige Wählerzahl hinaus.

Durch ihre gesamte Tätigkeit wies die DKP nach, daß sie eine Partei der Bundesrepublik Deutschland ist. Niemandem werde es gelingen, so Parteivorsit-

zender Herbert Mies, die Partei „aus diesem Land, das unsere Heimat ist, herauszukatapultieren“. Zugleich werde es aber auch nicht gelingen, sie von ihrer internationalistischen Haltung abzubringen. Alle Spekulationen wurden in das Reich der Fabel verwiesen, die darauf hinausliefen, die DKP auf einen Kurs gegen den real existierenden Sozialismus zu drängen.

Mit 36 Delegationen ausländischer kommunistischer und Arbeiterparteien war deren Repräsentanz um 50 Prozent größer als auf dem Hamburger Parteitag. Ihre Begrüßungsreden und Begrüßungsschreiben offenbarten das Streben nach Einheit. Das Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Frankreichs, Claude Poperen, meinte, daß das Bestehen von Meinungsunterschieden „in keinem Fall die gemeinsame Aktion für gemeinsame Ziele behindern“ dürfe. (Siehe auch Seite 25 und Einheits, Seiten 18/19.) fer

GLOSSE

Schmidtchen-Schleicher

Nun wird aber Schluß gemacht mit der Verschwendungssucht bei den Managern und Ministergehältern. Wenn die Großunternehmen so viel Profit machen, daß sie Monat für Monat fünfstelligen Summen an ihre Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder zahlen und außerdem noch einmal im Jahr an die Aktionäre Dividende von 10 bis 20 Prozent ausspucken können, dann ist es höchste Zeit, einen Teil davon für die Erledigung öffentlicher Aufgaben wegzusteuern. Und die ähnlich prallen Ministergehälter bekommen auch eine Schlankheitskur verordnet.

Oder etwa nicht? Jedenfalls hat der Kanzler draußen vor den Toren der Bundesrepublik, in Holland, der Wochenzeitung „De Tijd“ in einem Interview Mitte März eingestanden, „daß es bei uns auch viele Menschen gibt, die zuviel verdienen“. Und er wünscht, „daß ihnen ein Teil davon über die Steuergesetzgebung weggenommen würde“. Also mal ein Sparprogramm an der richtigen Stelle, ohne Abbau sozialer Leistungen für den kleinen Mann wie bei dem geltenden?

Weit geteilt! Schmidt denkt an die „Zuvielverdiener“ bei den Massenelkommen. Denn er hat es ausdrücklich abgelehnt, die Einkommen oberhalb 5000 Mark monatlich zu kappen. Gleichmacherei – so der Kanzler – beeinträchtigt das Streben nach Leistung. Also aufgepaßt! Das BAFöG ist „zuviel“, die Arbeitslosenunterstützung zu hoch, und vor allem sind die Lohnforderungen „zuviel“. Schmidtchen-Schleicher schleicht sich immer wieder an. okulus

Fristers Irrtum

In einem Schreiben an die Redaktion der „Demokratischen Erziehung“, das die DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ am 5. März als Leserbrief veröffentlichte, lehnt es der GEW-Vorsitzende Frister ab, den von der Zeitschrift initiierten Appell gegen die Berufsverbote zu unterstützen. In seinem Leserbrief bezeichnet Frister es als „Lüge“, daß Lehreranwälte allein wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer legalen Partei (DKP) abgelehnt würden.

Frister nimmt Anstoß, daß unter den 2000 bisherigen Unterzeichnern des Appells neben den Redaktionen der Zeitschriften „Behindertenpädagogik“, „Das Argument“, „Betrifft: Erziehung“, „SoPo“, „paed. extra“ und bekannten Pädagogen wie Gamm, Klafki, Lingebach und Rückriem sowie namhaften GEW-Funktionären auch Kommunisten sind.

Der GEW-Vorsitzende spricht in seinem Brief DKP-Mitgliedern die Fähigkeit ab, glaubwürdig gegen die Verletzung von Demokratie und Menschenrechten in der Bundesrepublik eintreten zu können, da sie mit seiner Ansicht über den „Hitler-Stalin-Pakt“ und die heutigen Verhältnisse in den sozialistischen Ländern nicht übereinstimmen. Dazu erklärte die Redaktion der „Demokratischen Erziehung“:

„Die Unterzeichner des Appells vertreten sicherlich unterschiedliche Auffassungen zu den Verhältnissen in der UdSSR, CSSR und DDR. Da aber der Appell auf einer gemeinsamen Grundlage ausschließlich zu einem ernsten innenpolitischen Problem Stellung nimmt, lehnen wir es ab, wie Frister die Glaubwürdigkeit der Unterzeichner nach ihrer Einstellung zu solchen Problemen zu klassifizieren, die nicht im Zusammenhang mit unserem Protest gegen die Verletzung von Grundrechten in unserem Staat, der Bundesrepublik Deutschland, stehen. Wir messen die Glaubwürdigkeit an ihrem Eintreten für die gemeinsame Sache, wie es in den Gewerkschaften üblich ist.“

Wir bedauern das sachlich falsche und beleidigende Schreiben Fristers, vor allem deswegen, weil es von dem im gewerkschaftlichen Interesse gebotenen Eintreten gegen eine Aushöhlung der Demokratie, die Vorbereitung von Gesinnungsschnüffelei und Duckmäusertum durch die Berufsverbote ablenkt, die eine Gefahr für die gewerkschaftliche Arbeit darstellen.“

Eine Dokumentation über den Brief von Erich Frister und die ausführliche Antwort der Redaktion ist bei der „Demokratischen Erziehung“, Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, zu erhalten.

KHH.

Metall-Abschluß unzureichend Reallohnverluste nicht aufgefangen

Als am 12. März 1976 in der metallverarbeitenden Industrie im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden ein Verhandlungsergebnis erzielt wurde, waren damit auch die Weichen für die anderen Tarifbezirke gestellt. Dort wurde im wesentlichen auf der gleichen Grundlage abgeschlossen. Der Kern des neuen Tarifvertrages ist die Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter ab 1. April 1976 um 5,4 Prozent. Auch in allen anderen Tarifbezirken wurden diese 5,4 Prozent als Richtschnur genommen, teilweise ohne Pauschalzahlung ab 1. Januar 1976.

Mit dieser Vereinbarung konnten die im Verlaufe des vergangenen Jahres eingetretenen Reallohnverluste nicht aufgefangen werden. Somit wurde das entscheidende Ziel dieser Tarifrunde, zumindest die Reallohnverluste zu sichern, nicht erreicht. Wenn man davon ausgeht, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenwärtig 5,5 Prozent beträgt mit einer steigenden Tendenz, unter Berücksichtigung steigender Sozialabgaben, die über ein Prozent der Lohnsumme aufzehren und der Wirkungen der Steuerprogression, die den Nettolohn um einen weiteren Prozentpunkt mindern, wird das in der metallverarbeitenden Industrie erreichte Ergebnis den Erfordernissen nicht gerecht. Es wird daher von vielen Vertrauenskönnern und auch zahlreichen Tarifkommissionsmitgliedern als unzureichend eingeschätzt.

Die Strategie der Metallunternehmer, zu verhindern, daß die Arbeiter und Angestellten die eingetretenen Reallohnverluste ausgleichen, ist weitestgehend zum Zuge gekommen. Wenn dies nicht völlig gelang, so ist das einzig und allein den Aktivitäten der Arbeiter und Angestellten zu verdanken, die in zahlreichen betrieblichen Streiks den Metallunternehmern vor Augen führten, daß sie auch unter den Bedingungen der Krise bereit sind zu kämpfen. Hätte die IG Metall dieses sichtbar gewordene Kräftepotential in der Endphase der Tarifbewegung genutzt, so wäre ein besseres materielles Ergebnis möglich gewesen, denn dann wären die Verhandlungen offensiver geführt und die Hinhalteaktive der Unternehmer und ihre Provokation in den Verhandlungen, kein konkretes Angebot zu unterbreiten, nicht hingenommen worden.

Es darf auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß Vorstand und Beirat der IG Metall nicht nur die Sicherung des Reallohns anvisierten, sondern auch einen Anteil an der gestiegenen Produktivität für notwendig hielten. Mit dem Abschluß von 5,4 Prozent wurde weder dies noch eine Steigerung der Massenkaufrkraft erreicht. Es konnten die besonders starken Belastungen der unteren Einkommensgruppen, vor allem der

Auszubildenden, auch nicht im entferntesten ausgeglichen werden. In Nordwürttemberg/Nordbaden wie auch in den meisten anderen Tarifbezirken erhalten die Auszubildenden ab 1. Januar 1976 für das erste und zweite Ausbildungsjahr ganze 25 DM und für das dritte und vierte Ausbildungsjahr 30 DM mehr. In Niedersachsen wurde die Vergütung der Auszubildenden im ersten und zweiten Lehrjahr um 35 DM erhöht.

Das keineswegs günstige materielle Ergebnis wurde in Nordwürttemberg/Nordbaden, Südwürttemberg/Hohenzollern und auch im sogenannten Nordverbund, d. h. Bremen, Hamburg, nordwestliches Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dadurch etwas verdeckt, daß eine monatliche Pauschale von 110 DM auch für die Kurzarbeiter für die Monate Januar bis März gezahlt wird. Die Laufzeit der Abkommen über die Lohn-, Gehalts- und Auszubildendenvergütung beträgt in der Regel 12 Monate. Sie sind überwiegend zum 31. Dezember 1976 kündbar.

Es wurde des weiteren eine Verlängerung des Urlaubs in allen Altersstufen um einen Tag erreicht. Dieser Teil der Vereinbarung ist zweifellos als ein Erfolg zu werten, da sich die Unternehmer zuvor grundsätzlich weigerten, überhaupt über eine Verlängerung des Urlaubs zu verhandeln. Jedoch wäre es, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, erforderlich gewesen, für die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten diese Urlaubsverlängerung schon in diesem Jahr wirksam werden zu lassen. In den meisten Tarifbezirken geschieht dies allerdings erst für 1977, und nur in wenigen Bezirken wurde vereinbart, daß zumindest für die bis zu 30-jährigen der Urlaub schon 1976 um einen Tag verlängert wird. Als negativ anzumerken ist, daß dieses Urlaubsabkommen erst zum 31. Dezember 1978 kündbar ist. Damit wurden der Gewerkschaft für drei Jahre die Hände gebunden.

In Nordwürttemberg/Nordbaden und danach auch in anderen Tarifbezirken gelang es, in den Tarifvertrag eine

Klausel aufzunehmen, die beinhaltet, daß Maßnahmen der Unternehmer im Zusammenhang mit der Tarifbewegung unterbleiben bzw. daß bereits erfolgte wieder rückgängig gemacht werden müssen. Im „Handelsblatt“ wurde diese Festlegung in einem Artikel „Warnstreiks zersetzten die Tarifautonomie“ wütend beantwortet. Die Unternehmer wurden ermuntert, „herausgreifend zu kündigen“, d. h. sich willkürlich einige Arbeiter und Angestellten vorzunehmen und ihnen außerordentlich, d. h. fristlos zu kündigen.

Vor allem die Metallunternehmer Nordrhein-Westfalens widersetzten sich hartnäckig der Aufnahme eines Maßregelungsverbotes in den Tarifvertrag, um zu verhindern, daß durch die praktische Duldung spontaner Streikaktionen diese legalisiert werden könnten. Das Prinzip, d. h. die Disziplinierung der Arbeiter und Angestellten, wäre jetzt wichtiger als Prozente, schrieb das „Handelsblatt“ am 23. März 1976. In Niedersachsen und in Westfalen, wo diese Klausel ebenfalls vereinbart wurde, haben die Unternehmer durch einen Brief an die IG Metall versucht, diese in ihrem Sinne umzuinterpretieren.

Die Unternehmer verfolgten in dieser Lohnbewegung aber nicht nur das Ziel, Reallohnverluste zu verhindern, sondern auch politisches Kapital aus dem Tarifkonflikt zu schlagen. Man erlebte, wie der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, feststellte, eine Neuaufgabe unternehmerischer Arroganz, die an die Urzeiten des Kapitalismus im vergangenen Jahrhundert erinnert. Unverhohlen propagierten sie die Unterordnung von Parlamenten und Politikern unter die Ziele der privatwirtschaftlichen Gewinnsicherung. Die sozialen Errungenschaften sollten demonstriert und Steuergeschenke für die Unternehmer herausgeschlagen werden. Vor dem Beirat der IG Metall erklärte der zweite Vorsitzende Hans Mayr, daß die Unternehmer im Begriff sind, stärker als je zuvor die Machtfrage in Wirtschaft und Gesellschaft zu stellen und eine unternehmerische Offensive von seltener Militanz zu starten. Die erforderlich gewesene Antwort der IG Metall erfolgte, wie die Tarifrunde beweist, keineswegs mit der gebotenen Entschiedenheit.

Vor den Funktionären und Mitgliedern der IG Metall, vor allem den Vertrauensleuten und Betriebsräten, steht jetzt die schwierige Aufgabe, dafür zu sorgen, daß zumindest die Tariflohnverluste auch effektiv wirksam werden. Zugleich sollte nicht aus dem Auge verloren werden, daß noch in diesem Jahr die Möglichkeit besteht, durch eine Erhöhung der sogenannten vermögenswirksamen Leistungen (ab 1. Juli 1976) und der betrieblichen Sonderzahlungen ab 1. Oktober 1976 einen Teil dessen nachzuholen, was in dieser Lohnrunde versäumt wurde.

Heinz Schäfer

Über Ergebnis der Schlichtung sollen Mitglieder entscheiden

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sind gescheitert. Unter der Führung von Bundesinnenminister Maihofer versuchten die öffentlichen Arbeitgeber auch in der dritten Verhandlungsrunde, der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) ein Tarifdiktat von unter vier Prozent aufzuzwingen. Der gleiche Vorgang spielte sich auch bei den Verhandlungen der öffentlichen Arbeitgeber mit der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) ab. Hier wurden 3,9 bzw. 3,8 Prozent geboten. In mehreren Warnstreiks und Demonstrationen brachten die Beschäftigten ihre Empörung zum Ausdruck. Inzwischen wurde die Schlichtung eingeleitet. Bis Redaktionsschluß lag noch kein Ergebnis vor.

In allen drei Tarifbereichen liegt die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen eindeutig bei den öffentlichen Arbeitgebern, die den Beschäftigten enorme Reallohnverluste zumuten. Das machte auch der Hauptvorstand der GdED deutlich. Er erklärte, daß das Angebot von knapp 4 Prozent der Belastung der Beschäftigten durch die Teuerung in keiner Weise Rechnung trage. Schon vorher hatte der stellvertretende GdED-Vorsitzende Hubert Vomborg das Unternehmerangebot als einschneidenden Abbau der Realeinkommen bezeichnet und errechnet, daß die gebotenen 3,8 Prozent für einen durchschnittlich verdienenden Familienvater mit einem Kind monatlich nur 16,68 DM mehr in der Lohntüte brächte. Dies bringe weder einen Teuerungsausgleich, noch fange es die Mieterhöhungen der bahn-eigenen Wohnungen auf, die zwischen 40 und 60 DM liegen.

Auch der Vorsitzende der DPG, Ernst Breit, bezeichnete den Verlauf der Tarifverhandlungen als „sehr enttäuschend“ und als „Versuch eines Lohn-diktats“. Wirkliche Verhandlungen habe es überhaupt nicht gegeben, weil die Unternehmer nur ein einziges Angebot von 3,9 Prozent vorgelegt und sich ansonsten auf „Prinzipienreiterei“ gegen die gewerkschaftliche Forderung nach einem Festbetrag von 135 DM verlegt hätten.

Wenige Tage vor Beginn der Schlichtungsverhandlungen bei der DPG hatte auch der für die Tarifpolitik zuständige stellvertretende Vorsitzende Gustav Fehrenbach die Forderung nach 135 DM erneut bekräftigt: „Die Arbeiter, Angestellten und Beamten bei der Bundespost lassen sich nicht provozieren. Sie haben ihre Forderung erhoben. Sie sind nicht bereit, sich von dem Arbeitgeber Bundespost eine ihrer Forderung zuwiderlaufende Wirkung höherer Löhne und Gehälter aufzuzwingen zu lassen.“ Auch für die Schlichtung gelte: „Nicht Prozente, sondern ein Teue-

rungsausgleich für den kleinen Mann – das ist das Gebot der Stunde.“

Inzwischen kam es zu ersten Kampfaktionen. Aus Protest gegen das Verhalten der Arbeitgeber traten die Beschäftigten der Stadtverwaltung Rüsselsheim spontan in einen Warnstreik. Mit Transparenten, auf denen „Festgeldbetrag von 135 DM für alle“ gefordert wurde, versammelten sie sich vor dem Rathaus. Auch in Kiel protestierten die bei der Post Beschäftigten gegen das völlig unzureichende Angebot.

Mehr als 1500 Arbeiter und Angestellte der Post beantworteten in Frankfurt mit Arbeitsniederlegungen sowie einer Demonstration und Kundgebung die von der Bundesregierung eingeschlagene Politik des Lohn-diktats. DPG-Bezirkssekretär Bacher betonte, daß die Tarifpolitik der Bundesregie-

ÖTV beugt sich nicht

Der Vorsitzende der ÖTV Hessen, Heinz Wolf, erklärte kurz nach Redaktionsschluß vor mehreren hundert Delegierten und Gewerkschafts-Vertrauensleuten in Darmstadt erneut, daß die ÖTV es strikt ablehne, sich von ihrer Forderung nach einem Festbetrag abbringen zu lassen. Die erkennbare Absicht der öffentlichen Arbeitgeber, nur über eine Prozentforderung mit sich reden zu lassen, komme einem Diktat gleich, dem die ÖTV sich nicht beugen werde. Inzwischen wachse die Bereitschaft, durch Aktionen demonstrativ für die 135-DM-Forderung einzutreten, in den Betrieben und Verwaltungen von Tag zu Tag. Der Ruf aus der Mitgliedschaft werde immer lauter, für den Fall eines unbefriedigenden Schlichtungsergebnisses eine Urabstimmung durchzuführen. Daraus sei der Schluß zu ziehen, daß Kampfmaßnahmen nicht mehr außerhalb der Erwägung stehen.

zung ein Großangriff auf den sozialen Besitzstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten sei.

Für seine Gewerkschaft bezeichnete es der DPG-Funktionär als unannehmbar, auf Reallohnverlusten zu verzichten, während die Mittel für die Rüstung und für Steuergeschenke an Unternehmer weiter steigen. „Wo bleibt hier die soziale Gerechtigkeit der sozial-liberalen Bundesregierung“, fragte Bacher, der ein konsequentes Festhalten an der gewerkschaftlichen Forderung ankündigte. Gegen eine arbeiterfeindliche Politik helfe nur gewerkschaftliche Entschlossenheit. Einstimmig billigten die Teilnehmer der Protestkundgebung eine Entschliebung, in der es u. a. heißt: „Nach den Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst lassen wir uns eine weitere Minderung unseres Einkommens nicht länger gefallen. Wir fordern 135 DM! Zur Durchsetzung dieser Forderung sind wir bereit, weitere Kampfmaßnahmen durchzuführen.“

Das war am 16. März. Am gleichen Tage kamen im Frankfurter Gewerkschaftshaus 400 Kreisdelegierte und Vertrauensleute der ÖTV zusammen. Heinz Wolf, der hessische ÖTV-Vorsitzende, erklärte, daß das Ergebnis der Schlichtung nur durch eine Urabstimmung in Betrieben und Verwaltungen entschieden werden könnte. Er rief die Gewerkschafter auf, zurück in die Betriebe und Verwaltungen zu gehen und Kampfmaßnahmen vorzubereiten. Inzwischen sicherte auch das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Martin Heiß, den Einzelgewerkschaften Unterstützung für den Fall eines Arbeitskampfes zu.

Die Gewerkschaft ÖTV hat jetzt auch die Sozialversicherungsträger, die Bundesanstalt für Arbeit und die Deutsche Bundesbank – die bisher das von der ÖTV mit Bund, Ländern und Gemeinden erzielte Ergebnis in eigenen Tarifverträgen übernehmen – zu Tarifverhandlungen aufgefordert.

Ohne Zweifel wächst im Bereich der ÖTV, der DPG und der GdED der Unmut der Beschäftigten. Bereits zum 1. Februar waren die Tarifverträge ausgelaufen. Seit dieser Zeit warten die Beschäftigten auf ihre Lohnerhöhung. Schon heute steht fest, daß ohne massiven Druck aus den Betrieben die öffentlichen Arbeitgeber nicht bereit sein werden, der 135-DM-Forderung zu entsprechen. Aus diesem Grunde wird die ÖTV, wie in den Tarifkämpfen des Jahres 1974, ihre Mitglieder regelmäßig in einem Extrablatt über alle Ereignisse informieren. In einem Informations-schreiben der ÖTV heißt es dazu: „Es muß jetzt und in den nächsten Tagen unsere gemeinsame Aufgabe sein, die Geschlossenheit aller Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes zu stärken und die Organisation auf eine mögliche Auseinandersetzung vorzubereiten.“

K. W.

Durchsetzung der 9 Prozent bei Druck wird kein Spaziergang werden

Die diesjährige Lohnrunde in der Druckindustrie ist für die 145 000 Beschäftigten dieses Industriezweiges, aber auch darüber hinaus von besonderer Bedeutung. Denn zum einen hat die IG Druck und Papier mit neun Prozent die bisher höchste Forderung erhoben. Zum anderen wird hier nicht nur ein Inflationsausgleich, sondern die Erhaltung der Realeinkommen angestrebt. Inzwischen ist die erste Verhandlungsrunde ergebnislos verlaufen. Kategorisch lehnten die Druckunternehmer die berechtigten Forderungen als „wirklichkeitsfremd“ ab.

Der Beschlußfassung der Tarifkommission über die Lohnforderung ist auch in diesem Jahr wieder eine breite Diskussion vorausgegangen. In zahlreichen Ortsvereinen und Bezirken wurde, ausgehend von der betrieblichen Diskussion, in Mitgliederversammlungen die zu erstellende Forderung beraten und Empfehlungen beschlossen.

Bei der Forderungshöhe wurde die Diskussion insbesondere durch die angestrebten Erhöhungen im Bereich des öffentlichen Dienstes, in der Metallindustrie und im Baugewerbe, die offensichtlich lediglich einen Inflationsausgleich anstreben, intensiviert. Mit dem hauptsächlichsten Argument, daß die Ausgaben der Beschäftigten vom Nettolohn und nicht vom Bruttolohn erfolgen, hat sich die Mitgliedschaft überwiegend für eine Reallohnsicherung entschieden. Aus dieser Diskussion resultierte auch die Erkenntnis, daß von den Ausgaben für Grundbedürfnisse alle Haushalte annähernd mit dem gleichen DM-Betrag belastet sind; daher wurde der Tarifkommission überwiegend eine einheitliche DM-Forderung oder die zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppen empfohlen. In der zentralen Lohnforderung kommt dies darin zum Ausdruck, daß für alle Lohngruppen unterhalb des Ecklohns der gleiche DM-Betrag gefordert wurde, der sich aus der prozentualen Erhöhung des Ecklohns ergibt (32,40 DM je Woche bzw. 140 DM im Monat). Die Ausbildungsvergütungen sollen für das erste Lehrjahr um 25,37 Prozent, für das zweite Lehrjahr um 18,10 Prozent und für das dritte und vierte Lehrjahr um 9 Prozent angehoben werden.

Den breitesten Raum nahm in den Diskussionen die Frage ein, ob Lohnerhöhungen Arbeitsplätze gefährden. Auch wenn die Unternehmer und mit ihnen einige Regierungsmitglieder immer wieder behaupten, zur Behebung der Wirtschaft seien niedrige Lohnabschlüsse notwendig, ist festzustellen, daß die Beschäftigten in der Druckindustrie erkannt haben, daß niedrige Löhne oder niedrige Lohnerhöhungen keine Arbeitsplätze sichern und schon gar nicht

neue Arbeitsplätze schaffen. Aufgrund eigener Erfahrungen wurde dargestellt, daß bei Produktionsrückgang die Zahl der Beschäftigten überproportional reduziert wurde. Die Zahlen der Druckindustrie sprechen hier eine deutliche Sprache. So war im Vergleich von 1975 zu 1974 ein preisbereinigter Umsatzrückgang von 4,9 Prozent, demgegenüber aber ein Beschäftigtenrückgang von 7,4 Prozent zu verzeichnen. Dies hatte zur Folge, daß der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz um 0,8 Prozent zurückging.

Die Beschäftigten in der Druckindustrie haben aber auch erkannt, daß die Krise nicht durch verstärktes Investieren zu bewältigen ist. Arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen sind in der von Überkapazitäten belasteten Druckindustrie unsinnig. Ersatzinvestitionen wurden und werden aber gleichzeitig zur Rationalisierung verwandt, was die Vernichtung von Arbeitsplätzen zur Folge hat. Ein weiterer Rückgang der Lohnquote wäre somit ohne jeden Arbeitsplätze schaffenden oder sichernden Effekt.

Hingegen bringen Lohnerhöhungen und die daraus resultierende Steigerung der Massenkaukraft eine Belebung der Nachfrage mit sich, und nur diese kann relativ kurzfristig Arbeitsplätze sicherer machen. Langfristig ist die Arbeitslosigkeit nur durch Arbeitszeitverkürzung zu beseitigen, wie sie schon auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier gefordert wurde. Die von der Tarifkommission aufgestellten Forderungen fanden breite Zustimmung in der Mitgliedschaft. Dies kam in den Diskussionen in einer Vielzahl von Betriebsversammlungen zum Ausdruck, aber auch in Resolutionen, die auf Betriebsversammlungen verabschiedet wurden.

Auch 1976 wird die Tarifrunde in der Druckindustrie kein Spaziergang werden. Die Beschäftigten wissen aber auch hier, daß es um die Erhaltung ihres Lebensstandards geht. Sie sind deswegen bereit, sich für die aufgestellten Forderungen mit ihrer ganzen Kraft einzusetzen. Dietmar Glaßer

Streik-Kaleidoskop

Nach einer vorläufigen Auswertung beteiligten sich rund 500 000 Arbeiter und Angestellte an Warnstreiks während der Tarifauseinandersetzungen in der Metallindustrie von Anfang Februar bis zur dritten Märzwoche. Zu spontanen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen gegen das provokative Verhalten der Metallunternehmer kam es dabei in allen Tarifbezirken. Schwerpunkt der Auseinandersetzungen bildeten die baden-württembergischen Bezirke mit über 200 000 Streikenden vor allem während des Februars. Jedoch auch in den anderen Bundesländern kam es zu einer beachtlichen Zahl von betrieblichen Aktionen.

Nach dem Tarifabschluß für den Bezirk Nordwürttemberg/Nordbaden zeigte eine Flut von Arbeitsniederlegungen in Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen die Empörung in den Betrieben über das Verhalten des Metallunternehmerverbandes. Über 25 000 in 18 Betrieben waren es allein in Bayern, 31 000 in 33 Betrieben in Hessen und über 40 000 in NRW. In Bayern und Hessen war dies die größte Streikwelle seit über zwei Jahrzehnten. In Bremen demonstrierten am 15. März 5000 Vulkan-Verfahrarbeiter zwei Stunden lang durch die Straßen. Am gleichen Tag streikten 10 000 bei Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln. Schon am 9. März hatten bei Opel in Rüsselsheim 5000 die Arbeit niedergelegt.

Eine exakte Auswertung einer Auswahl von 120 bestreikten Betrieben im Februar zeigt, daß der größte Teil der Metallarbeiter den Protest in der Regel länger als eine Viertelstunde ausdehnte. Im Bezirk Stuttgart gab es Streiks bis zu 3 Stunden. 2/4 Stunden wurde bei Singer (Stutensee), 1 Stunde 40 Minuten bei SWF in Bietigheim-Bissingen gestreikt. Die gleiche Auswertung belegt auch, daß in einer Vielzahl von Fällen ein hoher Mobilisierungsgrad in den Betrieben erreicht werden konnte. Bei Singer streikten 86 Prozent, bei SWF 98 Prozent der Belegschaft. In den bestreikten Betrieben in Ludwigsburg ist eine Beteiligung von 80 Prozent, in Heilbronn/Neckarsulm von 90 Prozent der in diesen Unternehmen beschäftigten Arbeiter und Angestellten festzustellen. Bei Audi-NSU (Neckarsulm) legten 97 Prozent der Belegschaft, bei Hanomag-Henschel in Kassel über 80 Prozent, bei den Burger Eisenwerken in Herborn 100 Prozent und bei der Waggonfabrik Uerdingen bei Düsseldorf 80 Prozent die Arbeit nieder. Diese seit zwei Jahren umfangreichste Streikwelle in der Bundesrepublik beweist: „Die Metallarbeiter bleiben in der Krise kampffähig und kampfwillig.“ (Metall 4/1976) K. P.

Krise beweist Notwendigkeit, AT-Leistungen tarifieren

Interview mit Günther Ballin, Betriebsratsvorsitzender

Massenhaft haben Unternehmer die Krise zu nutzen versucht, den außertariflichen Bereich zu durchforsten mit der Absicht, sogenannten „sozialen Klimbim“ zu reduzieren oder ganz zu beseitigen. Diese Bestrebungen gibt es in allen Branchen. Unser Redaktionsmitglied Gerd Siebert sprach darüber mit Günther Ballin, Betriebsratsvorsitzender eines Großbetriebes der Holzverarbeitenden Industrie mit rund 1200 Beschäftigten, der Firma Hüppe in Oldenburg.

NACHRICHTEN: Die Unternehmer haben in zahlreichen Branchen die Krise dazu auszunutzen versucht, übertarifliche Lohnbestandteile und Sozialleistungen abzubauen, die oftmals in langjährigem, zähem Ringen von den Betriebsräten und Belegschaften durchgesetzt wurden. Gibt es solche Bestrebungen auch in der Holzverarbeitenden Industrie, und wie äußern sie sich?

Günther Ballin: Sicher gibt es auch in der Holzverarbeitenden Industrie in verschiedenen Unternehmungen Bestrebungen der Arbeitgeber, außertarifliche Leistungen abzubauen, die in der Vergangenheit mangels Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer nicht tarifiert werden konnten. Sofern solche Leistungen allerdings in zähem Ringen von den Betriebsräten durchgesetzt und in ordentlichen Betriebsvereinbarungen festgehalten wurden, sind sie auch heute fester Bestandteil und nicht zu kürzen. Die Qualität von Betriebsräten wird heutzutage offensichtlich höheren Anforderungen unterworfen.

NACHRICHTEN: Wenn man die unzureichenden Tarifabschlüsse der letzten Lohnrunde im Lichte des in den Betrieben praktizierten Lohn- und Sozialabbaus betrachtet, kann man dann sagen, daß die Realeinkommen gesichert oder gar verbessert werden konnten?

Günther Ballin: Die Realeinkommen werden 1976 auf den Stand von 1974 zurückfallen. Bei unserem Abschluß von 6 Prozent verbleiben einem durchschnittlich verdienenden Arbeiter knapp 2,5 Prozent netto. Schon bei einer 5prozentigen Preissteigerungsrate arbeitet er also künftig eine Stunde pro Woche gratis.

NACHRICHTEN: Wie kann man sich in den Betrieben gegen die Unternehmerversuche, die Krise für die zusätzliche Profitsteigerung zu Lasten des sozialen Standards der Arbeiter und Angestellten auszunutzen, zur Wehr setzen? Welche konkreten Möglichkeiten gibt es?

Günther Ballin: Bessere Betriebsräte, die konsequent die Interessen der Belegschaft vertreten und massive per-

sönliche Konflikte mit ihren Arbeitgebern nicht scheuen.

NACHRICHTEN: Worin bestehen in dieser Situation die Aufgaben des Betriebsrats, und hat er — auch unter dem Gesichtspunkt der Ausnutzung des Betriebsverfassungsgesetzes — genügend Handlungsspielraum für die Verteidigung der Rechte der Belegschaft?

Günther Ballin: Ja, der Betriebsrat hat Möglichkeiten genug. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 konsequent in allen Betrieben angewandt, würde unsere Gesellschaft erheblich verändern. So mußten wir feststellen, daß wir beispielsweise der erste Betriebsrat waren, der in Fragen der Kurzarbeit die Einigungsstelle in Oldenburg angerufen hat. Die meisten Betriebsräte schließen in dieser Frage noch nicht einmal eine Betriebsvereinbarung ab, sondern unterschreiben lediglich die Unternehmeranträge fürs Arbeitsamt. Hier werden viel massivere Lohnkür-

Schlichtung bei Bau

Eine zweite Verhandlungsrunde in der zentralen Schlichtung hat am 29. März zu einem außerordentlich dürrigen Resultat geführt. Danach sollen für die rund 1,1 Millionen gewerblichen Beschäftigten im Baugewerbe die Löhne ab 1. Mai um 5,3 Prozent steigen.

Die zentralen Schlichtungsverhandlungen waren am 24. März nach zwei Tagen ergebnislos auf den neuen Termin vertagt worden. Die Unternehmer hatten lediglich 4,8 Prozent Lohnerhöhung angeboten. Die IG Bau-Steine-Erden war mit der Konzeption in die Tarifverhandlungen gegangen, „einen Ausgleich der Einkommensverluste, die durch Preissteigerungen im Jahre 1975 eingetreten sind, sowie eine Verbesserung des Tarifvertrages über ein 13. Monatseinkommen“ zu erzielen.

Darüber hinaus sollte der Zuschuß zum Schlechtwettergeld, der durch die Bonner „Sparmaßnahmen“ in Höhe von 30

zungen geduldet als durch mangelhafte Gewerkschaftsabschlüsse oder Abbau von AT-Zulagen.

NACHRICHTEN: Welche Rolle spielen in dieser Auseinandersetzung die gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb?

Günther Ballin: Die Vertrauensleute hätten die Aufgabe, vor der nächsten Lohnrunde die Belegschaften darauf einzustimmen, Entschlossenheit zu zeigen, um trotz permanenter Arbeitslosigkeit einem weiteren Abbau des Lebensstandards entgegenzuwirken, und vor der nächsten Betriebsratswahl hätten sie die Aufgabe, für schwächliche Kollegen oder korrupte Betriebsräte Alternativen zu suchen.

NACHRICHTEN: Welche gewerkschaftliche Schlußfolgerung ergibt sich aus den massenhaften — und oft gelungenen — Versuchen der Unternehmer, Lohn und „sozialen Klimbim“ abzubauen?

Günther Ballin: Die Gewerkschaften müssen mithelfen, den sozialen AT-Klimbim abzubauen und ihn statt dessen in Tarifverträgen unterbringen. Nur das nutzt allen. Sie sollten aufhören, auf „bessere Zeiten“ zu warten und durch ihre Funktionäre selbst Zaghaflichkeit zu verbreiten. Von einem kapitalistischen Unternehmer erwarten wir, daß er maximale Arbeitsleistung für den geringstmöglichen Gegenwert einkauft. Die Gewerkschaften haben an dem Preisverfall für menschliche Arbeitskraft lange genug mitgewirkt. Die Offensive muß von unserer Seite unverzüglich beginnen, einen „Status quo“ gibt es in dem gegenläufigen Interessenkampf zwischen Kapital und Arbeit nicht.

Pfennig je Stunde weggefallen ist, „tarifvertraglich aufgefangen“ werden. Die Baugewerkschafter werfen ihrem Vorsitzenden, Rudolf Sperner, vor, daß er im Herbst 1975 auf dem Hamburger Gewerkschaftstag zwar lautstark gegen die Streichpläne der Bundesregierung wetterte, aber anschließend nichts Ernsthaftes unternahm, um den Angriff auf das Schlechtwettergeld abzuwehren.

In der Umgebung Sperner war auch zu erfahren, daß er in einem sehr frühen Stadium der Tarifverhandlungen bereit gewesen sein soll, zum Abschluß — und zwar unter 5 Prozent — zu kommen. Er sei dann aber von den übrigen Mitgliedern der Verhandlungskommission daran gehindert worden. Nur deshalb sei die IG Metall mit ihrem 5,4-Prozent-Datum in die Vorderhand gelangt. Sperner wäre jedoch bereit gewesen, seinerseits — wie schon in der Tarifrunde 1975 — ein von Bonn gewünschtes niedrigeres Datum zu setzen. G. S.

Gewerkschaft stellt 'Mischforderung' in der chemischen Industrie

Die Lohn- und Gehaltsforderung der IG Chemie-Papier-Keramik in den drei größten Tarifbezirken der chemischen Industrie liegt fest. Sie besteht aus einer Kombination von Prozentforderung und Sockelbetrag und bewegt sich in ihrer Gesamthöhe um 8 Prozent. Während die Verträge in Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz am 31. März abließen, geht in den übrigen Tarifbezirken die Frist bis zum 30. April bzw. 31. Mai.

Den Vorreiter bei der Formulierung der Forderungen machte Rheinland-Pfalz: 5,4 Prozent mehr Lohn und Gehalt plus 50 DM Festbetrag für die 90 000 Beschäftigten. Außerdem wird eine stufenweise Angleichung der Gehälter der kaufmännischen an die technischen Angestellten gefordert. Für die 100 000 Beschäftigten in der hessischen chemischen Industrie verlangt die bezirkliche Tarifkommission höhere Löhne um 5 Prozent plus 29 Pfennig je Stunde sowie höhere Tarifgehälter um ebenfalls 5 Prozent zuzüglich 50 DM Festbetrag. In beiden Tarifbezirken soll die Vergütung für das erste Ausbildungsjahr dem des zweiten Jahres angeglichen und dann einheitlich in allen Ausbildungsstufen um 50 DM monatlich erhöht werden.

In Nordrhein lautet die Forderung auf 5 Prozent plus 45 DM für die 220 000

Arbeiter und Angestellten. Die Vergütungssätze für die Auszubildenden sollen um 40 bis 62 DM heraufgesetzt werden. Erstmals wird die Vereinbarung einer tariflichen Gleitklausel verlangt, die dann wirksam werden soll, wenn die Preissteigerungen eine bestimmte, noch nicht fixierte Größenordnung überschreiten. In diesem Falle sollen die Löhne und Gehälter während der Laufzeit des Tarifvertrages um den Prozentsatz erhöht werden, der über der zu vereinbarenden Marke liegt.

Die Tarifbewegung in der chemischen Industrie erfaßt 660 000 Beschäftigte. In der betrieblichen Diskussion über die zu stellenden Forderungen waren in zahlreichen Vertrauensleuteversammlungen meistens höhere Festbeträge als die jetzt genannten gefordert worden. Am 10. und 11. Februar hatten in Hannover der Hauptvorstand und die Bezirksleiter der Gewerkschaft die tarifpolitische Marschroute diskutiert. Den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und regionalen Tarifkommissionen war anschließend empfohlen worden, angesichts der „besonderen Konjunktursituation und wegen der anhaltenden Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt“ eine soziale Komponente zu berücksichtigen und eine „Mischforderung“ von Prozentsatz plus Festbetrag zu formulieren. G. S.

die Beschäftigten in den Steinkohlennrevieren Ruhr, Saar, Aachen und Ibbenbüren zum 30. April 1976 gekündigt. Die Lohnforderung beträgt 7,5 Prozent. Außerdem soll die Höhe der sogenannten Treueprämie überprüft werden.

Mahlein gegen zurückhaltende Lohnpolitik

„Die Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik hat mit über einer Million Arbeitslosen und mehr als 600 000 Kurzarbeitern ihre Opfer für eine Krise, die sie nicht geschaffen hat, in einer besorgniserregenden Form bereits erbracht.“ Diese Ansicht vertrat der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Mahlein, auf Versammlungen seiner Gewerkschaft am 20. März in Coburg und Nürnberg. Die Arbeiter und Angestellten sollten sich dagegen wehren, für die Fehler anderer zu zahlen: „Nun ist endlich die andere Seite dran.“ Mit Nachdruck wandte sich Mahlein gegen die Auffassung, daß eine zurückhaltende Lohnpolitik ein Beitrag zur Gesundheit der Wirtschaft sei.

5,4-Prozent-Abschluß bei Banken

Kurz nach Redaktionsschluß einigten sich die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und der Unternehmerverband des privaten und öffentlichen Baugewerbes. Rückwirkend ab 1. März erhalten die rund 300 000 Bankangestellten 5,4 Prozent mehr Gehalt. Durch Änderungen im Manteltarifvertrag ist bei einigen Altersgruppen eine Urlaubsverlängerung um einen Tag vorgesehen. Die Gewerkschaft HBV hatte Einkommensverbesserungen von 6,9 bis 7,9 Prozent verlangt. Insbesondere ihr vorgegebenes Ziel nach stärkeren Gehaltserhöhungen für die unteren Tarifgruppen durch eine Reform der Gehaltsstruktur wurden nicht erfüllt.

IG Bergbau und Energie fordert 7,5 Prozent

Der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie hat am 25. März 1976 in Bochum die Lohn- und Gehaltstarife für

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahlen hinter dem Datum enthalten auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

30. April — 2,61 Mill.

Baugewerbe (1 100 000), Bekleidungsindustrie (300 000), Textilindustrie in Westfalen, Nordrhein, Bayern, Hessen, Baden-Württemberg und Hamburg (280 000), Steinkohlenbergbau Ruhr (162 000), Aachen und Saar (46 000), chemische Industrie in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein (200 000), Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein (95 000), Dachdeckerhandwerk (40 000), feinkeramische Industrie in Bayern (38 000), Maler- und Lackiererhandwerk (120 000), Steine- und Erden-Industrie in Bayern (22 000).

31. Mai — 0,34 Mill.

Restliche Tarifgebiete der Textilindustrie (100 000), Kfz-Gewerbe in Niedersachsen (22 000), Groß- und Außenhandel in Niedersachsen (140 000).

30. Juni — 0,29 Mill.

Kfz-Gewerbe in Hessen (25 000), Zentralheizungs- und Lüftungsbau in Bayern (20 000), Groß- und Außenhandel Rheinland-Pfalz (40 000), Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in NRW (40 000), Ersatzkassen (26 000), Kautschukindustrie in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein (74 000).

Juli/August — 0,25 Mill.

Zum 31. Juli und zum 31. August bestehen nach einem bisherigen Überblick Kündigungsmöglichkeiten für etwa 250 000 Arbeiter und Angestellte, darunter für die Beschäftigten der höf- glaserzeugenden Industrie in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (100 000), Papiererzeugung (70 000), feinkeramische Industrie (40 000).

30. September — 0,24 Mill.

Holzverarbeitung — restliche Bezirke.

30. Oktober — 0,22 Mill.

Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen (220 000).

31. Dezember — 3,2 Mill.

Metallverarbeitende Industrie ohne Bayern.

31. Januar 1977 — 0,79 Mill.

Metallverarbeitende Industrie in Bayern (680 000), Volkswagenwerk (110 000).

Preisauflauf

Entgegen allen zweckoptimistischen Prognosen der Bundesregierung scheint sich gegenwärtig der Preisauflauf insgesamt wieder zu beschleunigen. Das gilt vor allem für die industriellen Erzeugerpreise, deren Anstieg sich in der Krise zeitweilig erheblich verlangsamt hatte. Chemische Erzeugnisse, Eisen und Stahl sowie Papier waren teilweise sogar im Preis gesunken. Damit scheint es vorbei zu sein.

Der Index der industriellen Erzeugerpreise erhöhte sich in den beiden ersten Monaten des Jahres zusammen um 1,6 Prozent wesentlich stärker als zum Jahresanfang 1975. Vor allem die Preise für Walzstahl und Stahlschrott wurden erhöht. Walzstahl z. B. verteuerte sich allein im Februar gegenüber dem Vormonat um 7,3 Prozent. Zu den „Rennern“ gehören auch Kohle und Mineralölzeugnisse.

Auch die Lebenshaltungskosten scheinen nun wieder leicht beschleunigt anzusteigen. In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres erhöhten sie sich bereits um 1,5 Prozent, ebenfalls etwas stärker als am Jahresanfang 1975. Vor allem aber liegen die monatlichen Steigerungsraten deutlich über den Ergebnissen des zweiten Halbjahres 1975. Gegenwärtig sind die überwiegenden Ursachen des Preisauflaufs noch die teilweise sprunghaft erhöhten Nahrungsmittelpreise. Allerdings gehören auch Mieten und Gebühren zu den Preistreibern. Dagegen war im letzten Halbjahr 1975 von den industriellen Erzeugerpreisen eher eine beruhigende Wirkung ausgegangen.

In Anbetracht der durch die EG beschlossenen Preiserhöhungen für Lebensmittel und in Anbetracht der staatlich geförderten und betriebenen Preiserhöhungen im sozialen Wohnungsbau und bei öffentlichen Gebühren und Tarifen darf mit einer Beruhigung in diesen Bereichen nicht gerechnet werden.

Wenn neben diesen unvermindert wirkenden Auftriebsfaktoren auch die industriellen Erzeugerpreise ihr Wachstumstempo wieder steigern — die Preiserhöhungen für Automobile zeigen das —, müssen sich die Lebenshaltungskosten im Ergebnis in größerem Tempo erhöhen. Diese Entwicklung ist auch ein erneuter Beweis dafür, wie wenig die Preisentwicklung mit der gewerkschaftlichen Lohnpolitik zu tun hat.

Im letzten Quartal 1974 stiegen die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent. Im letzten Vierteljahr 1975 hatte sich die Steigerungsraten nur leicht auf 5,5 Prozent abgeschwächt. Dagegen erhöhte sich das Tariflohn- und -gehaltsniveau im letzten Vierteljahr 1974 um 12,8 Prozent. Im

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Einkommen 1975

	in Mrd. DM	Veränderung in v. H. geg.	
		1974	1975
Volkseinkommen	794,3	+ 3,8	
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	569,0	+ 4,1	
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	225,4	+ 3,1	
Nettolohn- und -gehaltssumme	348,2	+ 3,7	
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	176,2	+ 5,3	

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Nr. 2/76, S. 76 ff.)

2. Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 1976

	Mill. DM	Veränderung in v. H. geg.	
		Februar 1975	Februar 1976
Insgesamt	15 971	+ 6,2	
darunter:			
Lohnsteuer	5 414	+ 15,1	
Umsatzsteuer	3 675	+ 12,9	

(Quelle: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 30/76, S. 286/87)

3. Preise (1970 = 100)

	Februar 76	Veränderung in v. H. geg.	
		Januar 76	Februar 75
Lebenshaltungskosten	139,2	+ 0,7	+ 5,7
Industrielle Erzeugerpreise	138,4	+ 0,7	+ 2,7

(Quelle: Statistisches Bundesamt, zit. in: Handelsblatt v. 11. 3. 76)

4. Arbeitsmarkt (in 1000)

	4. Quartal 75	Veränderung in 1000 geg.	
		3. Quartal 75	4. Quartal 74
Abhängig Beschäftigte	21 276	— 135	— 636
darunter:			
Industrie (November)	7 489	— 80	— 507
Bauhauptgewerbe (November)	1 212	+ 1	— 92

	Februar 76	Veränderung in 1000 geg.	
		Januar 76	Februar 75
Arbeitslose	1 347	— 4	+ 163
Kurzarbeiter	493	— 250	— 464
Offene Stellen	209	+ 18	— 37

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/76)

letzten Quartal 1975 dagegen war das Steigerungstempo mit 7,1 Prozent fast halbiert. Die Effektivlöhne steigen sogar noch langsamer. Wären die Löhne tatsächlich für die Preisentwicklung verantwortlich, dann hätten sich die Lebenshaltungskosten in einem ähnlichen Ausmaß beruhigen müssen.

Während die Löhne und Gehälter in-

zwischen real sinken, belebt sich der Preisauflauf wieder, Löhne und Preise entwickeln sich geradezu gegenläufig.

Wenn die Krise eines gezeigt hat: Ebenso wenig wie Lohnverzicht ein Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen ist, schützt er die Masse der Verbraucher vor steigenden Preisen und Geldentwertung. J. G.

Ein Jahr Kampf in Erwitte Zementarbeiter geben nicht auf

Auf einem Relief im Königshof Erwitte bei Paderborn wird der Ritter Dietrich Ottmar, der „als kaiserlicher Obrist 1631 in der Schlacht bei Leipzig als letzter Ritter aus dem uralten Geschlecht derer von Erwitte fiel“, als Held gefeiert. 344 Jahre danach, genau seit dem 10. März 1975, treffen sich in den von der Arbeiterwohlfahrt angemieteten Parterreräumen des „Königshofs“ Helden einer anderen Couleur. Es sind Arbeiter, Betriebsräte und Chemie-Vertrauensleute der Erwitter Zementfabrik Seibel & Söhne.

Ihr Feind ist Clemens Seibel (39), passionierter Freizeitflieger, Liebhaber von schnellen Mercedes-Sportwagen. Im Stil eines „Ritters uralten Geschlechts“ schloß er im 20. Jahrhundert seine Fabrik und setzte die Arbeiter auf die Straße. Was niemand in der „schwarzen“ Paderborner Gegend für möglich gehalten hätte; die rund 150 Mann starke Seibel-Belegschaft besetzte als Antwort auf die wirtschaftlich unbegründete und rechtswidrige Massenentlassung zeitweilig das Werk. Verständlich wird das Handeln der Männer, wenn man weiß, daß die Arbeiter für den „Zementfürsten“ Überstunden über Überstunden verfahren, Weihnachten, Ostern und Pfingsten für den Unternehmer zur Verfügung standen, weil sie ihm blindlings vertrauten und hofften, sich auf solche Art einen bescheidenen, aber sicheren Lebensstandard verschaffen zu können. Diese Menschen, die bis dahin glaubten, „fernab von Gut und Böse zu leben“, sahen sich zutiefst enttäuscht. Um ihre Existenz gebracht, schlug der Pegel um. Aber nicht in die Richtung von Extremisten, wie es die Regenbogenpresse wissen wollte: Die Zementwerker wurden zu einem „Zementblock“ mit ihrer Gewerkschaft, der IG Chemie-Papier-Keramik,

Herbert Borghoff, der zuständige Sekretär aus Neubeckum, der oft Tag und Nacht im Interesse seiner Kollegen unterwegs war, faßt es in die Worte: „Wir hätten den Kampf bis heute nicht durchgehalten, wenn es diese hervorragende Solidargemeinschaft nicht gegeben hätte.“ Bei jeder Gelegenheit betont er, wie auch der Betriebsratsvorsitzende, Josef Köchlings, daß die Frauen der Betroffenen eine hervorragende Rolle spielten und spielen. Sie organisierten eine eigene Frauendemonstration, kommen aber auch heute noch jede Woche zu gewerkschaftlichen Schulungen zusammen, auf denen nicht nur persönliche Probleme behandelt werden.

Überhaupt, das Wort Solidarität wird in diesem längsten Arbeitskampf der Bundesrepublik großgeschrieben. Weit über den Kreis der Zementbranche hinaus, aus allen Sparten der Industrie

aus dem In- und Ausland kamen Solidaritätsadressen und Spenden. Unversitätsgruppen aus der ganzen Bundesrepublik laden Seibel-Arbeiter zu sich an die Universitäten ein, damit sie über ihren Kampf berichten. Auf einer Kundgebung am 10. März, dem Jahrestag der Werkbesetzung, konnte Herbert Borghoff mit Stolz bekanntgeben, daß mit 7000 DM, die am gleichen Tage eingingen, über 250 000 DM für die Seibel-Belegschaft und ihre Familien gespendet wurden.

Unabhängig davon unterstützte die IG Chemie ihre Kollegen bisher mit 1,5 Millionen DM. Für den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ von C. Seibel ist es um so bezeichnender, daß er einen Vermittlungsvorschlag zum stufenweisen Wiederanlaufen des Betriebes strikt ablehnte, obwohl die Gewerkschaft dann auf die Rückzahlung der 1,5 Millionen DM Unterstützungsgelder verzichtete. Ein anderes Beispiel für arrogantes Unternehmervverhalten lieferte Seibel, als er, um seine langjährigen „Mitarbeiter“ in die Knie zu zwingen, auf einen Großauftrag über eine jährliche Lieferung von 100 000 Tonnen Zement kaltschnäuzig verzichtete.

Genau das aber bezeichnet die Situation in der Bundesrepublik, nach der Unternehmer als Besitzer der Produktionsmittel mit ihren Beschäftigten im 20. Jahrhundert praktisch genauso verfahren können wie die Ritter von Erwitte vor über 300 Jahren mit den Bauern, wenn auch die Unternehmer versuchen, die Vorgänge in Erwitte als untypisch darzustellen.

Schließlich dürfte diesen Herren kaum unbekannt geblieben sein, daß für eine vierfach so große Belegschaft im 100 km entfernten Kalletal aus puren Konkurrenzgründen Mannesmann-Demag-Arbeiter und -Angestellte auf die Straße gesetzt wurden. Unverständlich bleibt darum auch, daß der Arbeitsminister von NRW, der Sozialdemokrat Friedhelm Farthmann, im Zusammenhang mit der Seibel-Affäre fast erstaunt davon spricht, daß es „dieses Monument der Illoyalität noch gibt“. Auch DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter, der auf der Kundgebung die richtige Fest-

stellung traf, Erwitte habe „ein Signal gegen Unternehmerwillkür gesetzt“, widersprach sich angesichts des Kalletalskandals in einem mitbestimmten Betrieb praktisch selbst, als er sagte, „in einem mitbestimmten Unternehmen wäre ein Fall Erwitte unmöglich gewesen“. (Auszüge aus Veters Rede siehe Einheitsler.)

Leider trafen die Arbeiter von Seibel, die auf der Kundgebung ein Transparent trugen: „Die Prozesse (es waren an die 1000, die Red.) haben wir gewonnen — die Arbeitsplätze nicht bekommen“, die bundesrepublikanische Wirklichkeit. Um so gewichtiger ist die Feststellung in der „Streik-Solidaritätsstimme“ der Seibel-Männer: „Angesichts der Krise und der noch immer unabsehbaren Massenarbeitslosigkeit in der BRD müssen unsere Kampferfahrungen in die Politik unserer Gewerkschaftsbewegung eingehen. Wir müssen dem Kapital zeigen, daß wir vor seinen Drohungen und seinen Angriffen nicht hilflos zurückweichen.“ H.J.

Sozialer Abbau zum Nutzen der Konzerne

Die Bundesregierung hat Ende März ein neues Subventionsprogramm beschlossen, das u. a. speziell für die bundesdeutsche Computer-Industrie „Förderungsmittel“ in Höhe von 1,2 Milliarden DM vorsieht. Diese Steuererlöse sollen dazu verwendet werden, die Wettbewerbsfähigkeit in diesem Bereich gegenüber den nordamerikanischen Konzernen zu stärken. Im allgemeinen werden die in Aussicht gestellten Milliardenbeträge von den großen Elektrokonzernen in der BRD, wie Siemens, AEG usw., kassiert werden.

Die Höhe dieser — verlorenen — Konzernsubvention für nur eine einzige Branche muß angesichts der Bonner Rotstiftpolitik im sozialen Bereich überraschen. Um mit dem seit Januar in Kraft befindlichen „Haushaltsstrukturgesetz“ (Sparprogramm) die Summe von 1,2 Milliarden DM einzusparen, wurden folgende Maßnahmen, zum Teil gegen den Widerstand der Gewerkschaften, sanktioniert:

Senkung der Prämien beim Prämien sparen von 20 auf 15 Prozent und beim Bausparen von 23 auf 18 Prozent; Bonner „Einsparung“: 245 Millionen DM. Streichung von Mitteln nach dem Arbeitsförderungsgesetz und im weiteren Bereich des Arbeits- und Sozialministeriums; „Einsparung“: 900 Millionen DM. Streichungen beim Wohnungs- und Städtebau: 45 Millionen DM. Zusammen sind das 1,19 Milliarden DM.

Soviel also bekommt nun die Computer-Industrie geschenkt. Geld ist genug vorhanden; nur bekommen es allzuoft die falschen Leute.

Steuerzahlung nach 30 Monaten vorzugsweise für Großverdiener

Das ging dem Bundesrechnungshof denn doch zu weit. Er stellte nach „Handelsblatt“ vom 19. Februar 1976 fest, daß Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 200 000 DM von vielen Finanzämtern oft großzügig Fristverlängerungen eingeräumt werden. Der Antrag dazu braucht oftmals nicht einmal stichhaltig begründet zu werden. Bis zu 30 Monaten betragen in den Gebieten einiger Oberfinanzdirektionen in manchen Jahren die Bearbeitungszeiten für die Veranlagungen. Damit werden Abschlußzahlungen von mehr als 30 000 DM auch erst nach zweieinhalb Jahren fällig. Der Zinsgewinn ist enorm.

Der Bundesrechnungshof führte bei 14 großen Finanzämtern und bei 4160 untersuchten Fällen seine Schwerpunktprüfungen durch. 2375 oder 57 Prozent dieser Fälle hatten Abschlußzahlungen von mehr als 30 000 DM zu leisten. Bei diesen Fällen gingen 74 Prozent der Steuererklärungen später als 12 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraums beim Finanzamt ein. Die Finanzämter setzten die Steuern in vielen Fällen erst Monate nach Eingang der Steuererklärung fest, selbst wenn erkennbar hohe Abschlußzahlungen zu leisten waren. Während es insgesamt um 732 Millionen DM, davon 311 Millionen DM oder 42 Prozent Abschlußzahlungen, geht, wurden 45 Prozent der Fälle mit Abschlußzahlungen in Höhe von 143 Millionen DM erst später als vier Monate nach Eingang der Steuererklärung veranlagt. Das sind 46 Prozent der gesamten Abschlußzahlungen.

Der Bundesrechnungshof ermittelte, daß von den gesamten Abschlußzahlungen fällig wurden

- im 1. bis 12. Monat nach Ablauf des Veranlagungszeitraums rd. 8,8 Millionen DM oder 3 Prozent;
- im 13. bis 18. Monat rd. 54,9 Millionen DM oder 18 Prozent;
- im 19. bis 24. Monat rd. 144,6 Millionen DM oder 46 Prozent;
- im 25. bis 30. Monat rd. 77 Millionen DM oder 25 Prozent;
- noch später rd. 26,1 Millionen DM oder 8 Prozent.

Nur etwa 0,4 Prozent der zu veranlagenden Steuerfälle macht die Zahl der Fälle der Jahreseinkommen mit mehr als 200 000 DM durchschnittlich aus. Der Rechnungshof meint, daß bei diesen verhältnismäßig wenigen Vorfällen eine zügige Bearbeitung ohne Schwierigkeiten möglich sein müsse.

So weit — so schlecht. Aber die Feststellungen des Bundesrechnungshofes treffen nur die Auswüchse einer an sich vom Gesetzgeber gewollten Regelung. Danach werden die 25 Millionen Lohnsteuerzahler generell anders behandelt als die 4,8 Millionen veranlagten Steuerzahler. Dem Arbeiter und An-

gestellten wird die Lohnsteuer vom Lohn bzw. vom Gehalt abgezogen. Er kann die Höhe seiner Lohnsteuer auf seinem Lohn- bzw. Gehaltsstreifen lediglich zur Kenntnis nehmen. Will er sie mindern, muß er versuchen, seine erweiterten erhöhten Werbungskosten plus Sonderausgaben vorher auf der Lohnsteuerkarte eintragen zu lassen.

Der veranlagte Steuerzahler, der vorwiegend Einkünfte aus anderen Einkommensarten bezieht, hat im Laufe des Jahres nur Vorauszahlungen zu leisten. Die Veranlagung erfolgt erst im

nächsten Jahr. Dadurch erhalten viele Selbständige — darunter vor allem die großen Einkommensbezieher — praktisch ein zinsloses Dauerdarlehen vom Staat. Während die Lohnsteuerzahler dem Staat einen zinslosen Dauerkredit geben. Denn Zinsen werden hierbei weder erhoben noch gezahlt. Einer Mehrheit von Arbeitnehmern und Gewerbetreibenden geht nach einer Schätzung aus dem Jahre 1971 so jährlich mindestens 50 Millionen DM an Zinsen verloren. Einer Minderheit von Selbständigen wird dagegen mindestens 150 Millionen DM jährlich an Zinsen geschenkt.

Mit der Reform der Einkommensteuer war auch diskutiert worden, Steuerschulden bzw. Steuer„kredite“ zu verzinsen. Verwaltungsschwierigkeiten ließen die Diskussion im Sande steckenbleiben. Statt dessen wurde mit der Steuerreform ab 1975 die Möglichkeit erschwert, erwartete höhere Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen schon zu Beginn des Jahres auf der Lohnsteuerkarte eintragen zu lassen. Nur wenn die Aufwendungen insgesamt einen Betrag von 1800 DM jährlich übersteigen, kann jetzt während des Jahres eine Lohnsteuerermäßigung beantragt werden. Zweifellos sind dadurch die Anträge auf Lohnsteuerermäßigung gesunken.

M. F.

Lohnsteuer steigt um 12 Prozent

Das die Unternehmerinteressen ausdrückende Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, daß die Lohnsteuer von 1975 auf 1976 von 69,98 Mrd. DM auf 78,40 Mrd. DM oder um 12 Prozent steigen wird. Wie das in der Bundesre-

publik vorhandene Steuersystem auch nach der sogenannten Steuerreform die Arbeiter und Angestellten be- und zugleich die Unternehmer entlastet, zeigt die folgende Gegenüberstellung:

	1961	1976 (geschätzt)
	in Mrd. DM	
Lohnsteuer	10,5	78,4
veranlagte Einkommensteuer	10,8	27,1
Körperschaftsteuer	7,5	7,1

1961 war die Summe der veranlagten Einkommensteuer und Körperschaftsteuer noch um 7,8 Mrd. DM höher als die der Lohnsteuer. Diese betrug damals nur etwas mehr als die Hälfte der Unternehmersteuern. Dies hat sich grundlegend gewandelt. Obwohl immer mehr Arbeiter und Angestellte zur Einkommensteuer veranlagt werden und dadurch der Anteil der Unternehmer an dieser Steuerart immer mehr sinkt, wird 1976 die Lohnsteuer die veranlagte Einkommensteuer und Körperschaftsteuer um nicht weniger als 44,2 Mrd. DM oder um 129 Prozent übersteigen.

Von den außerordentlich bescheide-

nen Lohnerhöhungen dieses Jahres wird den Arbeitern und Angestellten nur ein geringer Anteil bleiben. Waren es 1974 von jeder Mark erkämpfter Lohnerhöhung 60 Pfennig, so werden es 1976 nur noch 41,4 Pfennig sein. Die Steuerlastquote, die 1974 schon die außerordentliche Höhe von 15,1 Prozent erreichte, wird 1976 15,5 Prozent betragen, das bedeutet, daß von 100 DM Lohn oder Gehalt nicht weniger als 15,50 DM weggesteuert werden, zählt man noch die Belastungen der Sozialversicherung hinzu, die im Durchschnitt zwischen 16,5 und 17 Prozent liegen dürften, dann werden 1976 die Abzüge pro 100 DM Lohn oder Gehalt bei 32 bis 32,50 DM liegen.

fer

Kampfbereite ÖTV-Jugend für konsequente Interessenvertretung

Vom 4. bis 7. März 1976 tagte im Bürgerhaus Mainz-Hechtheim die 13. ordentliche Bundesjugendkonferenz (BJK) der Gewerkschaft ÖTV. Unter der Losung „Denke an morgen — kämpfe heute“ vermittelten die 135 Delegierten im Namen von 116 000 jugendlichen Mitgliedern bemerkenswerte Impulse für den vom 13. bis 19. Juni in Hamburg stattfindenden 8. ordentlichen ÖTV-Gewerkschaftstag. Wie schon die vorangegangenen ÖTV-Bezirkskonferenzen setzten sich die Delegierten für eine konsequentere Gewerkschaftspolitik ein.

In seinem mündlichen Geschäftsbericht wies der bisherige Bundesjugendsekretär Klaus Engel — er kandidierte nicht mehr für diese Funktion — nach: Mit den „Krisenerscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft“ setzen „die herrschenden Kräfte in der Bundesrepublik, die im wesentlichen über die Produktionsmittel verfügen, Reformen ihre Interessenpolitik brutal entgegen, und die Unternehmerverbände schrecken vor Erpressungen nicht zurück“ (weitere Ausführungen siehe Einhefter).

Sowohl in der Debatte zum Geschäftsbericht als auch in den 184 Anträgen und 72 Initiativanträgen prangerte die ÖTV-Jugend die vorhandenen im kapitalistischen System liegenden Mißstände an und entwickelte zahlreiche Forderungen, die im wesentlichen entscheidende Lebensfragen der Arbeiterjugend und der ganzen Arbeiterklasse berühren. Schwerpunkte dafür waren Jugendarbeitslosigkeit, Berufsbildung und Jugendarbeitsschutz. In dem umfangreichen Forderungskatalog gegen die Jugendarbeitslosigkeit wird ein offensiver Kampf um die Erhaltung und den Ausbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen verlangt. Im einzelnen setzte sich die BJK unter anderem ein: für Einschränkung der unternehmerischen Macht durch Mitbestimmung und Investitionslenkung, Verringerung des Arbeitskräfteangebots durch Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsverlängerung, Herabsetzung des Rentenalters und längere Schulausbildung sowie Erhöhung der Massenkaukraft durch eine aktive Tarifpolitik.

Der vorliegende Regierungsentwurf für ein neues Berufsbildungsgesetz wurde kritisiert und „nicht akzeptiert“. Neben der Bekräftigung der gewerkschaftlichen Forderungen für ein fortschrittliches Berufsbildungsgesetz verlangte die ÖTV-Jugend „das Recht auf Ausbildung“ für alle Jugendlichen und eine „Ausbildungsverpflichtung der Unternehmen und des öffentlichen Dienstes“. Nur durch die Unterstützung der gesamten Organisation sei es möglich, die berechtigten Forderungen durchzu-

setzen. Mit Empörung protestierte die BJK dagegen, daß eine Minderheit im Bundesrat das vom Bundestag beschlossene Jugendarbeitsschutzgesetz weiter verschlechtern will.

Die Delegierten bekräftigten die Kampfbereitschaft in der gegenwärtigen Tarifauseinandersetzung und quittierten die Ankündigung des ÖTV-Vorsitzenden, Heinz Kluncker, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären, mit stürmischem Beifall. Im Unterschied zu anderen Gewerkschaften lehnte die BJK, wie auch das für Jugend zuständige Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, Siegfried Merten, bekräftigte, Tarifverträge nur für Organisierte entschieden ab.

Einmütig verwahrten sich die Delegierten gegen jegliche Bestrebungen, den öffentlichen Dienst zu privatisieren (siehe Einhefter), wendeten sich gegen den Regierungsentwurf zur Mitbestimmung und gegen die Absicht von Bonn, mit einem neuen Dienstrecht das Streikrecht und die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst einzuschränken. Unmißverständlich protestierte die BJK gegen die Berufsverbote und erklärte: „Wir lehnen darum jedes Gesetz, das Berufsverbote regelt, entschieden ab.“

Verstärkte Solidarität mit dem chilenischen Volk und Boykott aller Warensendungen nach Chile sowie Unterstützung aller einheitlich handelnden Kräfte in Portugal gegen eine neuerliche faschistische Gefahr sowie Hilfe für den demokratischen Widerstand in Spanien waren weitere Beschlüsse der Delegierten.

Leider vermochte es die Konferenz nicht, alle vorliegenden Anträge und Initiativanträge zu behandeln. Neben nicht zu übersehenden theoretischen Meinungsverschiedenheiten über den Ausgangspunkt in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit — Konkurrenzsituation der Lohnabhängigen untereinander oder gemeinsam gegen den einheitlichen Gegner — war das auch auf die unübliche Praxis der Antragskommis-

sion zurückzuführen, für die Abstimmung der einzelnen Anträge keine konkreten Empfehlungen zu geben.

Mit 74 Stimmen wählten die Delegierten den bisherigen DGB-Landesbezirksjugendsekretär, Dieter Utzerath zum neuen ÖTV-Bundesjugendsekretär Willi Hanns, der ebenfalls kandidierte unterlag mit 55 Stimmen.

Werner Petschig

Entwurf für Pressegesetz

Die Regelung der inneren Pressefreiheit sieht der Entwurf für ein neues Hessisches Pressegesetz vor, das von den Landesvorständen der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier Hessen und des Hessischen Journalistenverbandes (HJV) gemeinsam erarbeitet und bei einer Pressekonferenz am 16. März in Wiesbaden der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Nach dem Entwurf soll die politische Linie der jeweiligen Zeitung, die grundsätzliche publizistische Haltung, vom Verleger schriftlich festgelegt werden. Diese Festlegung darf dann nicht gegen den Willen von zwei Dritteln der Mitglieder der Redaktionsversammlung geändert werden.

Innerhalb der festgelegten politischen Linie der Zeitung — so sieht es der Gesetzentwurf vor — liegt die inhaltliche Gestaltung des Textteils der Zeitung dann ausschließlich bei der Redaktion. Bei Zweifeln, ob einzelne Veröffentlichungen mit der grundsätzlichen Haltung der Zeitung übereinstimmen, soll ein Schlichtungsausschuß aus zwei von der Redaktionsversammlung gewählten Redaktionsmitgliedern, aus zwei vom Verleger bestimmten Personen und einem Vorsitzenden bestehen.

Neben dieser wichtigen Regelung der inneren Pressefreiheit sieht der Gesetzentwurf vor, daß die Redaktionsversammlung mindestens einmal im Vierteljahr über die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens zu unterrichten ist. Das kann sowohl durch den Betriebsrat als auch durch die Geschäftsleitung erfolgen. Bei Änderungen der Unternehmensform, der Eigentums- und Beteiligungsverhältnisse des Presseunternehmens erhält die Redaktionsvertretung zwar kein Mitbestimmungsrecht, sie muß aber nach dem Gesetzentwurf rechtzeitig vorher unterrichtet und angehört werden.

Mit dieser Regelung ist zumindest zu verhindern, daß Verleger — wie in der Vergangenheit üblich — in Nacht-und-Nebel-Aktionen ihre Zeitungen verkaufen oder mit anderen Verlagen fusionieren und damit vollendete Tatsachen schaffen.

O. Sch.

Bundesjugendkonferenz der ÖTV Aus der Rede von Klaus Engel

Vom 4. bis 7. März 1976 tagte in Mainz-Hechtheim die 13. ordentliche Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft ÖTV. Nachstehend veröffentlichen wir bemerkenswerte Auszüge aus dem mündlichen Geschäftsbericht des bisherigen Jugendsekretärs Klaus Engel und einige verabschiedete Anträge (vgl. auch S. 12).

Die gegenwärtige Lage der Jugend wird von strukturellen Krisenerscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft bestimmt. Die Widersprüche in der allgemeinen und beruflichen Bildung der letzten Jahre, verursacht durch Planlosigkeit, hervorgerufen durch egoistische Interessen, rächen sich als Jugendarbeitslosigkeit. Unsere Beurteilung wird bestimmt von der Ernüchterung, daß die herrschenden Kräfte in der Bundesrepublik, die im wesentlichen über die Produktionsmittel verfügen, Reformen ihre Interessenpolitik brutal entgegenseetzen. — Wir mußten erleben, daß die Unternehmerverbände vor Erpressungen nicht zurückschrecken.

Die Lage der Jugend wird sich infolge der geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten 12 Jahren auch bei einer verbesserten konjunkturellen Situation eher verschlechtern. Die Jugend, die keinen Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz bekommt, ist also eines der Opfer unserer freien sozialen Marktwirtschaft und der Bildungsmisere. Für die ÖTV-Jugend kommt hinzu, daß der Kostendruck, Rationalisierungsmaßnahmen und Privatisierungstendenzen im öffentlichen Dienst die Probleme der jungen Arbeitnehmer und Auszubildenden negativ beeinflussen.

Dies hat in den letzten anderthalb Jahren unsere Gewerkschaftsarbeit geprägt. Für unsere jungen Kollegen ist es schwieriger geworden, betriebliche Forderungen durchzusetzen. Langjährig gewährte Leistungen werden zurückgenommen, Tarifverträge nachteilig ausgelegt, gewerkschaftlicher Bildungsurlaub eingeschränkt, die Unsicherheit einer Übernahme ins Arbeitsverhältnis nach der Ausbildung wird zum Druckmittel... Wenn es nicht zu spät ist, dann ist es kurz vor zwölf!!! Die Kampfkraft unserer Gewerkschaft steht auf dem Spiel! Denn die obskuren Äußerungen mancher Länderminister zur Frage der Tarifautonomie im öffentlichen Dienst lassen uns ahnen, daß eine Änderung des Dienstrechts in ihrem Sinne eine günstige Gelegenheit wäre, unsere schärfste Waffe, das Streikrecht, zu brechen...

Ein neues Berufsbildungsgesetz wird von diesem Bundestag kaum verabschiedet. Damit wird eine wesentliche Kernforderung der Jugend nicht erfüllt, und das trotz sozial-liberaler Koalition. Die verschiedenen politischen Strömungen in den Ländern lassen uns einschätzen, was uns bei einer anderen Zusammensetzung des Bundestags erwartet — nicht nur als Jugend, sondern als Gewerkschafter insgesamt. Unerklärlich ist es darum, wie leichtfertig die regierenden Parteien ihr Jungwählerpotential derart ignorieren. Es sei denn, daß sie damit sich selbst Ohnmacht vor den sie bedrängenden, herrschenden Kräften bescheinigen.

Die Erpressungen gegen eine durchgreifende Reform hatten bereits ihren Erfolg, wesentliche Forderungen der Gewerkschaften sind im Gesetzentwurf nicht enthalten oder weisen Verschlechterungen auf — denken wir nur an die Mitbestimmung der Gewerkschaften. Das ist unerhört! Denn der öffentliche Dienst und das Gesundheitswesen werden ausgeklammert. Bund und Länder wollen die einzigen bleiben, die die Ausbildung weiterhin für sich selbst stricken — ohne Kontrolle, ohne Transparenz, ohne aktives Einwirken der Gewerkschaften. Sogar die Arbeitgeberverbände der Privatwirtschaft, der

Industrie- und Handelstag und viele andere Institute vertreten — zwar mit unterschiedlichem Interesse — den Standpunkt, daß auch der öffentliche Dienst sich den Gesetzen zu unterwerfen hat, die für sie, die Privatwirtschaft, Gültigkeit haben. Abgesehen vom Schicksal des Berufsbildungsgesetzes, müssen wir dem bisherigen Entwurf die Note mangelhaft ausstellen, damit hat er die Prüfung nicht bestanden...

Die Tarifpolitik ist und bleibt das wichtigste Instrument zur Sicherung des Arbeitsplatzes und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Qualität eines Vertrages hängt entscheidend von der Macht und Kraft der Gewerkschaft ab. Von der Macht der ÖTV hängt es ab, ob es mit der Tarifpolitik gelingt, negative Auswirkungen der Rationalisierung und Automation für unsere Kollegen zu verhindern, und ob es gelingt, sogar steuernd in diese Prozesse einzugreifen, z. B. durch weitere Mitbestimmungsverträge. Diese Kraft kann sich aber nur entwickeln, wenn auch wir in der Jugend uns eingehender mit der Tarifpolitik befassen — erst recht in einer Zeit, wo die Gegner die Tarifautonomie zur Disposition stellen möchten...

Wenn es richtig ist, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung eine Geschichte der Klassenkämpfe war und unsere Gegenwart sich davon nicht unterscheidet, dann sollten wir endlich darüber nachdenken, wie die so außerordentlich wichtigen Erfahrungen unserer Väter stärker hervorgehoben werden. Ich halte es nicht für gut, wenn nur unsere Teamer sich über die historische Entwicklung des Kapitalismus und seine gesellschaftlichen Auswirkungen informiert haben und ihre eigenen Schlüsse ziehen...

Wir sehen einerseits Ereignisse von weltpolitischer Bedeutung, oftmals Tausende von Kilometern weg; ohne die Länder und Völker genau zu kennen. Wir formulieren Entschlüsse zu politischen Entwicklungen in Ländern, in denen Menschen brutal unterdrückt, erniedrigt und ermordet werden. Wir wissen, daß Vorurteile, Haß, vor allem der Faschismus seine Ursprünge in den Widersprüchen privat-kapitalistischer Produktionsweise und im Profitstreben gigantischer multinationaler Unternehmen hat. Wir wissen, der Faschismus und Rassismus richtet sich gegen die Armen, gegen die sowieso unterdrückten Arbeiter und gegen freie Gewerkschaften. Diese bittere Erfahrung hat die deutsche Arbeiterbewegung hinter sich.

Weil das so ist, weil die Gefahr der Restauration — der Einschränkung und Aushöhlung der Grundrechte — ein Versuch der Rechten und der Mächtigen in der Bundesrepublik ist, dieses Grundgesetz nach ihren Klasseninteressen zu interpretieren, müssen wir uns stärker damit befassen und auseinandersetzen. Diese Verfassung, im Rahmen derer die Arbeiterbewegung in der Lage wäre, bei extensiver Auslegung — ohne daß sie dann etwa als Verfassungsfeind abgestempelt werden könnte — ihre Interessen durchzusetzen, bietet die Grundlage dafür. Wir schränken dies aber selbst ein, wenn wir jeden jungen, unruhigen Geist mit erhobenem Zeigefinger fragen, ob er denn auch noch auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht — für Ministerpräsident Filbinger z. B. ist diese Grundordnung nicht mehr freiheitlich-demokratisch, wenn sie sozialistisch wäre!!!

Auswahl von Beschlüssen Privatisierung im öffentlichen Dienst

Die zunehmenden Angriffe gegen den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten, insbesondere vorgetragen von großen Teilen der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens, sollen u. a. auch die Privatisierung von bislang öffentlichen Dienstleistungen bewirken und rechtfertigen. Gleichzeitig werden die eigentlichen Beweggründe für diese Privatisierung verschleiert, die ihre Ursachen in dem Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung und Verfü-

gung haben und, bezogen auf die Privatisierungsinteressen, wie folgt zusammenzufassen sind:

- Erschließung neuer profitabler Bereiche für die Privatunternehmer;
- Verringerung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt und somit die Verringerung des staatlichen Einflusses auf die Konjunkturpolitik im weitesten Sinne;
- stärkere Einflußnahme auf die Inhalte der Erziehungs- und Ausbildungs- sowie Reproduktionseinrichtungen (Kindergärten, Schulen, Hochschulen usw.).

Die Privatisierungen bewirken u. a. auch, daß

- die betroffenen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes teilweise gekündigt werden und die gleiche oder ähnliche Tätigkeit nun von ihnen und anderen Beschäftigten bei dem Privatunternehmer unter wesentlich schlechteren Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen verrichtet werden müssen;
- die betroffenen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes teilweise gekündigt werden und dann keinen angemessenen Arbeitsplatz wieder bekommen, da sie von den Privatunternehmern nicht übernommen werden;
- die Beschäftigten in den betroffenen Bereichen teilweise auf andere Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst umgesetzt werden. Das hat zur Folge, daß die Arbeits- und Lebensbedingungen sich verschlechtern (Erhöhungen der Fahrtkosten, Verlängerung des Hin- und Rückweges zum Arbeitsplatz, geänderte Qualifikationsanforderungen);
- sich die Arbeitsbedingungen der übrigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verschlechtern, da die öffentlichen Arbeitgeber die Privatisierung als Drohung zur Durchsetzung von Erhöhungen der Arbeitsleistung etc. benutzen;
- durch die Herauslösung von gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen aus dem Tarifgefüge des öffentlichen Dienstes die Gewichte sich in den Tarifkämpfen zuungunsten der Gewerkschaften verschieben;
- den Beschäftigten in den privatisierten Bereichen es stark erschwert wird, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Öffentliche Leistungen gehören zu den unentbehrlichen Grundlagen, die die Mindestbedingungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung garantieren sollen. Die abhängig Beschäftigten sind existenziell auf diese Leistungen angewiesen, deshalb ist das Angebot so umfassend und preisgünstig wie möglich zu gestalten. Eine Auslagerung einzelner Betriebe und Betriebsteile in gewinnorientierte Privatunternehmen würde u. a. folgende Auswirkung haben:

- die konkurrenzlose Preisgestaltung bei monopolhaft betriebenen Dienstleistungen;
- die Beschränkung des Leistungsangebotes auf die profitabelsten Bereiche und somit nur die Versorgung der unrentablen Bereiche durch den öffentlichen Dienst;
- die Subventionierung der Privatunternehmen bei deren „wirtschaftlichen“ Schwierigkeiten durch die jeweiligen staatlichen Stellen.

Den Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen stehen außerdem folgende gesetzliche Regelungen entgegen:

- a) Art. 15 GG (der eine Ermächtigung zur Sozialisierung enthält) enthält die stillschweigende Aussage, daß der einmal erreichte Stand des Gemeineigentums nicht unterschritten werden darf. Bei der Schaffung des Grundgesetzes, das einem Kompromiß zwischen sozialistischen und bürgerlichen Kräften entsprang, wurde lediglich daran gedacht, eine sozialistische Entwicklung zu ermöglichen, nicht aber das bereits vorhandene öffentliche Eigentum wieder zu beseitigen.
- b) Der haushaltsrechtliche Grundsatz der sparsamen Wirtschaftsführung verbietet es, Gewinne zu privatisieren, da sich die finanzielle Situation des Staates dadurch verschlechtert.

Dies gilt auch dann, wenn die privatisierten Teile des öffentlichen Dienstes nur langfristig rentabel sind.

Die Konferenz wendet sich deshalb nachdrücklich gegen alle Versuche, öffentliche Leistungen zu privatisieren. Alle gewerkschaftlichen Gremien und ÖTV-Funktionäre sind verpflichtet, die Privatisierungsbestrebungen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Über den öffentlichen Dienst hinaus bezieht sich dies auch auf den innergewerkschaftlichen Bereich.

Des Weiteren besteht für alle Gremien verstärkt die ständige Aufgabe, die Mitglieder und gesamte Öffentlichkeit intensiv über die Ursachen und Auswirkungen der Privatisierungsbestrebungen aufzuklären. Die Privatisierungsproblematik muß außerdem ab sofort in die Bildungsarbeit einbezogen und insbesondere gesellschaftspolitisch aufgearbeitet werden. Dies muß von der Hauptverwaltung durch die Herausgabe von entsprechenden Materialien unterstützt werden.

Zur Durchsetzung unserer Forderungen ist es notwendig:

- mehr Kollegen in den Willensbildungsprozeß in diesen zentralen Fragen einzubeziehen. Das Problem der Privatisierung soll in allen Betrieben und Verwaltungen diskutiert und an nicht organisierte Kollegen vermittelt werden, um diese für das gewerkschaftliche Handeln zu aktivieren.
- Erfahrungsaustausch herzustellen, um gemeinsames Handeln von Kollegen im öffentlichen Dienst zu denen der freien Wirtschaft zu ermöglichen, d. h. eine verstärkte Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften;
- in konkreten Fällen sind unsere Forderungen durch Kampfmaßnahmen exemplarisch durchzusetzen im Sinne unserer Forderungen durch die Gegenmacht in den Betrieben;
- Rationalisierungsschutzabkommen zu schließen und bestehende zu verbessern, in Richtung auf konkrete Einflußnahme im Planungsstadium möglicher Arbeitgebervorhaben;
- daß das Bewußtsein der Kollegen im öffentlichen Dienst im Hinblick auf die ideologischen Verdrehungen der Öffentlichkeit geschärft wird;
- die Mitbestimmungsrechte im BVG und den PersVGs zu verstärken bzw. zu schaffen;
- durch örtliche, bezirkliche und zentrale Aktionen unsere Forderungen darzustellen und unsere Kampfbereitschaft zu zeigen.

Schlichtungsabkommen für den öffentlichen Dienst

Der ÖTV-Hauptvorstand wird aufgefordert:

- a) Zur Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft in den kommenden Tarifauseinandersetzungen das Schlichtungsabkommen vom 20. Dezember 1974 zum frühestmöglichen Termin (30. Juni 1976) zu kündigen,
- b) Verhandlungen über ein neues Schlichtungsabkommen abzulehnen sowie eine Diskussion auf breiter Ebene innerhalb der ÖTV über das abgeschlossene Schlichtungsabkommen mit dem in den Punkten a) und b) angegebenen Ziel einzuleiten.

Begründung: Das Schlichtungsabkommen schwächt die Durchsetzbarkeit gewerkschaftlicher Forderungen auf mehrfache Weise:

- Es erschwert die Mobilisierung der Kollegen, weil Kampfmaßnahmen für eine Abkühlungsfrist von bis zu vier Wochen ausgesetzt werden müssen.
- Das Schlichtungsabkommen verletzt die Tarifautonomie, weil es scheinbar überparteilichen Schlichtern die Möglichkeit

gibt, auf die Tarifparteien einzuwirken. Diese Schlichter werden in der Regel bestrebt sein, Kompromisse zu finden. Berücksichtigte die ÖTV deren Empfehlungen, würde sie nicht länger die Interessen und die Kampfkraft ihrer Mitglieder zum alleinigen Maßstab ihrer Entscheidungen machen können.

– Gegenüber der Öffentlichkeit treten die Schlichter als Neutrale auf, ohne daß sie sich in Wirklichkeit je neutral verhalten können. Ihre Empfehlungen werden immer mit der Autorität überparteilichen Sachverständes umgeben sein und in der Öffentlichkeit entsprechend Eindruck hinterlassen. Bei Ablehnung ihrer Empfehlung durch die ÖTV werden die Kollegen daher nicht nur gegen die Arbeitgeber zu kämpfen haben, sondern auch gegen den Schlichtungsanspruch und gegen eine von ihm beeinflusste öffentliche Meinung. Das muß sich auf unsere Erfolgchancen in Tarifkämpfen negativ auswirken.

Die ÖTV-Verhandlungskommission hat 1974 das Schlichtungsabkommen abgeschlossen. Sie begründete diesen Schritt damit, daß dieses Schlichtungsabkommen allen Absichten, eine gesetzliche Zwangsschlichtung einzuführen, den Schein von Berechtigung genommen habe: – um einer gesetzlichen Zwangsschlichtung entgegenzuwirken, hat man einer freiwilligen Schlichtung zugestimmt.

Dem ist folgendes entgegenzuhalten:

Das Schlichtungsabkommen ist kein Beitrag zur Sicherung der Tarifautonomie im öffentlichen Dienst, sondern trägt zu deren Einschränkung bei, da niemand, der einer teilweisen Einschränkung der Tarifautonomie freiwillig und kampffrei zustimmt, ernsthaft hoffen darf, damit einer möglichen noch wirksameren Einschränkung der Tarifautonomie einen Regel vorgeschoben zu haben.

Berufsverbote im öffentlichen Dienst

Die Gewerkschaft ÖTV wendet sich gegen jede Form von Berufsverboten, politischen Überprüfungen und Entlassungen in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst. Sie setzt sich im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit – in ihren Publikationen und in der Presse –, in Verhandlungen mit Arbeitgebern sowie in der Gestaltung der Tarifverträge und im DGB hierfür ein. Die Gewerkschaft ÖTV soll bereits jetzt Bewerbern für den öffentlichen Dienst Unterstützung bei den Anhörungsgesprächen bei den staatlichen Stellen gewähren.

Insbesondere hat die Gewerkschaft ÖTV im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit den Zusammenhang von mangelnden öffentlichen Leistungen durch den nicht ausgeschöpften Personalstellenbestand und Stelleneinsparungen mit der Ablehnung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst, die zu erhöhter Arbeitslosigkeit führt, aufzuzeigen. Die Gewerkschaft ÖTV hat den Betroffenen immer und umfassend in voller Ausschöpfung der Satzung Rechtsschutz zu gewähren. Wir lehnen jedes Gesetz, das die Berufsverbote regelt, entschieden ab!

Die Gewerkschaft ÖTV fordert die Bundesregierung auf, die demokratischen Rechte des Grundgesetzes: Art. 12 GG Freie Wahl des Berufes und Arbeitsplatzes, Art. 21 GG Parteienprivileg, Art. 33 Abs. 1 bis 3 GG Gleiche staatsbürgerliche Rechte und Pflichten, Zugang zum öffentlichen Dienst zu beachten.

Die Bundesjugendkonferenz mißbilligt den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Mai 1975 zur Frage des Zugangs zum öffentlichen Dienst, da diese Entscheidung das Ziel verfolgt, die volle Geltung wesentlicher Grundrechte der Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu versagen. Der Bundesjugendausschuß und der Hauptvorstand werden zu einer Stellungnahme aufgefordert.

Solidarität mit Portugal

1. Die Bundesjugendkonferenz begrüßt den Sieg des portugiesischen Volkes vom 25. April 1974, durch den die fast 50jährige faschistische Diktatur beseitigt wurde.
2. Wir begrüßen auch erreichte Erfolge. Dazu gehören die Anhebung der Mindestlöhne, die Vorbereitung einer Bodenreform und – wie auch im DGB-Grundsatzprogramm gefordert – die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und Banken.
3. Die Grundlage hierzu war das gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte, die Einheit von Volk und MFA.
4. Dieses findet seinen Ausdruck in der Schaffung einer Einheitsgewerkschaft in Portugal. Die Bundesjugendkonferenz spricht sich aus grundsätzlichen Erwägungen für demokratisch strukturierte Einheitsgewerkschaften aus.
5. Die Ereignisse der letzten Monate in Portugal geben jedoch zu Sorge Anlaß. Die Faschisten in Portugal wollen immer noch, gestützt auf die Reaktion im In- und Ausland, das Rad der Geschichte wieder zurückdrehen und die demokratischen und sozialen Errungenschaften beseitigen.
6. Die Bundesjugendkonferenz verurteilt entschieden den Terror faschistischer Banden. Mord und Brandstiftung sind nicht die Sprache des Volkes, sondern des Faschismus, der erneut sein Haupt erhebt.
7. Nach einer Phase des Aufbaus in Richtung Sozialismus wird heute der „Putsch“ des 25. November von rechten Kräften zum Anlaß genommen, die Erfolge der demokratischen Revolution zurückzudrängen; verstaatlichter Grundbesitz und verstaatlichte Betriebe werden zurückgegeben, Angehörige der Geheimpolizei aus dem Gefängnis entlassen usw.

8. Hinter der Notwendigkeit des einheitlichen Handelns aller fortschrittlichen Kräfte müssen alle Meinungsverschiedenheiten zurückstehen. Wir wissen aus den Erfahrungen in Deutschland, daß eine zerstrittene Arbeiterbewegung nur den reaktionären Kräften nutzt.

9. Die Lehren von Chile dürfen nicht vergessen werden. Wir wenden uns auch gegen jegliche Einmischung von außen, insbesondere in Form von wirtschaftlichem Druck.

10. Die Bundesjugendkonferenz fordert die Bundesregierung auf, wirtschaftliche Hilfe ohne politische Vorbedingungen zu gewähren. Auf die EG ist einzuwirken, verstärkt portugiesische landwirtschaftliche Produkte aufzunehmen.

11. Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz stellen sich solidarisch an die Seite der demokratischen Kräfte Portugals und hoffen, daß durch deren einheitliches Handeln die faschistische Gefahr abgewendet werden kann.

12. Portugal darf kein Chile in Europa werden.

13. Der Bundesjugendausschuß wird aufgefordert, zu entsprechenden Stellen der Intersyndical Kontakt aufzunehmen, um gemeinsame Informations- und Solidaritätsveranstaltungen durchzuführen.

Erich Frister, GEW-Vorsitzender:

Bildungspolitischer Offenbarungseid

Am 6. März 1976 demonstrierten in Frankfurt rund 5000 Lehrer, Eltern und Schüler gegen die Bildungsmisere und für die Einstellung aller Lehrer in den Schuldienst. Neben Stadtschulsprecher Norbert Reiss, der sich gegen Berufsverbote und Ge-

sinnungsschnüffel wandte, sprach auf der anschließenden Kundgebung u. a. Erich Frister, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Er prangerte die Lehrerarbeitslosigkeit an, die gerade im sozialdemokratisch regierten Hessen große Ausmaße angenommen hat. Nachfolgend veröffentlichten NACHRICHTEN aus den Aussagen Fristers wesentliche Auszüge:

Es fehlen im Bundesdurchschnitt zwischen Flensburg und Konstanz, zwischen Helmstedt und Saarbrücken mindestens 10 Prozent der benötigten Lehrer. 10 Prozent der nach den Vorschriften der Bundesländer vorhandenen Arbeitsplätze für Lehrer sind unbesetzt. 40 000 Arbeitsplätze für Lehrer sind frei. Die Kultusminister haben für den Herbst 1976 10 000 arbeitslose Lehrer errechnet. 40 000 freie Arbeitsplätze für Lehrer — 10 000 Lehrer ohne Arbeitsplatz: Das ist ein bildungspolitischer Offenbarungseid. Anführer der bildungspolitischen Bankrotteure ist das Land Hessen. Hessen liegt ganz vorn. Obwohl nicht einmal 10 Prozent der Lehrer des Bundesgebietes in Hessen beschäftigt werden, ist dieses Land mit 30 Prozent an der Zahl der arbeitslosen Lehrer beteiligt. Fast ein Drittel der Lehrerarbeitslosigkeit im Bundesgebiet kommt auf das Konto der Wiesbadener Politiker. Sind etwa die Hessen so weit vorn, daß sie keine Lehrer mehr brauchen?

Wer täglich unter der Schulmisere leidet — ob Schüler, Eltern oder Lehrer —, weiß, daß dies eine Scherzfrage ist. Was sagt die amtliche Statistik? Unter den 11 Bundesländern nimmt Hessen in der Zahl der Lehrer je Schüler an allgemeinbildenden Schulen den sechsten Platz ein hinter Ländern wie Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Bei den beruflichen Schulen finden wir den bildungspolitischen Kraftprotz Hessen sogar erst auf Platz 8 hinter Schleswig-Holstein, dem Saarland und Niedersachsen. Fast 2000 fertig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer für Grund- und Hauptschulen sind in diesem Bundesland arbeitslos, obwohl die Zahl der Lehrer je Schüler an Grund- und Hauptschulen in den benachbarten Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen eindeutig besser ist. Lediglich der Nachbar Bayern liegt auf dem gleichen Niveau. Ein bemerkenswertes Vorbild für die Herren Osswald und Krollmann!

Wenn Hessen bei den Grund- und Hauptschulen beispielsweise mit Rheinland-Pfalz gleichziehen will, so braucht es erst einmal 2000 Lehrerinnen und Lehrer, um den Rückstand gegenüber der schulpolitischen Provinz des Herrn Kohl aufzuholen. Und wenn unsere hessischen Landesstiefväter mit ihrer Schule dorthin wollten, wo sie in ihren Sonntagsreden immer ist, nämlich vorn, dann müßten sie auf einen Schlag mehr als 7000 Lehrerinnen und Lehrer einstellen und nicht an die 3000 ohne Beschäftigung auf der Straße stehenlassen. Die Kinder in Hessen haben den gleichen Anspruch auf Lehrer wie die Kinder in anderen Bundesländern. Was nützt das Wortgeklingel von der Schulreform, wenn die personellen Voraussetzungen für Unterricht und Erziehung schlechter sind als in Ländern, für deren Regierungen die Gesamtschule nach wie vor eine Ausgeburt des Teufels ist. Die gewerkschaftlich organisierten Lehrer waren, sind und bleiben die Träger einer Schulreform im Interesse der Kinder und Eltern. Eine menschliche Schule, in der sich Kinder und Lehrer wohl fühlen, in der nicht gepaukt und abgerichtet, sondern das Lernen gelernt wird, in der in Freiheit zur Freiheit erzogen wird, das war, ist und bleibt unser Ziel. Aber wir sind nicht mehr bereit, zum Lobe der Landesregierung die Reformfassade zu stützen, hinter der die Bedingungen für Unterricht und Erziehung schlechter sind als sie es nach dem vorhandenen Lehrangebot sein müßten.

Die gewerkschaftlich organisierten Lehrerinnen und Lehrer sind nicht mehr bereit, sich an der Erzeugung von schillernden Seifenblasen der Schulreform zu beteiligen. Sie werden sagen, was ist, und die Bevölkerung darüber aufklären, daß diese Landesregierung gegenüber den Kindern und Jugendlichen an den hessischen Schulen ihre Pflicht versäumt. Das Märchen, für die Bezahlung der Lehrer sei kein Geld da, muß heraus aus den Köpfen. Den Märchenerzählern muß der Mund gestopft werden...

Martin Heiß:

Handwerksarbeit des DGB

Auf der 15. DGB-Bundeshandwerkstagung am 7./8. Februar 1976 in Saarbrücken sprach das Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes Martin Heiß zum Thema: „Handwerksarbeit in den nächsten 3 Jahren“. Wir bringen daraus folgende Auszüge:

Seit 1951 kämpfen wir um die überbetriebliche Mitbestimmung! Bis heute ist jedoch die Handwerksordnung in den entscheidenden Punkten nicht novelliert worden. Im Gegenteil, die Spitzenverbände des Handwerks haben nachzuweisen versucht, daß diese Forderung nicht rechtmäßig sei. Ich möchte hier noch einmal deutlich machen, auf welche weiteren Fakten wir uns bei der Forderung nach überbetrieblicher Mitbestimmung stützen. Dabei spielt die Frage nach der Höhe des Organisationsgrades im Handwerk keine Rolle.

Im handwerklichen Bereich gibt es ca. 4 Millionen Beschäftigte. Die von der Bundesregierung geplante Verabschiedung der unternehmensbezogenen Mitbestimmung berührt von den 518 000 Handwerksbetrieben weit weniger als 1 Prozent. Das Betriebsverfassungsgesetz, das die Mitbestimmung am Arbeitsplatz regelt, kann in 38 Prozent aller Betriebe, soweit es sich um Mitbestimmungsrechte handelt, nicht angewandt werden. Das liegt erstens daran, daß in 20,5 Prozent der Handwerksbetriebe das Betriebsverfassungsgesetz überhaupt keinen Einfluß nehmen kann, da in diesen Betrieben weniger als 5 Arbeitnehmer beschäftigt sind. Das Betriebsverfassungsgesetz schreibt in seinem Paragraphen 1 vor, daß in Betrieben mit mehr als 5 ständig beschäftigten Arbeitnehmern erst ein Betriebsobmann zu wählen ist...

Die Handwerksbetriebe in der Bundesrepublik Deutschland haben zwar zahlenmäßig abgenommen, nämlich von 528 000 1974 auf 518 000 1975, womit zwangsläufig auch die Zahl der Beschäftigten von 4,1 Millionen auf 3,9 Millionen sich verringert hat. Diese Zahlen müssen wir sehen vor dem Hintergrund der vorhin bereits erwähnten Gründe für Betriebsschließungen...

Trotz dieser wirtschaftlichen Situation hat jedoch das Handwerk nach selbstgeschätzten Zahlen 1975 mit einem Umsatzplus von 3,1 Prozent abschließen können. Das heißt in Zahlen: 248,6 Milliarden DM Umsatz. Womit das Handwerk den zweitgrößten Wirtschaftszweig nach der Industrie in der Bundesrepublik Deutschland darstellt. Diese wirtschaftlich stabile Situation des Handwerks ist auch von den Arbeitnehmern mit erwirtschaftet worden. Dabei muß auch dem Arbeitnehmer sein ihm zustehender Teil der Gewinne zufließen...

Ein weiteres tarifpolitisches Ziel der nächsten drei Jahre wird sein, die Nachteile, die dem Arbeitnehmer im Handwerk gegenüber dem Arbeitnehmer in der Industrie entstehen, abzubauen. Das heißt konkret, Abschaffung des Kündigungsrechtes gegenüber älteren Arbeitnehmern ab einer gewissen Altersgrenze.

— Aufnahme des 624-Mark-Gesetzes in alle Tarifverträge des Handwerks,

— gleiche Urlaubsdauer für Arbeitnehmer im Handwerk wie in der Industrie,

— tarifvertraglich das 13. Monatseinkommen auch für Beschäftigte im Handwerk zu sichern,

— eine Urlaubsregelung zu finden,

— und auch die im Handwerk Beschäftigten durch Rationalisierungsschutzabkommen abzusichern.

Heinz Oskar Vetter in Erwitte:

Mitbestimmung auf allen Ebenen

Aus Anlaß des Jahrestages des Arbeitskampfes der Zementarbeiter der Firma Selbel fand in Erwitte am 10. März eine Solidaritätskundgebung des DGB statt. Vorsitzender Heinz Oskar Vetter bezeichnete das Vorgehen des Unternehmers gegen eine ganze Belegschaft als „Lehrstück für die Notwendigkeit der Kontrolle wirtschaftlicher Macht“ (siehe auch Seite 10). Nachfolgend einige wesentliche Passagen aus dem Referat Veters:

Die in der Vergangenheit von den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften erkämpften Rechte haben nicht ausgereicht, wo unkontrollierte wirtschaftliche Macht brutal ausgespielt wurde. Was bleibt da von der angeblichen Waffengleichheit über, wenn mit Hilfe von Aussperrungen vollendete Tatsachen geschaffen werden. Lassen wir uns nicht täuschen: Noch immer bedeutet wirtschaftliche Verfügungsgewalt Herrschaft über Menschen, bedeutet abhängige Arbeit Unterwerfung unter unternehmerisches Direktionsrecht, unter die wirtschaftlichen Entscheidungen weniger. Solange das Recht auf Eigentum, das seinen Besitzern Verfügungsgewalt über die Existenz von Arbeitsplätzen und die Bedingungen abhängiger Arbeit verleiht, nicht sein Gegengewicht findet in einem verbrieften und praktizierten Recht auf Arbeit und in Mitbestimmung der Arbeitnehmer, bleibt der Streik, die gemeinsame solidarische Aktion, die einzig wirksame Waffe der Arbeitnehmer.

Diese Waffe lassen wir uns nicht aus der Hand schlagen! Deshalb fordern wir das Verbot der Aussperrung! Und deshalb können wir es nicht zulassen, daß Streikende hinterücks kriminalisiert werden. Die Kriminalpolizei des Landes Baden-Württemberg sollte doch wirklich wichtigere Aufgaben haben, als Arbeitnehmer und Gewerkschafter bei der Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu bespitzeln und zu behindern. Solche Praktiken sollten gerade in unserem Lande ein für allemal der Vergangenheit angehören...

Und ein zweites lehren uns die Ereignisse von Erwitte: Sie verweisen uns deutlich auf die Grenzen der Arbeitnehmerschutzgesetze und ihrer gerichtlichen Durchsetzung. Was ist das für ein Zustand, daß ein Unternehmer in zwei Instanzen die Unrechtmäßigkeit seiner Kündigungen bescheinigt bekommt — und doch bleiben die Beschäftigten bis heute ohne Lohn und Gehalt. Recht bekommen und dennoch bestraft werden, das paßt nicht zusammen, das hat mit der von den Politikern so oft gepriesenen sozialen Gerechtigkeit nichts, aber auch gar nichts zu tun. Dabei kann es nicht bleiben in unserer Marktwirtschaft: Die Erwitte-Ereignisse müssen für uns alle ein Ansporn sein, weitere Verbesserungen unserer Arbeitsgesetze durchzusetzen. Es kann und darf in unserem sozialen Rechtsstaat nicht geschehen, daß die Arbeitnehmerschutzgesetze kapitulieren müssen, nur weil ein Unternehmer jegliche Hemmung fallen läßt. Mehr noch ist deutlich geworden: die Grenzen der Betriebsverfassung im Konfliktfall zwischen wirtschaftlicher Entscheidungsgewalt des Unternehmers und Interessenvertretung der Arbeitnehmer durch den Betriebsrat...

Das beweist uns: Wir brauchen Mitbestimmung. Mitbestimmung am Arbeitsplatz und auf allen Ebenen, auf denen wirtschaftliche Entscheidungen getroffen werden — in den Betrieben, in den Unternehmen und Konzernen und in der Gesamtwirtschaft. Erwitte ist ein Lehrstück für die Notwendigkeit, für die Berechtigung dieser unserer Forderung. In einem mitbestimmten Betrieb hätte es ein Erwitte nicht geben können. Arbeitnehmer dürfen sozial und ökonomisch gesehen nicht Bürger zweiter Klasse bleiben, Demokratie darf auch an den Toren der Wirtschaft nicht aufhören...

Wir Gewerkschafter haben immer wieder erfahren müssen: Wenn die Großunternehmen Wirtschaftskriege veranstalten, dann sind die Arbeitnehmer das Kanonenfutter. Das ist nicht nur in der Zementindustrie so. So war es auch in der Textilindustrie, in der Chemiefaserindustrie und in der Aluminiumindustrie. Aus diesen Erfahrungen sind unsere Forderungen nach einer vorausschauenden Strukturentwicklungsplanung entstanden. Deshalb ist auf dem DGB-Bundeskongreß im vergangenen Sommer gleich in mehreren Anträgen die Forderung nach einer vorausschauenden Strukturpolitik und Investitionslenkung unter maßgeblicher Mitwirkung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften gefordert und angenommen worden...

Unser Ziel, unser Ehrgeiz muß es sein, durch geeignete politische Mittel die Führung von Wirtschaftskriegen grundsätzlich zu ächten.

1975: Stabile Mitgliederzahlen beim DGB

Gewerkschaft	Arbeiter			Angestellte			Beamte			Gesamt		Insgesamt m. u. w.	In %
	männl.	weibl.	Gesamt	männl.	weibl.	Gesamt	männl.	weibl.	Gesamt	männl.	weibl.		
Bau, Steine, Erden	466 898	2 289	469 187	33 621	6 604	40 225	—	—	—	500 519	8 903	509 422	6,9
Bergbau und Energie	333 511	1 876	335 387	38 740	4 094	42 834	149	—	148	372 399	5 970	378 369	5,1
Chemie-Papier-Keramik	446 168	88 389	534 557	84 941	26 773	111 714	—	—	—	530 109	114 162	644 271	8,8
Druck und Papier	116 412	23 659	140 071	13 261	4 453	17 714	—	—	—	129 673	28 312	157 985	2,1
Elekt. u. Eisenb. Deutschlands	223 566	13 263	236 829	6 207	4 326	10 533	197 498	3 051	200 547	427 269	20 645	447 914	6,1
Erziehung und Wissenschaft	—	—	—	19 127	17 926	37 053	56 650	45 691	102 241	76 777	63 517	139 294	1,9
Gartenb., Land- u. Forstw.	32 295	1 641	33 936	2 040	270	2 310	3 059	4	3 063	37 384	1 915	39 309	0,5
Handel, Banken u. Vers.	28 568	12 182	40 750	98 636	117 737	216 373	—	—	—	127 204	129 919	257 123	3,5
Holz und Kunststoff	110 845	12 364	123 209	7 055	1 790	8 845	—	—	—	117 900	14 154	132 054	1,8
Kunst	—	—	—	30 731	5 730	36 461	—	—	—	30 731	5 730	36 461	0,5
Leder	31 343	22 136	53 479	2 141	838	2 979	—	—	—	33 494	22 974	56 468	0,8
Metall	1 953 384	252 784	2 206 168	265 186	84 830	350 016	—	—	—	2 218 570	337 614	2 556 184	34,7
Nahrung, Genuß, Gaststätten	153 718	55 915	209 633	22 201	16 890	39 091	—	—	—	175 919	72 805	248 724	3,4
Öff. Dienste, Transp. u. Verk.	471 139	79 812	550 951	260 837	144 470	405 307	85 020	7 247	102 267	628 996	231 529	1 058 525	14,4
Postgewerkschaft	77 957	40 025	117 982	10 742	26 424	37 166	227 512	36 925	264 437	316 211	103 374	419 585	5,7
Textil-Bekleidung	116 078	143 003	259 081	15 658	8 495	24 153	—	—	—	131 736	151 498	283 234	3,8
GG - Gesamt (31. 12. 1975)	4 560 882	749 553	5 310 435	911 124	470 650	1 381 774	579 685	92 618	672 303	6 051 891	1 313 021	7 364 912	100,0

	85,9%	14,1%	100%	65,9%	34,1%	100%	86,2%	13,8%	100%	82,2%	17,8%	100%
72,1%												
18,8%												
9,1%												
73,2%												
17,7%												
9,1%												
14,1%	85,9%	100%	67,3%	32,7%	100%	86,3%	13,7%	100%	82,7%	17,3%	100%	
4 653 796	762 488	5 416 284	884 472	429 114	1 313 586	582 992	92 900	675 892	6 121 260	1 284 500	7 405 760	

Es sind 40 000 Mitglieder weniger hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) nach einer jetzt veröffentlichten Statistik Ende 1975 gegenüber 1974 zu verzeichnen. Während die IG Metall rund 37 000 und die IG Chemie-Papier-Keramik 11 000 Mitglieder verloren, nahm die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen rund 20 000 und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr rund 7000 neue Mitglieder auf. Die Zahl der 1975 im DGB organisierten Arbeiter sank um rund 105 000, die der Angestellten nahm um rund 88 000 zu.

Bonner Parteitag der DKP

Die DKP führte vom 19. bis 21. März in Bonn ihren Parteitag durch. Wir bringen nachstehend Auszüge aus dem Diskussionsbeitrag des Sekretärs des Parteivorstandes, Werner Cieslak, der sich mit dem Verhältnis von DKP und Gewerkschaften befaßt, sowie aus dem Aufruf an die arbeitende und lernende Jugend.

Werner Cieslak: Verhältnis DKP und Gewerkschaften

Unsere gewerkschaftliche Position war und ist klar. Schon Karl Marx machte deutlich, daß die Entwicklung der modernen Industrie und die Konkurrenz die Vereinigung der Arbeiter in den Gewerkschaften zur zwingenden Notwendigkeit machen. So sehen auch wir das. Danach hat unsere Partei stets gehandelt. Es ist doch nicht schädlich, sondern nützlich für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften, wenn unsere Partei den Forderungen und Erfahrungen aus gewerkschaftlichen Kämpfen einen hohen Stellenwert einräumt. Und es läge zweifellos im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung unseres Landes, wenn eine solche Übermittlung, ein solches engagiertes Aufgreifen gewerkschaftlicher Forderungen auch in anderen Parteien unsers Landes stattfände.

Wir haben uns immer für die Achtung der Selbständigkeit und Einheit der Gewerkschaften, der größten Organisation im Maßstab der Klasse, eingesetzt. Jener notwendigen Massenorganisation, die im Prinzip die Kraft der gesamten Arbeiterklasse vereint, den Kampf für ihre Interessen organisiert, die Solidarität untereinander fördert und die Erfahrungen weitervermittelt. Wir gehen davon aus, daß entschlossen handelnde und an den Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten orientierte Gewerkschaften ein Kraftzentrum für die Bewegung um die sozialen Belange der arbeitenden Menschen, für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten sind. Wir gehen davon aus, daß das Ansehen, die Glaubwürdigkeit und die Wirksamkeit der Einheitsgewerkschaften auch die Überwindung von Widersprüchen und Inkonsistenzen erfordert, daß das Wort und die Tat von Gewerkschaftlern übereinstimmen muß.

Sicherlich finden wir nicht den Beifall des ehemaligen SS-Manns Schleyer, der nun die erste Geige beim BDA spielt, wenn wir auch auf diesem Parteitag feststellen können, daß viele Mitglieder unserer Partei aktive und geachtete Gewerkschaftler sind. Wenn der Vorsitzende der IG Metall feststellte, daß „die Deutsche Kommunistische Partei, die als eine legale Partei in der Bundesrepublik die Plattform für den Arbeiter hat, genauso wie andere Parteien in dieser Einheitsgewerkschaft zu Hause ist“, und wenn der Erste Vorsitzende der IG Druck und Papier auf dem Gewerkschaftstag seiner Organisation davon ausging, „daß sich die DKP immer zur Einheit der Gewerkschaften bekannt hat und daß sie das auch weiterhin tun wird“, so sprachen sie damit nur eine Erfahrung aus, die Zehntausende Kollegen in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis aus eigenem Erleben machen.

Einige Leute rätseln, warum das so ist. Sie suchen nach dem dialektischen Geheimnis, warum die Gewerkschaftler, die Mitglieder der DKP sind, tagtäglich im Kleinen wie im Großen ihre gewerkschaftliche Pflicht erfüllen. Man braucht nicht im Kaffeesatz zu rühren, die Buchela zu konsultieren oder nach Sonthofen zu pilgern. Die Sache ist einfach deshalb so, weil in der DKP vor allem Arbeiter und Angestellte sind, die die gleichen Sorgen und Wünsche haben wie die anderen Arbeiter und Angestellten unseres Landes auch. Das ist so, weil wir uns als Arbeiterpartei nicht davon abbringen lassen, uns für die Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen und ihrer Fa-

milien einzusetzen, die bekanntlich mit fast 80 Prozent die Mehrheit unserer Bevölkerung ausmachen. Das ist so, weil die DKP nicht nur davon spricht, daß die Einheitsgewerkschaften eine große Errungenschaft der Arbeiterklasse unseres Landes sind, sondern auch dafür wirkt, daß jeder bewußte Arbeiter, gleich wo er steht, sich in den Gewerkschaften organisiert. Und das ist schließlich auch so, weil nicht wenige aktive Gewerkschaftler, die heute nach klaren Antworten auf herangereifte Fragen suchen, in diesem Prozeß des Suchens auf die Deutsche Kommunistische Partei stoßen.

Unsere Partei hat es also nicht nötig, ihre Politik zu biegen oder gar zu brechen, wenn es um das Verhältnis zu den Gewerkschaften geht. Wir Kommunisten wissen, daß die Kraft und der Kampf der Einheitsgewerkschaften die entscheidende Grundlage für bestimmte Erfolge sind, die dem Großkapital abgerungen wurden. Wenn wir auch deutlich machen, daß wesentliche gewerkschaftliche Zielvorstellungen in dieser Republik noch nicht verwirklicht worden sind, so gehören wir doch nicht zu denen, die da sagen: „Alle gewerkschaftlichen Anstrengungen sind für die Katz gewesen.“

Wir achten das Prinzip der Gewerkschaften, sich als Interessenvertretung aller Lohn- und Gehaltsabhängigen zu verstehen, und wir verteidigen es gegen alle Versuche, den Charakter dieser Organisation der Arbeiter und Angestellten als Ordnungsfaktor des kapitalistischen Systems zu verfälschen oder zu mißbrauchen. Indem wir jeden Spaltungsversuch energisch zurückweisen, sehen wir aber auch die Gefahr, die den Gewerkschaften von jenen droht, die sie von innen heraus zu einer antikommunistischen Richtungsgewerkschaft machen wollen oder sie faktisch einseitig auf im Bundestag vertretene Parteien festzulegen versuchen. Wir achten auch eine breite innergewerkschaftliche Demokratie. Sie allein garantiert, daß die Vielfalt der Meinungen zusammenfließt, daß sie sich in gemeinsamen verbindlichen Beschlüssen niederschlägt und in gemeinsamen Aktionen für die gemeinsamen Interessen mündet. Wir treten dafür ein, daß Männer und Frauen, Junge und Alte, Deutsche und Ausländer ihren Platz in der Gewerkschaft finden müssen. Jede Aufspaltung in Arbeiter und Angestellte, insbesondere die neuerlichen Versuche, mit dem Begriff der leitenden Angestellten einen neuen Spaltfaktor zu installieren, sollten entschieden zurückgewiesen werden. Was zählen muß ist die Aktivität, Einsatzbereitschaft, das gewonnene Vertrauen der Kollegen, nicht aber das Proporzdenken. Und hinter von CDU-Blüm, -Kater und -Biedenkopf zu diesen Fragen so stark in der Öffentlichkeit vorgebrachte Sorgen über die Einheitsgewerkschaft versteckt sich im Grunde nichts anderes, als diesen Proporz noch weiter zugunsten der CDU/CSU zu festigen und zu erweitern.

Wir haben uns bei den Betriebsrätewahlen entschieden für das Zustandekommen und den Sieg der gewerkschaftlichen Einheitslisten eingesetzt. Nach unserem Dafürhalten ist es unvereinbar mit dem Selbstverständnis der Gewerkschaften, wenn Vertreter der CDU mit Spaltungsdrohungen vordere Plätze auf den gewerkschaftlichen Listen zu den Betriebsrätewahlen erpressen wollen. Nicht minder gefährlich ist aber auch die Praxis sozialdemokratischer Parteileitungen, die glauben, Gewerkschaftswahlen, -tagungen und -konferenzen in ihrem Sinne manipulieren zu können. Ich bestreite nicht, daß das Recht bestehen muß, sich zusammensetzen, aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu diskutieren, zu brennenden Arbeiterproblemen und auch zu Fragen der Gewerkschaftspolitik Stellung zu nehmen, weil das zum notwendigen Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Gewerkschaften beiträgt. Das darf jedoch nicht dazu führen, daß die Souveränität der Mitgliederentscheidung, die Selbständigkeit und die Eigenverantwortlichkeit der gewählten gewerkschaftlichen Organe angetastet wird.

Was immer da auch einige Leute in Massenmedien von sich geben: Wir haben den Beweis tausendfach geliefert, daß wir das Prinzip der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Parteien, Institutionen, Regierungen und Verbänden verteidigen. Denn es gab gestern und es gibt heute nicht wenige Kräfte,

die versuchen, die Rechte der Gewerkschaften abzubauen, sich in ihre Angelegenheiten einzumischen, die sie an der Aufstellung und Verwirklichung ihrer ökonomischen und insbesondere ihrer politischen Forderungen zu hindern suchen. Nehmen wir z. B. die konzertierte Aktion und die vielfältigen Versuche, die Tarifautonomie einzuschränken. Ja, nehmen wir die erneuten Angriffe auf das Streikrecht. Vorgestern erst – von der Bereitschaft der Arbeiter, auch in der Krise zu kämpfen, nervös geworden – verbreitete das „Handelsblatt“ die Losung: Warnstreiks zersetzen die Tarifautonomie – Wer streikt, bricht den Arbeitsfrieden. Oder betrachten wir die reaktionäre Arbeitsgerichtsrechtsprechung. Ganz zu schweigen von den vielen Appellen und Aufforderungen zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Unternehmern und der Regierung. Unvereinbar mit dem Prinzip der Unabhängigkeit der Gewerkschaften sind aber auch solche Aussagen des Orientierungsrates '85 der SPD, daß sozialdemokratische Politik von den Gewerkschaften mitgetragen werden soll.

Unabhängigkeit der Gewerkschaften bedeutet aber zu keiner Zeit Unabhängigkeit von den sozialen Auseinandersetzungen. Sie bedeutet keine Neutralität der Gewerkschaften gegenüber der Politik, denn gewerkschaftliche Zielvorstellungen durchsetzen heißt nicht zuletzt, Veränderungen im gesellschaftspolitischen Bereich zu erwirken. Dieser notwendige politische und gesellschaftliche Auftrag der Gewerkschaften erfordert auch, die Beziehungen zu der Partei unseres Landes zu verbessern, die den Beweis dafür geliefert hat, gewerkschaftliche Interessen eindeutig und ohne Abstriche zu vertreten. Wir denken dabei nicht an Beziehungen der Bevormundung, sondern des Zusammenwirkens, der gegenseitigen Information, Unterstützung und Ergänzung. So, glaube ich, ist es an der Zeit, daß sich die Kontakte der Gewerkschaftsführung nicht auf Aussprachen mit der CDU/CSU, der SPD und, wie am letzten Montag erneut wieder, der FDP beschränken sollten. Gerade normale Beziehungen zur DKP sind notwendig und nützlich. Und wir glauben, daß eine solche allseitige Normalisierung im Interesse aller Arbeiter, Angestellten und Beamten unseres Landes liegt, und nicht zuletzt auch im Interesse der Ziele und der Forderungen sowie der Stärkung der Einheitsgewerkschaften selbst. Gewiß, die Kommunisten in den Gewerkschaften sehen in demokratischen Reformen für den sozialen und wirtschaftlichen Bereich nicht das Endziel. Sie wissen aber, daß der Kampf um diese Reformen ein Bestandteil der Auseinandersetzungen um die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse von der wirtschaftlichen und politischen Bevormundung durch das Großkapital ist. Diese Aufgabe aber entspricht sowohl dem Inhalt des DGB-Grundsatzprogramms als auch den politischen Prinzipien der marxistischen Partei der Arbeiterklasse.

Für sichere Zukunft der Jugend

Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit, Angst vor den Folgen der Krise – diese Sorgen bedrücken heute die Jugend.

• In den letzten beiden Jahren blieben jeweils rund hunderttausend Schulabgänger ohne Lehrstellen.

• Zunehmend sind junge Menschen von einem der größten Übel des Kapitalismus betroffen, von der Arbeitslosigkeit.

• Der Arbeiterjugend wird der Weg zu höherer Bildung systematisch versperrt.

• Wer heute studiert, weiß nicht, ob er morgen sein Wissen nutzbringend anwenden kann.

Vor ihrem Bonner Parteitag klagt die DKP das Großkapital dieses Landes an: Das kapitalistische System verpfuscht die Zukunft der jungen Generation. Die undemokratische Herrschaft der Millionäre über die Millionen stürzt Hunderttausende Jugendliche in Unfreiheit und Unsicherheit. Der Kapitalismus hemmt die freie Entfaltung der Persönlichkeit, verhindert

die freie Wahl eines Berufes, mißachtet das Menschenrecht auf Arbeit.

Zynisch machen jetzt bürgerliche Politiker einen „Geburtenberg“ für die „Ausbildungskrise“ verantwortlich. Sie werfen den Jugendlichen vor, daß es zu viele Jugendliche gibt. Selten entlarvte sich die Menschenfeindlichkeit des Kapitalismus und seine Unfähigkeit, der Jugend eine Lebensperspektive zu geben, deutlicher.

Wir Kommunisten sagen dagegen: Gäbe es nicht die hohen Rüstungsausgaben, Riesengewinne und Milliardenbeschenke an die großen Konzerne, dann wäre genug Geld da, um jedem Schulabgänger den Ausbildungsplatz zu sichern. Die Gründe für die „Ausbildungskrise“ liegen im kapitalistischen Ausbeutungssystem. Wo der Profit das oberste Maß aller Dinge ist, da bleiben die Lebensinteressen der Jugend auf der Strecke...

Die DKP tritt überall für die Rechte der Jugend ein, weil sie als Partei der arbeitenden Menschen die Herrschaft des Großkapitals als das Grundübel der heutigen Lage in unserem Land bekämpft und weil die Lage der Jugend im gleichen Übel ihren Ursprung hat. Die DKP fördert und unterstützt das gemeinsame Handeln der Jugend für ihre Interessen und die Zusammenarbeit aller, die Opfer des Großkapitals sind.

Es waren Mitglieder der DKP, die in Gemeindeparlamenten Sofortprogramme für junge Arbeitslose einbrachten. Es waren Mitglieder der DKP, die gemeinsam mit anderen Gewerkschaftlern in den Betriebsräten dafür wirkten, daß die Zahl der Lehrstellen in einzelnen Betrieben aufgestockt werden mußte.

Um den schlimmsten Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzutreten, fordert die DKP:

1. Bereitstellung von mindestens 250 000 qualifizierten Ausbildungsplätzen durch Ausbildungsverpflichtung der Großkonzerne. Weg mit der Studienplatzbeschränkung durch den Numerus clausus.

2. Jeder Lehrling muß vom Ausbildungs- in das Arbeitsverhältnis übernommen werden und einen seiner Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz erhalten. Besonderer Kündigungsschutz für Jugendliche.

3. Die einschneidenden Einschränkungen durch die Sparprogramme in Bund, Ländern und Kommunen sind aufzuheben.

4. Arbeitslosengeld für stellenlose Schulabgänger in Höhe der Lehrlingsvergütung. Das Arbeitslosengeld für diejenigen, die bereits berufstätig waren, ist auf 90 Prozent des zugrundegelegten Nettoeinkommens zu erhöhen. Bei längerer Arbeitslosigkeit muß das Arbeitslosengeld weitergezahlt werden, die Arbeitslosenhilfe nach dem diskriminierenden Prinzip der „Bedürftigkeit“ ist abzuschaffen. Die Kosten dafür werden von den Unternehmern und vom Staat aufgebracht.

5. Berufsfördernde Maßnahmen der Arbeitsämter sind allen jungen Arbeitslosen anzubieten, sie müssen zu einem anwendbaren Abschluß (Hauptschulabschluß, Berufsbildungsabschluß) führen und das Ziel haben, Jugendlichen entsprechende Arbeitsplätze zu verschaffen. Subventionen aus öffentlichen Mitteln und Steuererleichterungen dürfen an Betriebe nur vergeben werden, wenn sie zusätzliche Arbeitsplätze bereitstellen.

6. Kostenlose Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel und kommunaler Einrichtungen, wie Sportstätten, Theater und anderer kultureller Stätten, für Arbeitslose.

7. Alle arbeitslosen Lehrer müssen in den Schuldienst übernommen werden. Arbeitslose Sozialpädagogen werden in Jugendzentren und ähnlichen Einrichtungen zur Betreuung jugendlicher Arbeitsloser eingestellt. Weg mit den verfassungswidrigen Berufsverboten.

Die Durchsetzung dieser Forderungen könnte die schlimmsten Nöte der Jugend mildern. Doch sind diese Forderungen nur durchzusetzen, wenn sie Hunderttausende Jugendliche aktiv unterstützen. Dazu ruft die DKP die Jugend auf.

Keine vergleichbaren Vorgänge

Nimmt man in diesen Tagen skandinavische, englische, französische und italienische Zeitungen zur Hand, so fällt dem deutschen Leser häufig das Wort „Berufsverbot“ ins Auge. Nicht nur, daß die ausländischen Publikationen sich ausführlich mit diesem bundesrepublikanischen Komplex beschäftigen. Besonders bemerkenswert ist dabei die Tatsache, daß das Wort „Berufsverbot“ deutsch gedruckt ist. In Skandinavien und England, in Italien und Frankreich kann man das Wort nicht übersetzen, weil es spezifisch deutsch ist und es keine vergleichbaren Vorgänge in den anderen Staaten gibt. Es ist so deutsch wie vieles aus dem Vokabular des Nationalsozialismus, dessen „Blitzkrieg“, „Sippenhaftung“ und „Endlösung der Judenfrage“ auch unübersetzbar waren und bis heute geblieben sind.

Und es bleibt nicht bei der Berichterstattung über diesen bundesdeutschen Vorgang „Berufsverbot“. Zunehmend bilden sich Initiativen des Auslands, die das „Weg mit den Berufsverboten!“ auf ihre Transparente geschrieben haben...

Man muß der demokratischen Presse des Auslands dankbar sein, daß sie nicht aufgehört hat, die Gegenmenschlichkeit und Verfassungswidrigkeit des Berufsverbots in der Bundesrepublik Deutschland anzuprangern. Nur dadurch wurde möglich, daß in diesen Wochen Gewerkschaften, Schriftstellerverbände, einzelne Politiker und Parteigruppen auch bei uns die Gefahr Berufsverbot in ihrer ganzen Gefährlichkeit und Zweischneidigkeit erkennen und entsprechend reagieren. Es wurde höchste Zeit!

„Welt der Arbeit“, Nr. 23, 26. März 1976, Seite 8 — Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Deutlich Gegenposition beziehen

Die Bundesrepublik Deutschland erlebt seit längerer Zeit einen deutlichen „konservativen Pendelschlag“. Begünstigt durch erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten, die zu einer allgemeinen Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten geführt haben, gewinnen die „alten“ gesellschaftlichen Kräfte — wie Unternehmertum, Amtskirche, konservative bis reaktionäre Politiker und Publizisten — ständig an Boden. Die mit dem Regierungswechsel von 1969 verbundene „Aufbruchstimmung“, die Hoffnung, jetzt beginne eine lange Phase reformerischer Veränderung und demokratischer Durchlüftung unserer Gesellschaft, ist endgültig verfliegen.

Heute haben wir es mit einer grundlegend veränderten Szenerie zu tun: Die Reformpolitik ist ins Stocken geraten, auf der Tagesordnung steht nicht die Ausweitung demokratischer Freiheiten; wir haben genug damit zu tun,



bestehende Rechte zu verteidigen. Die Erfahrungen mit der Praxis des Extremistenerlasses sprechen eine deutliche Sprache.

Konservative aller Schattierungen sind inzwischen dazu übergegangen, nicht nur „extreme“, sondern auch ganz „legitime“ linke Positionen zu diffamieren und zu bekämpfen. Ein gravierendes Beispiel dafür ist die in jüngster Zeit (wohl nicht zufällig parallel) entfachte Kampagne von CDU-Rechtsaußen Alfred Dregger, Springer-Presse und CSU zur Verfälschung und Diskreditierung des Begriffes „Sozialismus“.

Im Mittelpunkt steht die ständig wiederholte Behauptung, Sozialismus einerseits sowie Demokratie und Freiheit andererseits paßten nicht zusammen; sie schlossen sich gegenseitig aus. Sozialismus sei das Gegenteil, der Feind von Freiheit und Demokratie...

Es gilt, deutlich Gegenposition zu beziehen. In diesem Sinne sei unmißverständlich festgestellt:

Sozialismus einerseits sowie Demokratie und Freiheit andererseits paßten durchaus zusammen und schließen sich nicht gegenseitig aus. Es ist deshalb eine Infamie, jeden Bürger, der sich zum Sozialismus bekennt, als freiheits- und demokratiefeindlich zu beschimpfen.

„ausblick“, Nr. 3, März 1976, Seite 2 — Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Durch Verfassung gedeckt

Außer den berufsmäßigen Skandalneudein bemühen sich Beteiligte in der Regel, ihren Skandal möglichst schnell unter den Teppich zu kehren. Anders unsere Ministerpräsidenten: Der Ministerpräsidentenbeschuß zur Beschäftigung sogenannter oder tatsächlicher Radikaler im öffentlichen Dienst vom 28. 1. 1972 prägt noch immer die Praxis der Einstellungsbehörden und vergiftet das politische Klima der Bundesrepublik weiter.

Nach einem offiziellen „Bericht über das Ergebnis der Umfrage zur Praxis der Überprüfung der Gewähr der Verfassungstreue bei Einstellungsbewerbern“ für den Innenausschuß des Deutschen Bundestages sind in Bund und Län-

dern bis zum 10. September 1975, „so weit statistisch erfaßt“, rund eine halbe Million „verfassungsschutzmäßige Überprüfungen“ vorgenommen worden...

Mit Sorge für die Freiheit des Geistes und den Freiraum der politischen Diskussionen in unserem Land muß erfüllen, daß auch von einer sozialliberalen Koalition regierte Länder nach außerordentlich rigiden Maßstäben verfahren. Trotz des grundgesetzlich verankerten Parteienprivilegs werden allenhalben Bewerber nur deshalb abgewiesen, weil sie Parteien oder Organisationen angehören...

So bleibt es die Aufgabe derer, die ein Interesse an der Gültigkeit der vollen Bandbreite unserer Verfassung haben, sich der schleichenden Verfassungsbeugung engagiert zu widersetzen. Eine lebendige Demokratie ist auf die Radikalität der Demokraten angewiesen. Auch wer radikal die Veränderung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse zugunsten des Abbaus der sozialen Demokratie mit legitimen politischen Mitteln anstrebt, ist voll durch unsere Verfassungsordnung gedeckt.

Größere soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie in allen Lebensbereichen, Mitbestimmung in der Wirtschaft — der öffentliche Dienst braucht politisch mitdenkende und engagierte Menschen, die nicht über die staatlichen Institutionen blockieren, wofür die Gewerkschaften kämpfen.

„solidarität“, Nr. 3, März 1976, Seite 6/7 — Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Will Filbinger spanische Zustände?

Die Kriminalpolizei ermittelt bei Streiks. Dies ist keine Meldung aus dem Jahre 1934 oder aus Spanien. Dies ist vor wenigen Wochen im Musterlande Baden-Württemberg geschehen. Gedeckt durch den Landesinnenminister. Was war geschehen? In zahlreichen Betrieben der Metallindustrie haben die Arbeiter und Angestellten gestreikt. Sie haben damit dem provozierenden Verhalten des Arbeitgeberverbandes die einzig richtige Antwort erteilt. Und die Landesregierung setzt die Kriminalpolizei ein. Als ob der Streik ein kriminelles Unrecht wäre. Der Streik gehört zu unseren verfassungsrechtlich geschützten Grundrechten. Er ist Bestandteil unserer Demokratie. Erinnern wir uns: Wir, die Arbeiter, Angestellten und Beamten und ihre Gewerkschaften haben nach den Erfahrungen der Hitlerzeit diesen Staat und diese Demokratie mit aufgebaut. Soll daraus ein Unternehmerstaat werden? In dem verfolgt wird, wer Grundrechte der Arbeit ausübt? Seien wir wachsam; so hat es schon einmal angefangen.

„druck und papier“, Nr. 5, 1. März 1976, Seite 3 — Zentralorgan der IG Druck und Papier.

Hamburger Aktionsprogramm: GEW besinnt sich auf ihre Aufgaben

In NACHRICHTEN 3/76 veröffentlichten wir den ersten Teil eines Artikels — den wir heute fortsetzen — über die Aufgaben, die angesichts der Bildungskatastrophe, der Lehrereinstellung sowie von Berufsverboten und Gesinnungsschnüffelei vor der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) stehen. Daneben hat gerade diese Gewerkschaft komplizierte innere Entwicklungsprobleme zu lösen, um zu einer aktiven Organisation zu werden. Dabei steht die GEW unter starkem Druck rechter Kräfte, die sie in die Rolle eines Ordnungsfaktors drängen wollen.

Kompliziert wurde die Situation der GEW durch innere Auseinandersetzungen und antikommunistische Kampagnen, die vom Frühjahr 1974 bis Herbst 1975 die Entwicklung beeinflussten. Rechte Kräfte unternahmen alles, um die GEW von einer Einheitsgewerkschaft zu einer antikommunistischen Richtungsgewerkschaft zu machen. Diese Politik lenkte von den eigentlichen Aufgaben ab und schwächte ihre Kampfkraft und Geschlossenheit. Dadurch wurde es reaktionären Bildungspolitikern in Bund und Ländern erleichtert, Bildungsrückschritte und Sparprogramme durchzusetzen.

In ihrer Auseinandersetzung mit rechten Lehrer-, Erzieher- und Wissenschaftlerverbänden ist die 150 000 Mitglieder zählende GEW dennoch eine wichtige und fortschrittliche Kraft. Ihre Wirkungsmöglichkeiten hängen jedoch entscheidend davon ab, inwieweit sie sich als relativ kleine Gewerkschaftsorganisation mit geringer Kampferfahrung auf die Solidarität und Kraft der gesamten Gewerkschaftsbewegung stützen kann.

Beispielsweise stehen die GEW-Mitglieder vor dem Problem, das Verständnis der Gewerkschafter in den Betrieben für ihre Anliegen zu finden und deutlich zu machen, daß sie keineswegs mit Vorrechten überschüttet werden oder ein bequemes Leben führen, sondern unter ihren Bedingungen ebenfalls hart arbeiten müssen. Selbst die Kultusminister mußten in einer Untersuchung zugeben, daß die durchschnittliche Wochenarbeitszeit eines Lehrers 45,1 Stunden beträgt. Die GEW-Mitglieder stehen außerdem vor der Aufgabe, sich Tradition und Erfahrungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung anzueignen, die sie selbst kaum besitzen. Und schließlich stehen sie vor der Aufgabe, die Trennung zwischen geistig und körperlich arbeitenden Kollegen auszugleichen, z. B. indem sie sich besser mit den Problemen in den Industriegewerkschaften und der Gewerkschaftsjugend vertraut machen.

Die Praxis hat gezeigt, daß die Zusammenarbeit zwischen GEW-Mitgliedern

beitskreisen „dem Einfluß der Teilnehmer auf das Bildungswesen entgegenwirken“ muß.

Gegenwärtig befindet sich die GEW in der Meinungsbildung, wie sie sich auf Sozialabbau und die Verschärfung der Bildungskrise einstellen und den immer ernsteren Angriff auf alle sozialen und demokratischen Rechte im Bildungswesen entgegenzutreten kann. Immer mehr Mitglieder kommen dabei zu der Überzeugung, daß es nicht ausreicht — wie es kürzlich die Mehrheit des Hauptvorstands tat —, zur Lehrereinstellung ein Aktionsprogramm vorzulegen und dabei lediglich den Kultusministern und Ministerpräsidenten der Länder Aktionen vorzuschlagen, aber keine Aussage zur eigenen Tätigkeit der Gewerkschaft zu treffen.

Wichtige Hinweise für die Diskussion über die Aufgaben der GEW ergeben sich auch aus der Tatsache, daß die Gewerkschaft in Niedersachsen breite Proteste von Eltern und Schülern gegen den Bildungsnotstand mitgetragen hat. Sie ergeben sich nicht zuletzt aus einem Aktionsprogramm gegen Lehrer- und Jugendarbeitslosigkeit sowie gegen die Berufsverbotspraxis, das die außerordentliche Vertreterversammlung des GEW-Landesverbandes Hamburg am 23. Februar beschlossen hat. Das Programm umfaßt folgende Schwerpunkte:

1. Aufhebung der Sparmaßnahmen und Bereitstellung eines ausreichenden Bildungsangebots für alle Schüler und Jugendlichen.
2. Überwindung der Arbeitslosigkeit im Bildungsbereich durch Einstellung aller ausgebildeten Lehrer, Erzieher und Sozialpädagogen.
3. Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit und Verbesserung der Berufsbildung.
4. Entwicklung eines horizontal gegliederten Bildungswesens, d. h. der integrierten Orientierungsstufe und Gesamtschule als Regelschule.
5. Demokratisierung des Bildungswesens in Struktur und Inhalten, Kampf gegen Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei.

Das Aktionsprogramm sieht eine Reihe gewerkschaftlicher Aktionen vor, sowohl an den einzelnen Schulen und auf Kreisebene als auch in der Öffentlichkeit durch Straßendemonstrationen. An der 1.-Mai-Demonstration in Hamburg will sich die GEW mit einem eigenen Block beteiligen, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Planungen und Beschlüsse im gesamten Bundesgebiet, z. B. in Hessen, in Bayern und in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens beweisen, daß immer breitere Kreise der GEW-Mitgliedschaft darauf drängen, dem sozialen und demokratischen Rückschritt mit gewerkschaftlichen Aktionen zu begegnen.

St. Voets

Betriebsratswahlen '75: Eindeutiger DGB-Erfolg

Eindeutiger Gewinner bei den Betriebsratswahlen im Jahr 1975 war der Deutsche Gewerkschaftsbund: Von den insgesamt 191 015 Betriebsratsmandaten entfielen, wie die jetzt abgeschlossenen Berechnungen des DGB in Düsseldorf ergaben, 148 102 (77,5 Prozent) auf Vertreter der 16 Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Auf die Deutsche Angestellten-gewerkschaft (DAG) entfielen 5 872 (3,1 Prozent) und auf andere Organisationen insgesamt nur 959 (0,5 Prozent) der Betriebsratsmandate. 36 082 Betriebsratsmitglieder (18,9 Prozent) sind gewerkschaftlich nicht organisiert. Diese Zahlen machen nach Auffassung des DGB einen überragenden Vertrauensbeweis für den DGB und seine Gewerkschaften deutlich.

Eisenbahner kämpfen gegen Stilllegung

Vom 17. bis 19. März fand in Mainz eine Konferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) für die Beamten des operativen Dienstes der Bundesbahn statt. Vor den 800 Delegierten, die rund 100 000 GdED-Mitglieder vertraten, betonte der stellvertretende Vorsitzende Heinz Frieser, daß die Eisenbahner für die Erhaltung des Schienennetzes kämpfen werden. Er bezeichnete es als bedauerlich, daß das Hin und Her um das Thema Streckenstilllegung zu einem „Karussell der Unsicherheit“ geführt habe. Scharf kritisierte Frieser die Absicht des Verkehrsministeriums, den Bahnbusdienst durch Überführung in privatrechtliche Gesellschaften aus der Bahn auszgliedern. Er wies darauf hin, daß gerade der Bahnbusdienst mehr Reisende im Nahverkehr befördere als der gesamte Schienenverkehr der Bundesbahn.

Vetter gegen Gesinnungsschnüffelei

Aus Anlaß des 150. Geburtstages von Wilhelm Liebknecht fand in dessen Geburtsstadt Gießen eine DGB-Veranstaltung statt. Heinz Oskar Vetter wandte sich in seiner Rede gegen alle Versuche, die Demokratie auszuhöhlen. Widerstand müsse all jenen geleistet werden, die die Freiheit einzuschränken versuchten, radikale Fragen zu stellen und für die Bereiche, in denen die alten Instrumente nicht mehr greifen, Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen, die vielleicht an Privilegien rührten. „Wilhelm Liebknecht hat sich diese Freiheit immer nehmen müssen, und weil er das getan hat, saß er fünf Jahre seines Lebens in Gefängnis und Kerker. Wir sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß Menschen seiner Denkungsart so etwas nicht wieder geschieht, aber auch dafür, daß in unserem Lande nicht ein Klima der Gesinnungsschnüffelei sich breitmacht“, erklärte der DGB-Vorsitzende.

DPG fordert Gebührensenkung

Um Arbeitsplätze im Fernmeldedienst der Post und auch der Fernmeldeindustrie zu sichern, hat der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) Gebührensenkungen für Telefonkunden vorgeschlagen. Statt bisher 200 DM soll die Einrichtung eines Fernsprechanchlusses nur 100 DM kosten. Die Verlegung eines Fernsprechanchlusses soll ebenfalls zu ermäßigter Gebühr erfolgen und die Umschreibgebühr bei Namensänderung ganz entfallen. Außerdem wurde von der DPG angeregt,

den Telefonkunden die Wahlmöglichkeit einer ermäßigten monatlichen Grundgebühr bei höheren Gesprächsgebühren zu geben.

84 Prozent stimmten für die GdED

Bei der Jugendvertreterwahl am 16./17. März im Bereich der Bundesbahn konnten sich die Kandidaten der GdED durchsetzen. Bei einer Wahlbeteiligung von fast 89 Prozent entfielen bei der Wahl der Hauptjugendvertretung mehr als 84 Prozent der Stimmen auf den Vorschlag der GdED. Gegenüber den Wahlen von 1974 bedeutet das eine Verbesserung um fast 2 Prozent.

Gründliche Vorbereitung notwendig

Zu einer gründlichen Vorbereitung der in den Metallbetrieben vom 10. bis 14. Mai stattfindenden Jugendvertreterwahlen, hat das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Georg Benz, aufgerufen. In einem Artikel im „Gewerkschafter“ weist Benz darauf hin, daß die Unternehmer zur Zeit verstärkt versuchen, die Interessenvertretungen der Belegschaften zurückzudrängen, wo immer sich die Möglichkeit dazu bietet. Diesem wachsenden Druck der Unternehmer, die „heute den Herr-im-Hause-Standpunkt offen vertreten“, müsse die steigende Zahl engagierter betrieblicher Interessenvertreter entgegengesetzt werden.

Fast 30 000 Frauen mehr im DGB

Im „Internationalen Jahr der Frau“ hat der DGB — trotz der relativ hohen Frauenerbeitslosigkeit — einen effektiven Mitgliederzugang von 28 521 Frauen erreicht. Wie die stellvertretende DGB-Vorsitzende Maria Weber mitteilte, wuchs seit 1970 die Zahl der weiblichen Mitglieder um fast 300 000. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich ihr Anteil an der Gesamtmitgliederzahl von 15,3 auf 17,8 Prozent.

Sozialausschüsse sprachen mit DAG

Die Vorstände der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) und der der CDU nahestehenden Sozialausschüsse trafen sich am 18. März zu einem ersten Gespräch. Nach einer DAG-Mitteilung standen u. a. Fragen der Konjunkturpolitik sowie Konsequenzen aus dem Mitbestimmungsgesetz auf der Tagesordnung. Bekanntlich hat die DAG den Mitbestimmungskompromiß begrüßt.

PERSONALIEN

Richard Becker, bisheriger DGB-Bundesvorstandssekretär, wurde zum neuen Intendanten des Deutschlandfunks gewählt. Becker war von 1957 bis 1962 Wirtschaftsredakteur und danach 13 Jahre lang bis Mai 1975 Chefredakteur der „Welt der Arbeit“.

Hans Eick, ehemaliger Hauptkassierer der IG Metall, wurde 70 Jahre. 1968 war der Jubilar zum Hauptkassierer gewählt worden, nachdem er vorher den IG-Metall-Bezirk Frankfurt geleitet hatte. In seiner Laudatio hob IGM-Vorsitzender **Loderer** die Verdienste Eicks beim Aufbau der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 hervor.

Hans Faltermeier, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV, der gegenwärtig wegen eines Spionageverdachts in Stuttgart vor Gericht steht, konnte bisher keine nachrichtendienstliche Tätigkeit nachgewiesen werden.

Hermann Härtel, ehemaliges Hauptvorstandsmitglied und stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, starb im Alter von 75 Jahren. Schon früh fand der gelernte Dortmunder Kesselschmied den Weg zur Gewerkschaft. Von den Nazis zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde der Verstorbene 1949 Sekretär der Betriebsräteabteilung der IG Chemie. Auf dem Verbandstag seiner Gewerkschaft 1950 in München wurde er zum Hauptvorstandsmitglied gewählt. 1960 übernahm er das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden.

Detlef Hensche, geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied der IG Druck und Papier, **Frank Sommer**, Mitglied der Deutschen Journalisten-Union (dju), sowie **Eckart Spoo**, Bundesvorsitzender der dju, wurden von ihrer Gewerkschaft, der IG Druck und Papier, für den Deutschen Presserat benannt.

Klaus Jelonnek, der bereits seit neun Monaten provisorisch die Redaktionsleitung der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ innehatte, ist jetzt endgültig Chefredakteur. Schon am 20. Januar hatte der DGB-Bundesvorstand einen entsprechenden Beschluß gefaßt, der jedoch jetzt erst vom Beirat des Bundesverlages akzeptiert wurde.

Rudolf Sperner, Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden, soll — wie aus seiner Umgebung zu erfahren war — bei den Tarifverhandlungen für die Bauwirtschaft bereit gewesen sein, noch vor der IG Metall einen Abschluß von weniger als 5 Prozent mit den Unternehmern zu vereinbaren. Er wurde jedoch von den Mitglieder der Verhandlungskommission „zurückgepfiffen“.

Der CDU geht der Schutz der arbeitenden Jugend zu weit

Die politische Obstruktion der CDU/CSU stellt das Inkrafttreten des neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes zum vorgesehenen Termin — 1. Mai 1976 — in Frage. Nachdem der Bundestag mit nur einer Gegenstimme das neue Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedet hatte, das wesentlichen Gewerkschaftsforderungen nicht gerecht wird, riefen jetzt im Bundesrat die CDU/CSU-regierten Länder den Vermittlungsausschuß an — nicht etwa, um das Gesetz zu verbessern, sondern weiter zu verschlechtern. Dagegen haben die Gewerkschaften massiven Protest angemeldet.

„Obschon wichtige Forderungen des DGB im neuen Gesetz nicht berücksichtigt werden“, heißt es in einer Stellungnahme des DGB vom 10. März, „bringt es eine erhebliche Verbesserung des Schutzes für jugendliche Arbeitnehmer... und wird deshalb begrüßt und unterstützt.“ Der Bundesjugendausschuß der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) nennt folgende Mängel des neuen Gesetzes:

Die Kinderarbeit ist nicht generell verboten;

an Berufsschultagen und an Tagen vor der praktischen Prüfung ist der Auszubildende nicht grundsätzlich freizustellen;

der Urlaub wurde nicht auf 36 Tage verlängert;

Akkordarbeit ist nicht generell verboten;

die Ausnahmen vom Verbot der Nacht-, Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit wurden nicht abgeschafft.

Als Verbesserungen gegenüber dem geltenden Recht begrüßt der NGG-Bundesjugendausschuß

die Heraufsetzung des Mindestalters für die Beschäftigung von 14 auf 15 Jahre;

die Einführung der 5-Tage- und 40-Stunden-Woche;

die Verlängerung der Nachtruhe;

die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Jugendarbeitsschutzausschüsse;

die Verschärfung der Straf- und Bußgeldvorschriften;

die Erhöhung des Urlaubsanspruchs;

das Verbot der Beschäftigung Jugendlicher im Hotel- und Gaststättengewerbe an Sonntagen;

die Arbeitsbefreiung der Jugendlichen an Berufsschultagen mit mindestens fünf Berufsschulstunden.

Wegen dieser beiden zuletzt genannten Bestimmungen hat die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat das Gesetz abgeblockt, nachdem vorher im Parlament ihre Abgeordneten zugestimmt hatten. Die CDU/CSU will entsprechend den Unternehmerinteressen durchsetzen, daß die Beschäftigung Jugendlicher im Hotel- und Gaststättengewerbe an Sonntagen wieder zugelassen und die Arbeitsbefreiung an Berufsschultagen erst ab sechs Berufsschulstunden gewährt wird. Die umfangreichen Zuständigkeiten der SPD/FDP-Koalition an

die Unternehmer, die bei den Gewerkschaften Kritik hervorriefen, reichen der „Opposition“ noch lange nicht.

„Damit hat sich einmal mehr gezeigt, wie die Unternehmerverbände skrupellos ihre Machtpositionen ausnutzen, um ihre Interessen vor allem mit Hilfe der CDU/CSU, aber auch mit Unterstützung der FDP, durchzusetzen, um den gesellschaftlichen Fortschritt zu bremsen.“ Das erklärte dazu Georg Benz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Tatsächlich haben gerade die Vorgänge um das Jugendarbeitsschutzgesetz, das Berufsbildungsgesetz und das „Mitbestimmungsgesetz“, die entweder — wie die Reform der beruflichen Bildung — scheiterten oder — wie die Mitbestimmung — ihres wesentlichen Kerns beraubt wurden, mit seltener Deutlichkeit gezeigt, daß hierzulande die Konzernmanager und Unternehmerverbände den politischen Kurs bestimmen und ihn mit allen Mitteln durchsetzen. Da ist es nicht das Privileg der CDU/CSU oder der FDP, diese Unternehmerinteressen mit besonderem Eifer zum Tragen zu bringen. Die SPD, als verantwortliche Regierungspartei, kann keineswegs von der Verantwortung freigesprochen werden.

Gerd Siebert

Fall Kleinert liefert Beweis für Nachrichtenunterdrückung

„Hier ist heute mehr als deutlich herausgestellt worden, daß unzählige Versuche stattgefunden haben, und zwar ungezählte Versuche von den Betroffenen, von den PVC-Geschädigten, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Und ich begreife es nicht, daß das keinen Widerhall in der Lokalpresse gefunden hat.“ Dieses Resümee zog der Landesbezirksvorsitzende der IG Druck und Papier, Fritz Gent, am 8. März auf einer überfüllten Informationsveranstaltung im Kölner DGB-Haus.

Diese Veranstaltung diente dazu, dem gekündigten Redakteur des „Kölner Stadt-Anzeigers“ und stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier, Peter Kleinert, Gelegenheit zu geben, seine im Fernsehfilm „Immer auf der Seite der Opfer“ allgemeingültig erhobenen Vorwürfe der Nachrichtenunterdrückung und Manipulation durch die privatwirtschaftliche Presse durch ergänzende Informationen zu erhärten. Dies gelang ihm und seinen Zeugen in solch eindrucksvoller Weise, daß Fritz Gent, Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier

in NRW, nicht nur den gravierendsten Kündigungsgrund des Verlegers Neven DuMont ad absurdum geführt sah, sondern zum Abschluß der mehrstündigen Veranstaltung, die zu einem Tribunal gegen die Unternehmerpresse wurde, auch zur Solidarität mit Peter Kleinert aufrief.

Um so beschämender — wenn nicht unwürdig — muß die Entscheidung der gewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitglieder anmuten, der Willkürmaßnahme des Verlegers gegen einen engagierten Kollegen und Funktionär der eigenen Gewerkschaft nicht zu widersprechen, sondern die ominösen Kündigungsgründe des Bundes Deutscher Zeitschriften-Verleger-Vize, die aber nicht genannt werden, sogar ausdrücklich zu rechtfertigen.

Die Kampagne, die Mitglieder des Betriebsrats jetzt zusätzlich gegen Peter Kleinert, hintergründig aber auch gegen Fritz Gent und andere Funktionäre, gestartet haben, läßt nicht nur das geschriebene Gesetz der Solidarität vermissen, sondern greift die Gewerkschaft selbst an. hpb

Nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein

„Die parlamentarische Demokratie verliert ihre Glaubwürdigkeit bei Millionen von Jugendlichen, wenn sie sich als unfähig erweist, die berechtigten Ansprüche der jungen Generation auf eine qualifizierte berufliche Bildung zu erfüllen.“ Nach diesen Worten von Hans Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, vor dem Berufsbildungsausschuß seiner Gewerkschaft in Heidelberg hat das Bonner System seine Glaubwürdigkeit bereits verloren, zumindest bei den Hunderttausenden Jugendlichen, die von Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel betroffen sind.

Um dieser „Gefahr“ gegenzusteuern, aber auch aufgrund vieler Aktionen der Arbeiterjugend, ist nun die Bundesregierung nach jahrelanger Untätigkeit gezwungen, Aktivitäten gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorzuspiegeln. Ein „Sonderprogramm“ in Höhe von 300 Millionen DM wurde verkündet. Aber es ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Für jeden der fast 400 000 Arbeitslosen unter 25 Jahren stehen nicht einmal 1000 DM zur Verfügung.

Zu zwei Drittel sollen die Mittel dazu dienen, Jugendlichen ohne Hauptschul- oder Berufsbildungsabschluß individuelle Hilfen zur Berufsvorbereitung, Fortbildung und Umschulung zu geben. Sicher hat der eine oder andere einen

und mobile Verwertung ihrer Arbeitskraft garantiert. Alle Maßnahmen, die nicht an diesem Ziel ausgerichtet sind, führen letzten Endes zu einer Verschleuderung von Steuermitteln, die anschließend eingesetzt werden müssen, um fehlgeleitete Ausbildung zu korrigieren.“

Ein Drittel der im Sonderprogramm bereitgestellten 300 Millionen DM will die Bundesregierung dazu verwenden, um 1400 freie Lehrstellen bei Post und Bahn zu besetzen. Jedoch wurden allein bei der Post in den letzten beiden Jahren 4500 Plätze abgebaut. Bleibt also noch ein Manko von über 3000 Plätzen. Und das soll ein Beitrag zur Überwindung des Lehrstellenmangels sein?

Ähnlich wirkungslos ist das Programm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nur noch etwas demagogischer. Das bißchen Substanz, das sich aus dem CDU/CSU-Programm herausfiltern läßt, ist allzu durchsichtig: feigenblattartige Appelle an die Unternehmer, doch bitte ihr Ausbildungsplatzangebot „voll auszuschöpfen“, und der Ruf nach weiteren Subventionen für ausbildungswillige Unternehmer. Genau in diese Richtung gehen auch die Programme, die die Landesregierungen — zum Beispiel von Nordrhein-Westfalen (SPD/FDP) und von Baden-Württemberg (CDU) — vorgelegt haben.

All diese stumpfen Pläne bestätigen eine alte Erfahrung: Wer die Macht des Großkapitals nicht antasten will, kann der Arbeiterjugend nichts geben. Wirkungsvoll sind nur Maßnahmen, die die Verfügungsgewalt der Unternehmer über Arbeits- und Ausbildungsplätze einschränken, zum Beispiel die Ausbildungsverpflichtung der Unternehmer. Diese Forderung wird zunehmend auch aus den Reihen der SPD erhoben; so vom NRW-Arbeitsminister Farthmann, der Staatssekretärin im Kanzleramt, Marie Schlei, und vom SPD-Landesparteitag Schleswig-Holstein. Gründe genug, um von der Bundesregierung um

so nachhaltiger die Verwirklichung zu fordern. Die Zeit drängt. Soeben meldet die Bundesanstalt für Arbeit, daß im Zeitraum Oktober 1975 bis Januar 1976 — verglichen mit dem Vorjahreszeitraum — 12,3 Prozent weniger Ausbildungsplätze gemeldet wurden, aber 12,9 Prozent mehr Bewerber.

Wolfgang Bartels

Spaltungsversuche der JU

Kaum hatte der DGB zu den Jugendvertreterwahlen aufgerufen, so waren auch schon Mao- und CDU-Gruppierungen auf den Plan getreten. Mögen sie sich auch in bestimmten Punkten unterscheiden, in einem sind sie sich einig: Sie wollen die gewerkschaftlichen Positionen schwächen. Deutlichstes Beispiel ist die Junge Union Bayerns. Im „Bayernkurier“ (24. Januar 1976) gab sie die Devise aus: „Die Jugendvertretung hat nicht die Aufgabe, den Klassenkampf oder vordergründige politische Konfrontation in die Betriebe zu tragen.“ Die CDU/CSU-Jugendorganisation will also die Jugendvertreterwahlen in Gemeinsamkeit mit den Unternehmern bestreiten. Dazu hat sie einen „Leitfaden“ herausgegeben.

Einige Zitate sollen das verdeutlichen: „Die Kreisvorstände oder die Ortsvorstände (der Jungen Union) beauftragen aus ihrem Kreis einen Verantwortlichen für die Vorbereitung und Durchführung der Jugendvertreterwahlen... Eine frühzeitige Auswahl der Kandidaten ist im wesentlichen Aufgabe der Kreis- und Ortsvorstände... Generell muß es unser Bestreben sein, unsere Kandidaten aufgrund ihrer Persönlichkeit zu propagieren und ihre parteipolitische Bindung in den Hintergrund zu halten, um nicht unnötig zu provozieren.“ Wie klug!

Der bayerische Gewerkschaftsjugendfunktionär Fritz Schösser verurteilte diese Pläne der Jungen Union als Versuch, die Belegschaften zu spalten. Nach Auffassung der Gewerkschaften versuche die CDU/CSU, mit solchen Einmischungen in die Jugendvertreterwahlen Einfluß in den Betrieben zu gewinnen, nachdem sie mit der Bildung einer „Lehrings-Union“ Schiffbruch erlitten habe.

Auch die deutschen Bischöfe haben zur Wahl von Jugendvertretern aufgerufen, die „für eine gute zwischenmenschliche Atmosphäre“ sorgen. Sie stellen die Jugendvertreterwahlen unter das Bibelwort „Mitten unter euch steht einer, den ihr nicht kennt“ (Joh. 1,26). Da kann man nur antworten: Wählt lieber jemanden, den ihr kennt, nämlich als aktiven Gewerkschafter. W. B.

Im Mittelpunkt des DKP-Parteitag Probleme der Arbeiterklasse

Vom 19. bis 21. März 1976 fand in der Bonner Beethovenhalle der Parteitag '76 der DKP statt. Er stand unter dem Motto: „Mit der DKP gegen das Großkapital, für soziale und demokratische Rechte, für Frieden, Freiheit und Sozialismus“. 629 Delegierte und 138 Gastdelegierte diskutierten und beschlossen den Bericht des Parteivorstandes sowie 234 ordentliche Anträge und einen Initiativantrag. In großer Einmütigkeit wurde der Parteivorstand gewählt.

Von den insgesamt 767 Delegierten gehörten 702, oder 90 Prozent, einer DGB-Gewerkschaft an. 335 üben gewerkschaftliche und 189 betriebliche Funktionen aus. Es wurde im Bericht der Mandatsprüfungskommission hervorgehoben, daß die soziale Zusammensetzung der Delegierten deutlich den Klassencharakter der DKP zeige. Von den Delegierten und Gastdelegierten waren 590 Arbeiter und Angestellte und 3 Lehrlinge. Das Durchschnittsalter der Delegierten betrug 36 Jahre.

Der Parteitag wurde von 36 Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien besucht. Auch der Vertreter des Informationsbüros der Palästinensischen Befreiungsbewegung — PLO — war anwesend. Weit über 200 Journalisten aller Medien beobachteten den Parteitag.

In seiner Eröffnungsrede erklärte der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, daß die DKP die nationalen Interessen dieses Landes vertrete. Ihren Mitgliedern habe die Bundesrepublik mehr Gutes, vor allem internationales Ansehen zu verdanken, als jenen Politikern, die in ihrer antikommunistischen Verblendung nicht wahrhaben wollten, daß die DKP eine Partei dieser Bundesrepublik Deutschland sei.

Im Bericht des Parteivorstandes wurde eingeschätzt, daß der internationale Entscheidungsprozeß ein entscheidendes Stück vorangekommen und zur Haupttendenz im internationalen Leben geworden ist. Die wichtigste Ursache hierfür sei im weiteren politischen, ökonomischen und militärischen Erstarken der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder zu suchen. Die enge Verbundenheit der DKP mit der Sowjetunion, der DDR und der sozialistischen Welt wurde unterstrichen. Die DKP werde weder heute noch morgen auf Distanz zum realen Sozialismus gehen, sondern mit ihm stets fest verbunden sein, meinte Herbert Mies. Eher gehe ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß die DKP für den Lohn „bürgerlicher Salonfähigkeit“ auch nur einen Fußbreit von den Lehren von Marx, Engels und Lenin, von der Idee des proletarischen Internationalismus abweiche.

Zur inneren Entwicklung der Bundesrepublik wurde festgestellt, daß sie vorrangig von der kapitalistischen Wirtschaftskrise und den vielfältigen Krisenerscheinungen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen geprägt werde. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung sei unfähig, dem arbeitenden Volk wirkliche soziale Freiheit zu geben. Scharf wandte sich der Vorsitzende der DKP gegen diejenigen, die behaupten, daß das Volk in der Vergangenheit über seine Verhältnisse gelebt habe und nun dafür büßen müsse. Die Arbeiter und Angestellten hätten noch niemals über ihre Verhältnisse gelebt. „Sie haben hart gearbeitet und immer nur soviel bekommen, wie sie sich selber erkämpften. Über ihre Verhältnisse gelebt hat allein die herrschende Klasse, die Unsummen öffentlicher Mittel für Hochrüstung und Profitmaximierung verschleudert, das heißt in die eigene Tasche gesteckt hat.“ Er sprach sich für die Erhöhung der Massenkaufkraft durch aktive Lohnpolitik aus. Die Lohnpolitik werde am Realeinkommen gemessen. Das mindeste, worauf die Arbeiter und Angestellten jetzt ein Anrecht hätten, sei die Sicherung der Reallohne.

Breiten Raum nahm die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten ein. Herbert Mies setzte sich hierbei mit der Haltung der SPD-Führung auseinander, die jegliche Zusammenarbeit mit der DKP ablehne, das Berufsverbot gegen Kommunisten betreibe und die Mitglieder der eigenen Partei bei geringster Zusammenarbeit mit Kommunisten mit Parteiauschlussverfahren bedrohe. Jedoch könnten auf die Dauer ohne die Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten die Arbeiterinteressen nicht mit Erfolg vertreten werden.

Die DKP werde auch künftig ohne Vorbehalte, geduldig und aufgeschlossen das Gespräch mit den Sozialdemokraten suchen. Bestehende Meinungsverschiedenheiten in grundsätzlichen weltanschaulichen Fragen brauchten das Zusammenwirken überall dort nicht zu behindern, wo gemeinsame Interessen und Standpunkte vorhanden seien und wo nur gemeinsames Handeln etwas auszurichten vermöge. Die praktische

Aktionseinheit sei am besten geeignet, strittige Fragen zu klären.

Im Bericht wurde festgestellt, daß die DKP entschieden um Freiheit und Demokratie für das werktätige Volk kämpfe. Sie trete deshalb auch mit aller Konsequenz dafür ein, daß die in der Verfassung verankerten demokratischen Grundrechte strikt gewahrt werden. Es gebe jedoch keine „reine Demokratie“ und keine „Freiheit an sich“. Schon immer habe die Frage gestanden „Freiheit und Demokratie — für wen?“ Das Schönreden über die freiheitlich-demokratische Grundordnung ändere nichts daran, daß in der Bundesrepublik tatsächlich das Großkapital herrsche, eine Diktatur über Millionen. In der Diskussion führte zu diesem Problemkreis Max Reimann aus, daß Willy Brandt, als er die Regierung übernahm, mehr Demokratie wagen wollte. Das sei ganz offensichtlich leeres Gerede gewesen, denn die fortgesetzten Drohungen gegen die DKP und die Berufsverbote sprächen für sich. Dies seien offensichtlich die Mittel, die Brandt brauche, um seine Absicht zu verwirklichen, die DKP klein zu halten.

Zu der viel diskutierten Frage, welchen Weg zum Sozialismus die Bundesrepublik gehen werde, meinte Herbert Mies, daß die DKP nicht viel davon halte, an „Modellen“ herumzubasteln. „Es gibt nur einen Sozialismus, den Marx und Engels von einer Utopie zur Wissenschaft machten. Der Sozialismus, den die Partei Lenins als erste zur Wirklichkeit werden ließ, der heute in den sozialistischen Staaten erfolgreich aufgebaut wird und dem in der ganzen Welt die Zukunft gehört.“ Natürlich werde der Sozialismus auch in der Bundesrepublik spezifische, der Tradition, den historischen Bedingungen und der nationalen Eigenart entsprechende Züge tragen.

Mannigfaltigkeit der Formen ändere nichts daran, daß der Sozialismus immer nur gegen den erbitterten Widerstand der kapitalistischen Ausbeuter erkämpft werden könne, daß der Sozialismus immer Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten und gesellschaftliches Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln sei. Die Geschichte kenne keine Beispiele der Koexistenz von Kapital- und Arbeitermacht.

Jetzt sei aber für alle, die den Sozialismus wollten, das wichtigste, die arbeitenden Menschen dafür zu gewinnen, die Angriffe des Großkapitals und seines Staates auf die erkämpften sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiter und Angestellten abzuwehren und tiefgreifende Reformen zugunsten der arbeitenden Menschen zu erzwingen. (Zum Verhältnis DKP-Gewerkschaften siehe auch Einhefter S. 18/19.)

Heinz Schäfer

Besser informiert durch NACHRICHTEN

Nutzen davon. Aber nach einem solchen Lehrgang ist der Jugendliche meist genauso arbeitslos wie vorher. Und sollte er wegen besserer Kenntnisse doch eine Stelle finden, dann nur um den Preis, daß ein anderer sie verliert.

Das Kernproblem der Lösung der Jugendarbeitslosigkeit, die Schaffung neuer Lehr- und Arbeitsstellen, wird durch solche Maßnahmen nicht berührt. Dazu wieder Hans Preiss: „Unverständlich und unverantwortlich ist es, wenn Hunderte von Millionen Mark nur zu dem Zweck ausgegeben würden, Jugendliche eine Zeitlang von der Straße zu holen. Das Interesse der Jugendlichen ist es nicht, ziellos aufbewahrt zu werden, sondern eine Ausbildung zu erhalten, die die langfristige

Wohnungsbau weiter geschrumpft „Sozial“-Mieten steigen am stärksten

1975 ist die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf 420 000 zurückgegangen. Das ist das niedrigste Ergebnis seit 1950. Gegenüber 604 000 im Jahre 1974 und 714 000 im Jahre 1973 ist das eine Senkung um etwa 30 bis 40 Prozent. Für dieses Jahr wird mit einem weiteren Rückgang im günstigsten Falle um rund 17 Prozent auf 350 000 fertiggestellte Wohnungen gerechnet. Damit wird sich der Wohnungsbau gegenüber dem Ergebnis von 1973 mehr als halbiert haben.

Auch die gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften haben 1975 mit nur 70 000 bis 80 000 fertiggestellten Wohnungen das seit 1950 schlechteste Ergebnis erreicht. Nach dem 1970 vom damaligen Bundeswohnungsbauminister Lauritzen vorgelegten langfristigen Wohnungsbauprogramm der SPD/FDP-Regierung sollten bis 1980 jährlich mindestens 500 000 neue Wohnungen, darunter 250 000 öffentlich geförderte, gebaut werden.

In einem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom Anfang Februar hat der DGB seine Sorgen über die rückläufige Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus und über die Mieterhöhung vorgetragen. Nach Ansicht des DGB sind weder der rechnerische Ausgleich zwischen Wohnungsbestand und Anzahl der Haushalte noch die in ihrer Höhe umstrittenen Wohnungshalden „ein Indiz für eine Sättigung des Wohnbedarfs der Arbeitnehmerhaushalte“. Der DGB erwartet, daß — entsprechend einer Forderung des 10. Ordentlichen DGB-Kongresses vom Mai 1975 — vorrangig der soziale Mietwohnungsbau an die Marke von rund 200 000 Sozialwohnungen jährlich mit tragbaren Mieten herangeführt wird. Keineswegs ist, wie auch der DGB feststellt, der Wohnungsmarkt gesättigt. Noch immer leben in der Bundesrepublik sechs bis neun Millionen Menschen in Slums. Nach den Angaben von Albert Vietor, Vorstandsvorsitzender der Neuen Heimat, auf einer Pressekonferenz Anfang Februar in Hamburg, handelt es sich dabei überwiegend um kinderreiche Arbeiterfamilien, ausländische und ältere Mitbürger.

Zu dem drastischen Rückgang beim Wohnungsbau haben mehrere Ursachen geführt. Dazu zählt die Baukostenexplosion, die zur Folge hat, daß 1975 mit den gleichen Mitteln nur noch ein Drittel soviel Wohnungen finanziert werden konnten wie 1965. Hinzu kommt die starke Drosselung und radikale Verschlechterung der Förderung des Wohnungsbaus durch Bund und Länder, die sich besonders beim „sozia-

len“ Wohnungsbau auswirken. „Sozial“-Wohnungen werden immer mehr zu einem Luxusartikel für Durchschnittsverdiener.

In den letzten Jahren sind die Mieten, vor allem für „Sozial“-Wohnungen, stärker als die allgemeinen Lebenshaltungskosten gestiegen. Nach Feststellungen des Mieterbundes waren die Mieten von „Sozial“-Wohnungen 1974 zweieinhalbmal so stark gestiegen wie die der freifinanzierten Wohnungen. Es gibt nicht wenige Fälle, in denen die „Sozial“-Miete bereits 6 DM pro Quadratmeter übersteigt. In den achtziger Jahren wird die Miete für die von 1970 bis 1975 geförderten Wohnungen 10 DM pro Quadratmeter erreichen und überschreiten. Der Mieterbund fordert deshalb eine „Entschärfung“ der „Zeitbombe Sozialmieten“.

Im September 1975 lagen die Mieten für „Sozial“-Wohnungen 10,2 Prozent über dem Vorjahresstand, während der Mietpreisindex insgesamt um „nur“ 6,9 Prozent gestiegen war. Insgesamt sind sie 1975 um 8,6 Prozent emporgeschritten.

In Übereinstimmung mit der Forderung des DGB-Grundsatzprogrammes nach Deckung des Wohnungsbedarfs für die Bevölkerungskreise mit geringem Einkommen zu tragbaren Mieten hat DGB-Vorsitzender Vetter schon im Sommer vorigen Jahres dem Bundeskanzler die Förderung der Baufinanzierung durch Senkung der Hypothekenzinsen und zusätzliche Mittel für Sozialwohnungen mit tragbaren Mieten vorgeschlagen.

Zu diesen gewerkschaftlichen Positionen steht die von Albert Vietor während der schon erwähnten Pressekonferenz erhobene Forderung, die Mieten für ältere Sozialwohnungen weiter zu erhöhen, in direktem Gegensatz. Mit der Verteuerung der älteren „Sozial“-Wohnungen will Vietor die „Mietenverzerrung“ zwischen älteren und jüngeren „Sozial“-Wohnungen abbauen und „mehr Mietgerechtigkeit“ herstellen. Für den Leiter einer gewerkschaftli-

chen und gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft ist das eine wahrhaft makabre Begründung! Ähnlich wollen auch die Bauminister des Bundes und der Länder die Mieter von „Sozial“-Wohnungen gegeneinander ausspielen, wenn sie Maßnahmen ankündigen, damit derjenige, der nur zehn Prozent seines Einkommens für die Miete einer „Sozial“-Wohnung zahlt, künftig tiefer in die Tasche greifen soll.

Solche unsozialen Pläne und Forderungen richten sich nur gegen die Mieter, nicht gegen Wohnungs- und Hauseigentümer, die in früheren Jahren auch mit billigen öffentlichen Darlehen bauen konnten und für die die Darlehenszinsen nicht wie für die älteren „Sozial“-Wohnungen schon zweimal willkürlich heraufgesetzt wurden. Sie richten sich nur gegen die Mieter von „Sozial“-Wohnungen, nicht gegen die Mieter von Altbau- oder freifinanzierten Wohnungen. Damit, daß der einen Gruppe von „Sozial“-Mieter noch mehr Miete aufgebremst wird, wird die Miete für alle anderen nicht einen Pfennig geringer. Die Bewohner der älteren „Sozial“-Wohnungen aber bezahlen heute schon oft mehr als das Doppelte, ja nicht selten mehr als das Dreifache der Miete zur Zeit des Erstbezuges der Wohnung! „Mietenentzerrung“ und „mehr Mietgerechtigkeit“ sind zu bejahen, aber nicht durch die Verteuerung der günstigeren Mieten, sondern durch Herabsetzung der überhöhten Mieten für die jüngeren „Sozial“-Wohnungen!

Um seine Forderung nach Erhöhung der Mieten für die älteren „Sozial“-Wohnungen schmackhaft zu machen, hat Vietor gleichzeitig eine Verbesserung des Wohngeldes verlangt. Doch erstens wird in keinem Fall eine Mieterhöhung durch das Wohngeld voll ausgeglichen. Zweitens ist es für jeden angenehmer, seine Miete selbst zahlen zu können, als immer wieder unter Angabe seiner Einkommensverhältnisse Wohngeld bzw. dessen Weiterzahlung beantragen zu müssen. Drittens liegen schon jetzt bei den Wohngeldempfängern in 30 Prozent der Fälle die zu zahlenden Mieten über den im Wohngeldgesetz festgelegten Mietobergrenzen. Das bedeutet, daß diese Wohngeldempfänger jede Mieterhöhung selbst voll tragen müssen. Viertens ist nicht nur zu Beginn dieses Jahres die fällige Anpassung des Wohngeldes nicht durchgeführt worden. Nach der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes soll auch in den nächsten vier Jahren — bis 1979! — das Wohngeld nicht angepaßt werden. Die seit Anfang 1974 geltenden Mietober- und Einkommensgrenzen sollen eingefroren bleiben.

Die gegenwärtige Krise im Wohnungsbau, besonders im sozialen Wohnungsbau, ist nur lösbar, wenn in der staatlichen Haushaltspolitik neue Prioritäten gesetzt werden. A. B.

Arbeitsrecht: Neue Entscheidungen Kündigungsschutz für Wahlbewerber

1976 stehen in den Betrieben und Verwaltungen zwei wichtige Wahltermine an: Seit dem 1. März bis zum 31. Mai 1976 werden im öffentlichen Dienst, d.h. in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie bei der Bundesbahn und Bundespost Personalräte und Jugendvertretungen gewählt; zwischen dem 1. Mai und dem 30. Juni 1976 finden in allen Betrieben, die regelmäßig mehr als fünf unter 18 Jahre alte Arbeiter und Angestellte beschäftigen, Jugendvertreterwahlen statt. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 und das Bundespersonalvertretungsgesetz von 1974 haben den Schutz der Wahlbewerber verbessert. Nach § 15 Abs. 2 und 3 Kündigungsschutzgesetz kann Wahlbewerber bis sechs Monate nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses nur noch außerordentlich und mit Zustimmung des Betriebs- bzw. Personalrats gekündigt werden.

Den Beginn des Kündigungsschutzes für Wahlbewerber macht das Kündigungsschutzgesetz „vom Zeitpunkt der Aufstellung des Wahlvorschlages“ abhängig. Den Interessen der Wahlbewerber entspricht die Auslegung, daß der besondere Kündigungsschutz bereits dann eingreift, wenn mit dem Sammeln der Unterschriften auf dem Wahlvorschlag begonnen wird (so: Harald Fuchs, Die Wahl der Jugendvertretung, Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht, Heft 8, 1976). Diese Auslegung steht auch mit dem Wortlaut des § 15 Abs. 2 und 3 in Einklang.

Die bürgerlichen Kommentare zum BetrVG machen jedoch den Beginn des Kündigungsschutzes von der Erstellung des Wahlvorschlages bzw. sogar erst von der Einreichung beim Wahlvorstand abhängig. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hat in einem Urteil vom 23. September 1975 — 17 Sa 817/75 (abgedruckt in: Der Betrieb, Heft 10, 1976) dazu entschieden: „Der besondere Kündigungsschutz für Wahlbewerber setzt bereits in dem Zeitpunkt ein, in dem ein ordnungsgemäßer Wahlvorschlag mit der erforderlichen Zahl von Unterschriften erstellt ist; auf die Einreichung beim Wahlvorstand kommt es nicht an.“

Gegen eine offensichtlich unbegründete Kündigung eines Wahlbewerbers ist nach einem Beschluß des Arbeitsgerichts Hamburg (vom 28. Januar 1976 — 3 Ga/BV 31/75, abgedruckt in: Der Betrieb, Heft 10, 1976) eine einstweilige Verfügung auf Zutritt zum Betrieb zulässig. Im entschiedenen Fall war in einem betriebsratslosen Betrieb einem

Wahlbewerber fristlos gekündigt worden, ohne daß die vorherige Zustimmung des Arbeitsgerichts vorlag.

Tendenzschutz

§ 118 BetrVG schließt für alle Unternehmen und Betriebe, die „unmittelbar und überwiegend

1. politischen, koalitionspolitischen, konfessionellen, karitativen, erzieherischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Bestimmungen oder

2. Zwecken der Berichterstattung oder Meinungsäußerung, auf die Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes Anwendung findet, dienen“, die Anwendung der Vorschriften über den Wirtschaftsausschuß (§§ 106 bis 110) aus. Die anderen Vorschriften des BetrVG sollen nur dann keine Anwendung finden, „soweit die Eigenart des Unternehmens oder des Betriebes“ dem entgegensteht.

Über die Bedeutung dieses Paragraphen heißt es in dem Kommentar zum BetrVG von Siebert/Degen (3. Auflage 1975, Nachrichten-Verlag): „Was die Unternehmerverbände und ihre Vertreter in den Parteien gegen den Widerstand der Gewerkschaften an reaktionären Regelungen in das Gesetz nicht für die gesamte Arbeiterschaft hineinbringen konnten, haben sie für den Teil der Beschäftigten durchgesetzt, der für die Bewußtseinsbildung und die technisch-materielle Umsetzung von Ideologie besonders wichtig ist... Die Tendenzschutzbestimmungen tragen dazu bei, daß die großen Verleger ohne jede Kontrolle seitens der Belegschaft und der Öffentlichkeit und ohne Rücksicht auf die Freiheit der Berichterstattung ihre wirtschaftlichen Ziele verwirklichen können.“

Diese Einschätzung wird durch das wichtigste Urteil der letzten Zeit zum Tendenzschutz, dem sogenannten Fischer-Urteil, voll bestätigt. Der Betriebsrat des Fischer-Verlages hatte die Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses verlangt. Das Landesarbeitsgericht (BAG) hat diesen Antrag am 14. November 1975 zurückgewiesen. In dem Verfahren hatte der Betriebsrat nachgewiesen, daß von einer bestimmten „Gesinnung“ im Verlagsprogramm keine Rede sein könne, vielmehr verlege der Verlag alles, „was beim Kunden ankommt“, der Vergleich mit einem „Warenhausangebot“ sei ohne weiteres zu treffen.

Über diese Ausführungen setzt sich das BAG souverän hinweg: Erstens sei

es einhellige Meinung, daß Verlage unter den Tendenzschutz fielen, und zweitens sei ein Verlagsprogramm eine Form der „Berichterstattung“, diese sei notwendig vielfältig. Also komme es auf eine bestimmte „Gesinnung“ überhaupt nicht an. Auch die Motive des Unternehmers, nämlich Gewinn zu erzielen, seien völlig unerheblich.

Bei dieser Rechtslage ist es um so wichtiger, alle noch so geringen positiven Ansätze zur Verteidigung und Erweiterung der Rechtspositionen der Beschäftigten in Tendenzbetrieben zu kennen. Dazu einige neuere Urteile: Ein Lohndruckunternehmen, das zu 90 Prozent mit dem Druck einer Tageszeitung ausgelastet ist und mit dem Zeitungsverlag gesellschaftsrechtlich verflochten ist, ist selbst kein Tendenzunternehmen (BAG, Beschluß vom 31. Oktober 1975 — 1 ABR 64/74, abgedruckt in: Der Betrieb, Heft 3, 1976).

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Der 1972 neu ins Bürgerliche Gesetzbuch eingefügte § 613a BGB regelt, daß bei dem Übergang eines Betriebes oder Betriebsteils auf einen anderen Inhaber die Rechte und Pflichten aus den Arbeitsverhältnissen nicht berührt werden. Das BAG hat am 7. November 1975 (1 ABR 78/74, abgedruckt in: Der Betrieb, Heft 3, 1976) im Falle der Übernahme einer Zeitung entschieden, daß § 613 a auch für Tendenzunternehmen gilt.

Bei der Einstellung eines sogenannten Tendenzträgers entfällt nicht ohne weiteres das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats nach § 99 BetrVG. In der Entscheidung des BAG vom 7. November 1975 (s. o.) heißt es: „Demnach hat der Arbeitgeber unter gleichzeitiger Darlegung, warum es sich um einen sogenannten Tendenzträger handelt, jedenfalls über dessen Person, Einstellungsdatum, Arbeitsplatz, seine Eingruppierung und die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen im Betriebsgeschehen Auskunft zu geben.“

Auch bei Kündigungen von Tendenzträgern ist der Betriebsrat nach § 102 BetrVG anzuhören (BAG vom 7. November 1975 — 1 AZR 74/74, abgedruckt in: Der Betrieb, Heft 5, 1976). Dabei hat ihm der Unternehmer nach dieser Entscheidung alle Kündigungsgründe mitzuteilen und nicht nur — so eine weitverbreitete Meinung — die „tendenzfreien“ Gründe. Eine Kündigung, die ohne Anhörung des Betriebsrats erfolgt, ist rechtlich unwirksam. —en

Spezialisierte Genossenschaften verändern DDR-Landwirtschaft

Während in den sechziger Jahren in der Presse der Bundesrepublik sehr viel, meist Negatives, über die Landwirtschaft der DDR berichtet wurde, ist es in den letzten Jahren zunehmend ruhiger geworden. Damals wurde behauptet, daß sich eine moderne Landwirtschaft nicht unter sozialistischen Bedingungen entwickeln könne. Unsere Redaktion hatte die Möglichkeit, die Entwicklung der Landwirtschaft in der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) Berilstedt bei Weimar, einem Spitzenbetrieb der DDR, zu untersuchen, den schon zuvor eine Delegation der IG Metall unter Leitung ihres Vorsitzenden, Eugen Loderer, besuchte.

Bezeichnend für die Unsicherheit führender Publikationsorgane unseres Landes ist ein Artikel in der Frankfurter Allgemeinen vom 24. Januar 1976, die entgegen der bisherigen Schwarz-weißmalerei bezüglich der DDR-Landwirtschaft feststellte, daß sich in der DDR „ein Prozeß abspielt, der in der Welt einzigartig ist“. Die FAZ behauptet allerdings, daß in den spezialisierten Genossenschaften „eine permanente Funktionsentleerung“ stattfindet und den Genossenschaften das Produktionskapital, die Arbeitskräfte und ihr eigener Etat verloren gingen. Die sozialistische Mitwirkung werde nichts anderes als ein Traum sein und die betriebliche Führung so großer Produktionseinheiten genauso fern und noch unnahbarer sein, als es früher der gräfliche Gutsherr gewesen sei.

Die LPG Berilstedt hat 260 Mitglieder, davon sind etwas mehr als die Hälfte Frauen. 94 Prozent haben eine Fachausbildung. Die Schichtleiter haben einen Fachschulabschluß, ebenso die Hälfte der Meister. Die Brigadeleiter sind ausnahmslos Absolventen von Hochschulen. Der Vorstand besteht aus neun Mitgliedern, darunter fünf Frauen. 25 Prozent der Mitglieder gehören der SED an. Entschieden wird über die grundlegenden Perspektiven nicht in irgendwelchen fremden Gremien, sondern in der Mitgliederversammlung. Seit 19 Jahren ist der gelernte Fleischer Karl Thoma Vorsitzender der LPG. Er ist politisch und fachlich mit allen Wassern gewaschen und gehört dem Zentralkomitee der SED an.

Bei der LPG Berilstedt handelt es sich um eine spezialisierte LPG. In den zwanzig Jahren ihres Bestehens — sie wurde am 21. Januar 1956 gegründet — hat sie die landwirtschaftliche Nutzfläche von 170 ha auf 5200 ha erweitert. Seit kurzem bewirtschaftet die LPG Berilstedt keinen Boden mehr. Sie hat sich voll auf Viehwirtschaft spezialisiert und stellt, genauso wie das benachbarte Volkseigene Gut (VEG) Neu-

mark, ihren Boden zur Bewirtschaftung an die ebenfalls spezialisierte LPG Vippachedelhausen zur Verfügung, die darauf vornehmlich Getreide, Zuckerrüben und Grünfütterer erzeugt und damit die Futterbasis liefert.

In Berilstedt stehen 4500 Kühe in modernen Ställen und bringen jährlich mehr als 22 Millionen Liter Milch. Das ist ein Stalldurchschnitt von rund 5000 Litern. 1976 sollen bereits 5200 Liter erreicht werden. An Rindfleisch werden jährlich 7500 Doppelzentner produziert. Die LPG liegt in ihrer Milchleistung pro Kuh noch um rund einem Drittel über dem Durchschnitt des Bezirks Erfurt, der sich jedoch in den letzten Jahren sprunghaft dem Durchschnitt der Bundesrepublik näherte, der bei gegenwärtig 4500 Liter pro Kuh liegt. In Berilstedt werden jeweils 2000 Kühe pro Schicht von 13 qualifizierten Arbeitskräften versorgt, dazu kommt noch ein Tierarzt.

In Hottelstedt, einem benachbarten Ort, produziert die LPG Eier. 260 000 Legehennen sorgen dafür, daß in den Geschäften rund 50 Millionen Eier jährlich angeboten werden können. Daneben gibt es noch eine Fasanenfarm, die insbesondere den Bedarf von Hotels und Ferienheimen deckt. Im VEG Neumark werden 25 000 Schweine gehalten und jährlich 82 000 Doppelzentner Schweinefleisch erzeugt. Die Fütterung erfolgt über Pipelines, selbstverständlich computergesteuert. Drei Frauen betreuen die Schweine. Die Gewichtszunahme der Schweine — und dies wird Fachleute interessieren — beträgt täglich 580 Gramm bei einem Futtermiteinsatz von 4,2 Getreideeinheiten. Die Grund- und Umlaufmittel pro Beschäftigten betragen in Neumark rund 1 Million Mark und in Berilstedt rund 300 000 Mark. Sie sind höher als in der Mehrzahl der Industriebetriebe der Bundesrepublik.

Wir interessieren uns dafür, was denn die sozialistische Umgestaltung den einzelnen LPG-Mitgliedern brachte. Sie

haben, was als Einzelbauer völlig ausgeschlossen ist, jetzt eine geregelte Arbeitszeit und einen jährlichen Urlaub. Weil die Tiere rund um die Uhr versorgt werden müssen, wird weitestgehend in Schichten gearbeitet. Nach sechs Tagesschichten folgen drei freie und nach sieben Nachtschichten vier freie Tage. Um möglichst vielen LPG-Bauern einen schönen Urlaub zu ermöglichen, baute die LPG in Scheibelsbach im Thüringer Wald ein Ferienhotel mit 30 Betten, das rund 1 Million Mark kostete.

Jedes Mitglied bekommt monatlich rund 900 Mark netto auf die Hand. Damit läßt es sich offensichtlich, zusammen mit den sozialen Leistungen des Staates und der LPG, so gut leben, daß kaum noch Großvieh individuell, d.h. von den einzelnen Bauern, gehalten wird. In Berilstedt selbst gibt es nur noch einen privaten Bullen, gewissenmaßen als Hobby. Auch kulturell regt sich in Berilstedt eine ganze Menge. Ein modernes Kulturhaus, mit einer komfortablen Gaststätte, die auch die LPG-Mitglieder versorgt, ermöglicht, daß sich die LPG-Mitglieder in ihrer Freizeit selbst kulturell betätigen können. Ein großer Saal mit einer Theatert Bühne garantiert auch, daß die benachbarten Bühnen aus Erfurt und Weimar dort gastieren können.

In Berilstedt gibt es auch ein landwirtschaftliches Einkaufszentrum. Dort setzen 14 Arbeitskräfte jährlich rund 35 Millionen Mark um. Es führt 9000 Artikel und arbeitet eng mit dem Versandhandel zusammen. Es beliefert nicht nur die Kantinen, die an den Arbeitsplätzen vorhanden sind, sondern führt auch die Arbeitsplatzversorgung auf den Feldern durch.

Die LPG Berilstedt erstreckt sich über mehrere Dörfer. Diese haben sich auf staatlicher Ebene zu einem Gemeindeverband zusammengeschlossen, wobei jede einzelne Gemeinde juristisch selbstständig blieb. Dort werden die gemeinsam interessierenden Fragen diskutiert und entschieden. Die Bürgermeister treffen sich wöchentlich, und in der Regel findet vierteljährlich ein Gemeindegtag statt, zu dem die Gemeindeparlamente ihre Vertreter delegieren.

Obwohl viele Probleme noch zu lösen sind, so z. B. gibt es ernsthafte Probleme bei der Abwasserreinigung, für die noch erhebliche Investitionen erforderlich sind, konnten wir eine schnelle Entwicklung zu einer hochmodernen Landwirtschaft feststellen. Berilstedt ist ein interessantes Studienobjekt, denn es verkörpert schon heute das Morgen der DDR-Landwirtschaft. In schnellerem Tempo vollzieht sich dort auf allen Gebieten eine Annäherung der Lebensbedingungen des Dorfes an die Stadt. In Berilstedt ist dies heute schon erreicht.

Heinz Schäfer

Die wahren Ursachen für Harold Wilsons Rücktritt

Von unserem Londoner Korrespondenten Mick Costello

Nach 18 Monaten „Sozialvertrag“ zwischen der Labour-Regierung und den Gewerkschaften ist der Lebensstandard für die Arbeiter und Angestellten wie nie zuvor seit den Jahren der Vorkriegsdepression gesunken. 18 Monate haben die Gewerkschaftsführer — abgesehen von wenigen Ausnahmen — alles getan, um Lohn- und Gehaltserhöhungen zu verhindern, nachdem sie die Aussagen des Sozialvertrages, daß höhere Löhne Inflation verursachen, akzeptiert hatten.

Auf zahlreichen gewerkschaftlichen Konferenzen der letzten Monate ist der Vertrag größerem Druck ausgesetzt als je zuvor. Die Löhne wurden niedrig gehalten, aber die Regierungsversprechen auf Verringerung der Arbeitslosenzahlen, Preisstabilität und bessere Sozialleistungen sind nicht erfüllt worden. Im Gegenteil. Die Arbeitslosenzahl hat mit über 1 250 000 einen Nachkriegsrekord erreicht, ebenso die Preise. Die Sozialleistungen sind Angriffen ausgesetzt wie nie zuvor seit der Einführung des umfassenden Systems sozialer Einrichtungen in den Nachkriegsjahren. Selbst die Altersrenten (und sie sind keineswegs die höchsten in Westeuropa) erfahren eine Wertminderung. Die Ausgaben für den Wohnungsbau werden gekürzt, und es wird allgemein angenommen, daß die Mietpreise in naher Zukunft wieder ansteigen werden.

Die Industrie leidet weiterhin an Kapitalmangel, da der Kapitalexport zusehends anhält. Die Rüstungsausgaben steigen beträchtlich und die Ausgaben für Bildung werden gekürzt. Das Defizit der Zahlungsbilanz beträuft sich auf etwa 5 Milliarden Pfund (ein Pfund sind rund 5 DM). Im letzten Jahr ist das Bruttosozialprodukt gesunken, und es bleibt weiterhin niedrig.

Vor diesem Hintergrund gibt es eine wachsende Bewegung in den Gewerkschaften, den Sozialvertrag mindestens zu überprüfen. Immer mehr Resolutionen nach Beseitigung des Sozialvertrages kommen aus solchen Bereichen, in denen mehr als nur unerfüllte Versprechen der Regierung benötigt werden. Weitverbreitet ist die Überzeugung, daß — wie tief die Krise in der kapitalistischen Welt auch sein mag — Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne nicht länger hingenommen werden können. Man legt große Erwartungen, daß der von Schatzkanzler Denis Healey angekündigte April-Etat Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit enthalten wird. Sollte dies nicht der Fall sein, wird es für die Gewerkschaftsführung wirklich schwierig, ihre Mitglieder auf eine weitere Periode stagnierender Löhne festzulegen.

Dennoch plädieren die Unternehmer, geführt von der Confederation of British Industry und den Sprechern der Bank von England, für eine Einstellung sogar der niedrigen Lebensmittelzuschüsse. Sie fordern, daß am Ende der gegenwärtigen Periode der Lohnbegrenzung der erlaubten Lohnsteigerungen von gegenwärtig 6 Pfund wöchentlich in jeder Zwölfmonatsperiode noch weiter gekürzt werden soll.

Diese schwierige wirtschaftliche Situation ist auch der Hintergrund für den Rücktritt von Premierminister Harold Wilson. Die Bewerber um seine Nachfolge tun alles, um jede politische Diskussion aus dem Führungskampf herauszuhalten. Eine Ausnahme ist der jetzige Energieminister Tony Benn, der der Meinung ist, daß die Qualifikation des neuen Führers der Labour Party daran zu messen sei, wie er zu den Beschlüssen der Parteitage und zu den Wahlmanifesten steht. Aber in der un-demokratischen Atmosphäre, in der die Parlamentsmitglieder, die den neuen Premierminister wählen, sich befinden, wird diese Haltung sicherlich nicht im Wahlergebnis berücksichtigt werden.

Seit der letzten Parlamentswahl gehen immer mehr Labour-Führer dazu über, von ihren Wahlversprechen abzurücken. Jene Kräfte, die verstärkt für Verstaatlichungen und mehr soziale Gerechtigkeit eintreten, wurden immer mehr geschwächt. Ein Beispiel dafür ist Chrysler. Als die Firma in Schwierigkeiten geriet, zog es die Regierung statt einer Verstaatlichung vor, den amerikanischen Konzernherren finanziell unter die Arme zu greifen.

In den Fabriken wächst das Gefühl, daß die Arbeiter getäuscht wurden. Ihr Unmut wird immer größer. Nach einem Jahr relativer Ruhe ist damit zu rechnen, daß in den kommenden Monaten, besonders in der Frühjahrs- und Herbstperiode der Tarifverhandlungen, die Arbeiter und Angestellten für die Durchsetzung ihrer Forderungen ihre ganze Kraft einsetzen werden.

ILO-Tagung über öffentlichen Dienst

Vom 6. bis 14. April — nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe — tagt in Genf die „Paritätische Kommission des öffentlichen Dienstes“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Beratungsgegenstand werden u. a. Fragen der Schaffung eines einheitlichen Dienstrechtes, der Chancengleichheit aller Beschäftigten und der Überwindung beruflicher Diskriminierung im öffentlichen Dienst sein. Ebenso wird über die zukünftige Tätigkeit der ILO auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstes beraten.

Entsprechende Vorschläge hat die Internationale Vereinigung der Gewerkschaften (IVG) des öffentlichen Dienstes im Februar auf einer Tagung in Damaskus erarbeitet, um sie der ILO — einer Organisation der UNO — zuzuleiten. Die genannte IVG arbeitet eng mit dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) zusammen. Für die Zeit vom 7. bis 8. September 1976 wurde eine Vorstandstagung der IVG Öffentliche Dienste nach Berlin/DDR einberufen, wo sowohl die genannten Fragen als auch die Vorbereitung eines internationalen Berufskongresses der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf der Tagung stehen sollen.

Vereinbarung zwischen FDGB und Gewerkschaften Polens

Auf Einladung des FDGB fand im März eine Zusammenkunft zwischen Delegationen des Zentralrats der polnischen Gewerkschaften (CRZZ) und des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Die Vorsitzenden beider Bünde, Wladyslaw Kruczek und Harry Tisch, berieten über die weitere Vertiefung der freundschaftlichen Zusammenarbeit beider Organisationen.

Im Ergebnis des Gedankenaustausches wurde eine „Vereinbarung über Freundschaft und Zusammenarbeit“ getroffen. FDGB und CRZZ, heißt es darin, betrachten die weitere Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes als Kern gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Beide Gewerkschaftsbünde „unterstützen alle Schritte, die die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften unterschiedlicher Orientierung und internationaler Zugehörigkeit fördern, und treten für die baldige Einberufung der nächsten europäischen Gewerkschaftskonferenz ein“. S.b.

Größte Streikwelle seit 40 Jahren Spanier kämpfen für Demokratie

Vincente Ferrero ist tot. Auf dem Kopfsteinpflaster des auf der Bergkette über Bilbao liegenden Basauri streckten ihn Schüsse aus einer MP der Guardia Civil nieder. Der Arbeiter Vincente war 18 Jahre alt. Aus Protest gegen den Polizeimord an drei Arbeitern im baskischen Vitoria legte er mit Hunderttausenden von Spaniern aus dem baskischen Norden bis zu den Südgastaden der Iberischen Halbinsel am 8. März die Arbeit nieder. Wie Ratten hatte die Polizei am 3. März in Vitoria durch Gasbomben eine Arbeiterversammlung aus einer Kirche vertrieben und das Feuer auf die unbewaffneten Arbeiter eröffnet.

Diese düsteren Szenen spielen sich vor dem Hintergrund einer Streikwelle ab, die das Land seit 40 Jahren nicht gekannt hat. Allein in den letzten Februartagen streikten in ganz Spanien mehr als 300 000 Männer und Frauen. Es gibt keine Stadt zwischen San Sebastian an der französischen Atlantikküste bis nach Alicante im Süden, wo nicht Bau-, Metall- und Bergarbeiten, Lastwagenfahrer, Bankangestellte, Professoren und Studenten streikten und demonstrierten.

Neben der Forderung nach Verbesserung des Lebensstandards steht gleichberechtigt der Wille, eine Amnestie für politische Gefangene und die freie Rückkehr von Emigranten, die oft seit 1939 ihre Heimat nicht mehr sahen, durchzusetzen. Gleichzeitig geht der Kampf um Demokratie auch darum, daß die „Enclaves“, Delegationen der staatlichen Gewerkschaften, in den Betrieben zurücktreten. Die Männer und Frauen in den Betrieben wollen der seit dem Ende des Bürgerkrieges geübten Praxis, über staatliche Gewerkschaften Unternehmerpolitik zu treiben, nicht länger zusehen.

In diesem Kampf nehmen die Streikenden und ihre Familien, die nicht wie in der Bundesrepublik mit Streikgeldern rechnen können, auch noch die immer wieder von den Unternehmern praktizierte Aussperrung in Kauf. „Unsere Väter, Brüder und Frauen stehen mit dem Rücken zur Wand. Wenn sie etwas erreichen wollen, müssen sie kämpfen und damit auch mit Repressalien rechnen“, sagt mir ein spanischer Arbeitsmigrant, der bei Opel in Bochum arbeitet. Dann erzählt er stolz von dem heldenhaften Kampf der 15 000 Männer und Frauen bei Fasa-Renault in Valladolid, wo seit Ende 1973 kein halbes Jahr vergeht, in dem die Fasa-Arbeiter nicht ihre ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen aufstellen. Einige ihrer Forderungen sind die 5-Tage-Woche bei 8stündiger Arbeit, Herabsetzung des Arbeitsrhythmus, Amnestie für politische Gefangene, Gewährung des Rechts, sich frei zu versammeln, sich zu äußern, das Assoziationsrecht und das Recht auf Streik.

Das war im Februar. Jetzt kam als Forderung Nummer eins die Wiedereinstellung von 120 Entlassenen hinzu, die nach einem Streik von der Werkleitung gemäßregelt wurden. Aus Solidarität mit ihren Kollegen in Valladolid trat die Belegschaft des Fasa-Zweigwerkes in Sevilla in den Streik. Aber auch in anderen Betrieben setzten aus Solidarität Arbeiter, wie bei Michelin, Nitratos De Casrilla oder Ceramika Del Duero, die Maschinen still. Streikbrecher, die sich oft unter Polizeischutz in den Betrieb bringen ließen, mußten nach zwei Wochen Arbeitskampf erleben, daß ihre Autos und Motorräder mit platten Reifen auf der Strecke blieben. Ihre im Streik befindlichen empörten Kollegen hatten die Zufahrtsstraße zum Betrieb mit Nägeln bepflanzt. „Opfer“ waren 400 Wagen von Streikbrechern, vom technischen Personal und der Direktion.

Um in etwa ökonomisch diesen Kampf durchzuhalten, haben die Fasa-Arbeiter seit zwei Jahren einen Solidaritätsfonds eingerichtet. In einem Informationsblatt in der Fabrik wird über die Auszahlung von Geldern an entlassene und verhaftete Arbeiter berichtet. Trotz Befragungen von über 100 verhafteten Arbeitern durch die Polizei blieben die Fonds und die Auszahlungswege bis heute von der Polizei unentdeckt.

Sicherlich hat dieser Kampf der Arbeiter von Valladolid, der ohne weiteres auf viele andere spanische Städte übertragbar ist, mit dazu beigetragen, daß die spanische Regierung vom 1. April an für jeden Arbeiter und Angestellten bei einer Inflationsrate von 20 Prozent einen Mindestlohn von umgerechnet 17 DM festlegte. Nur soll sich der Franco-Nachfolger Juan Carlos nicht der trügerischen Hoffnung hingeben, daß sich die spanischen Arbeiter damit zufriedengeben und schon gar nicht mit dem angekündigten Gesetzesentwurf über die Zulassung von politischen Parteien. So sollen die Kommunistische Partei und die baskische ETA weiterhin als ungesetzlich gelten.

Das bedeutet für viele hundert Emigranten, die heute meist in Frankreich

leben, daß ihnen das Tor in ihre Heimat weiterhin verschlossen bleibt. Das heißt für die 13 jungen Basken, die vor fünf Jahren blutverschmiert in das von Militär bewachte Gefängnis in Basauri eingeliefert wurden und sich durch einen Tunnel die Freiheit verschafften, daß sie weiterhin nach Bayonne fahren müssen, um von dort über Biskaya hinweg einen Zipfel ihrer geliebten baskischen Pyrenäen zu erblicken.

Mit keinem Wort ging die Regierung auf die Zulassung demokratischer Gewerkschaften ein. Das alles zeigt, hier soll mit Tünche übermalt an alten Zuständen festgehalten werden. Die Zahl der ermordeten Arbeiter ist in den letzten Tagen auf acht angestiegen. Eine Zahl, die für diesen Zeitraum über einer vergleichbaren Zahl der Morde liegt, die in den letzten Monaten der Franco-Herrschaft begangen wurden. Daran sollten unsere führenden Politiker in Bonn denken, wenn sie Goodwill-Touren nach Spanien starten oder spanische Minister in allen Ehren empfangen. Wie die Wirklichkeit in der Bundesrepublik aussieht, kann man daran ersehen, daß bisher weder von Bundeskanzler Schmidt noch von Minister Arendt bekannt ist, ob sie auf ein Protesttelegramm des IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer wegen der jüngsten Morde bei der spanischen Regierung intervenierten.

IBFG-Protest gegen Solschenizyn

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), der Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) und der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) haben in einer gemeinsamen Pressemitteilung heftigen Protest gegen Solschenizyn erhoben. Anlaß dafür war eine Erklärung Solschenizyns im spanischen Fernsehen, in der er das faschistische Regime lobte und der spanischen Regierung riet, den Demokratisierungsprozeß zu bremsen.

Für bessere Arbeitsumwelt

Auf einer Sitzung der bulgarischen Gewerkschaften wurden bessere Arbeitsbedingungen und eine freundlichere Arbeitsumwelt als ein untrennbarer Bestandteil des sozialistischen Aufbaus bezeichnet. Für diese Zwecke werden im siebenten Fünfjahrplan Bulgariens insgesamt 1,538 Milliarden Lewa bereitgestellt. Das ist viermal soviel wie im Zeitraum 1971 bis 1975.

Grundlegende Veränderungen nötig

Johanna Groß: Profit kontra humane Arbeitswelt — Verlag Marxistische Blätter GmbH; Reihe „Marxismus aktuell“, 130 Seiten — DM 6,50.

Forderungen nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen stehen seit eh und je im Mittelpunkt der Auseinandersetzung der Arbeiterklasse mit dem Kapital, sie sind so alt wie der Kapitalismus. Bei der Problematik der Humanisierung der Arbeitswelt handelt es sich jedoch nicht schlechthin um traditionelle Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen, sondern um eine qualitativ neue Verbindung mit weiterreichenden, die grundsätzliche Stellung der Arbeiter berührenden Fragen und Forderungen.

Für die Inhumanität der Arbeitswelt sind weder der technische Fortschritt an sich noch subjektive Versäumnisse einer „klassenneutralen“ Wirtschaftspolitik verantwortlich zu machen. Die Ursachen für unmenschliche Arbeitsbedingungen liegen in dem Profitsystem begründet. Es verhindert, daß entsprechend dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte die gesellschaftlich verausgabte Arbeit auch von der gesamten Gesellschaft angeeignet und kontrolliert wird.

Die Autorin untersucht in dieser Arbeit die Frage, warum gegenwärtig die Forderung nach Humanisierung der Arbeitswelt immer stärker in den Vordergrund sozialpolitischer Auseinandersetzungen rückt. Ein zentraler Punkt der vorliegenden Untersuchung liegt in der Analyse der sozialen Strategie des Monopolkapitals, das diesen Begriff umfunktioniert und seinen Interessen unterordnet. Dabei wird auch die Rolle der Unternehmerverbände und der herrschenden Parteien sichtbar gemacht. Die Erklärungen der Unternehmer von einer notwendigen „neuen Phase der Humanisierung der Arbeitswelt“ werden nicht nur in ihrer demagogischen Absicht gekennzeichnet, sondern es wird nachgewiesen, daß sich darin auch der durchaus ernst zu nehmende Versuch des herrschenden Monopolkapitals widerspiegelt, sich den neuen Existenzbedingungen des kapitalistischen Systems besser anzupassen und die Bedingungen der Kapitalverwertung günstiger zu gestalten.

In diesem Sinne ist in der BDA-Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen formuliert: „Humanität und Rentabilität müssen sich nicht ausschließen. Sie können vielmehr zu einer sinnvollen Synthese gebracht werden. Jedoch wäre es kurzfristig, dabei zu übersehen, daß der Betrieb auf

Dauer rentabel produzieren muß. Daher ist nicht alles, was die Humanisierung der Arbeit fördert, wirtschaftlich tragbar“ (S. 99). Damit wird ein wesentliches Ziel der Humanisierungskonzeption der Unternehmer umschrieben: die Sicherung und Erhöhung der Profite.

Die Arbeit behandelt unter anderem die gewerkschaftlichen Zielstellungen zur Humanisierung der Arbeitswelt und zeigt die Grenzen sozialreformerischer Politik. Es wird nachgewiesen, daß dauerhafte Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen und eine wirkliche Humanisierung der Arbeitswelt grundlegende Umwälzungen in den ökonomischen und politischen Machtverhältnissen erfordern. Der Anhang enthält Dokumente der ersten Europäischen Gewerkschaftskonferenz. U. Sch.

Bucheingänge

Die Lebenslage älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Analyse der Mängel und Vorschläge zur Verbesserung. Projektleitung und wiss. Koordination: Dr. Gisela Kiesau. Hrsg. vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB. Bund-Verlag Köln 1975, XVI, 462 Seiten. (WSI-Studien. Nr. 31.)

Diese auf Wunsch des DGB-Bundesvorstands verfaßte Studie des WSI hat Material zur Erarbeitung eines DGB-Programmes zur Verbesserung der Lebenslage älterer Menschen geliefert. Es werden Daten zur Beschäftigungsstruktur, zur Einkommenssituation, zu sozialen Kontakten und individuellen Aktivitäten, zur Wohnsituation und zur ärztlichen Versorgung älterer Menschen in der Bundesrepublik ausgewertet und in einen übergreifenden Zusammenhang gestellt. Die Absicht dieser Studie ist es, die Diskussion im Bereich der Altenhilfe und in wichtigen Teilen der Sozialpolitik zu beleben und Anregungen zu notwendigen Reformen zu geben.

Brüder zur Sonne zur Freiheit. Ein Lieberbuch, Bund-Verlag, Köln 1974, 152 Seiten, kartoniert, 12 DM. Die Textsammlung gliedert sich in vier Abschnitte: Kampflieder, Gegen das Elend des Krieges, Lied der Deutschen und Beliebte Volkslieder.

VERLAGSINTERNES

Am 1. Juni werden es 15 Jahre, seit die NACHRICHTEN zum ersten Mal erschienen sind. Gründer war Heinz Seeger, der auch heute noch zu den Herausgebern und Autoren der Zeitschrift zählt. In der Nummer 1 der NACHRICHTEN schrieb er: „Die NACHRICHTEN sollen in erster Linie, wie ja der Name sagt, interessante ‚Nachrichten‘ vermitteln. Daneben aber ist es unser Wunsch, die Zeitschrift zu einem Diskussionsorgan der Arbeitnehmer zu machen, die ernsthaft an der Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Anteil nehmen.“ Diese Aufgabe, wie sie damals formuliert wurde, stand und steht noch heute im Vordergrund.

Nicht zuletzt dem Gründer der NACHRICHTEN, Heinz Seeger, ist es zu danken, daß die Zeitschrift sich zu ihrer heutigen Form entwickelt hat und 1969 ein Verlag gegründet wurde, der für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit so wichtige Titel herausgebracht hat wie „entschiedene profito“, die bereits in der 3. Auflage erschienen sind, und „Marxismus leichtgemacht“, eine Schrift, die heute noch gefragt ist und inzwischen die 6. Auflage erlebt hat.

Seit 1961 ist die Abonnentenzahl der NACHRICHTEN enorm gestiegen, und sie steigt weiter an. Als wir in der letzten Redaktionssitzung die 15 Jahre Revue passieren ließen, regte eines unserer Redaktionsmitglieder an, jeden Abonnenten aufzurufen, einen weiteren Leser zu werben. Diesen Vorschlag, der die Zustimmung der gesamten Redaktion fand, geben wir gern an Sie weiter. Wir würden uns freuen, wenn bald Bestellungen mit dem Vermerk „NACHRICHTEN-Abonnenten werben weitere Leser“ bei uns eingingen.

In der letzten Ausgabe der NACHRICHTEN ist eine Panne passiert. Im Beilagenhinweis war ein Prospekt für die nachrichten-reihe 3: „Berufliche Bildung — Politik des DGB“ angekündigt. Dieser Prospekt liegt jetzt bei und die Broschüre inzwischen gedruckt vor. Sie ist ab sofort beim Verlag bzw. in den collectiv-Buchhandlungen zum Preis von 4 DM erhältlich.

Fertig gedruckt ist jetzt auch der Kommentar von Rolf Geffken zum Bundespersonalvertretungsgesetz. Er gibt sowohl für die Personalratsmitglieder als auch für die Gewerkschafter im öffentlichen Dienst zahlreiche Hinweise, wie sie die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten wirksam gegenüber den öffentlichen Arbeitgebern vertreten können. Der Kommentar ist mit 25 DM der preisgünstigste auf dem Büchermarkt. Die Kosten für seine Anschaffung für Personalräte hat übrigens nach § 44 Abs. 2 die Dienststelle zu tragen. jaco

Terminkalender

- **23. bis 25. April**
Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes in London
- **1. Mai bis 30. Juni**
Wahlen der Jugendvertretung nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **4. bis 6. Mai**
Personalratswahlen im Bereich der Deutschen Bundespost und der Bundesbahn. Zur gleichen Zeit finden bei der Post die Jugendvertreterwahlen statt
- **11. bis 13. Mai 1976**
Europäische Automobil-Tagung der IG Metall in München
- **13. Mai bis 15. Mai**
9. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) in Heidelberg
- **17. bis 19. Mai**
IG-Metall-Tagung zum Thema: „Krise und Reform in der Industriegesellschaft“ in Köln
- **20. bis 22. Mai**
Internationale Gewerkschaftskonferenz über Fragen ausländischer Arbeiter in Stuttgart
- **24. bis 27. Mai**
11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder in Mainz
- **10. bis 11. Juni**
9. Frauenkonferenz der IG Metall in Leverkusen
- **13. bis 19. Juni**
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) in Hamburg
- **26. bis 27. Juni**
5. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in Leverkusen
- **29. August bis 3. September**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Hamburg
- **19. bis 25. September**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Hamburg
- **26. September bis 2. Oktober**
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Saarbrücken
- **13. bis 15. Oktober**
9. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Nürnberg
- **23. bis 27. November**
11. ordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Dortmund

Zu guter Letzt

Die Leiche kann auch noch so stinken – stets findet sich jemand, der sie aus dem Keller holt. So beginnt ein Artikel im Zentralorgan der IG Druck und Papier. Dieser Eindruck dränge sich auf, wenn man Zeitungen aufschlage und dort immer wieder dieselben Heißlehren über die Krise und unsere Lohnforderungen lese. Für Unternehmer und ihre bezahlten Funktionäre sei dies noch verständlich. Volksverdummung gehöre zu ihrem Geschäft. Aber Minister? Oder wissenschaftliche Sachverständige? „druck und papier“ geht der Sache auf den Grund.

In der Zeit von 1970 bis 1974 sind die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen kräftig gestiegen: von 176 Milliarden DM auf 217 Milliarden DM. Dabei sind noch nicht einmal die jährlichen Abschreibungen berücksichtigt. Von 1970 bis 1974 erhöhten sich die Abschreibungen von 66,7 Milliarden DM auf 102,8 Milliarden DM. Damit reichten bereits die Abschreibungen aus, um im Jahre 1974 rund 80 Prozent der Investitionen, die mit 123 Milliarden DM angegeben werden, zu finanzieren.

Lassen wir die Abschreibungen außer acht und ziehen von den Gewinnen die Steuern ab, so blieben den Unternehmern 1974 117,7 Milliarden DM an Nettoprofit. Statt neue Arbeitsplätze zu schaffen, haben die Unternehmer kräftig zugelangt und den Betrieben 1974 von den 117,7 Milliarden DM 102,6 Milliarden DM entzogen. Alles spricht dafür, daß sich dies im Jahre 1975 fortgesetzt hat. Denn schon für das erste Halbjahr hat die Bundesbank errechnet, daß die Unternehmer 59,5 Milliarden DM, das sind 10 Milliarden DM mehr als im ersten Halbjahr 1974, den Betrieben für private Zwecke entnommen haben.

Und dann sollen die Arbeiter und Angestellten noch weiter Lohnverzicht üben? Damit noch mehr Gewinne entnommen werden? Oder: Der Staat soll noch weitere Steuervergünstigungen gewähren (z.B. 1 Milliarde DM durch die Körperschaftssteuer-„Reform“ für Aktionäre)?

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der NACHRICHTEN liegen Prospekte für folgende Titel bei: Rolf Geffken: „Bundespersonalvertretungsgesetz – Vollständiger Wortlaut – Kommentiert für die Praxis“ und „nachrichten-reihe 3“ – Wolfgang Bartels: „Berufliche Bildung – Politik des DGB“. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomea, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:
6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 03 72,
Glauburgstr. 66; Telefon 59 97 91;
Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Post-scheckk.: Frankfurt/M. 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 3,- DM; Jahresabonnement 25,- DM zuzüglich 3,60 DM Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Heinz Schäfer, 61 Darmstadt, Pädagogstraße 2.

Gerd Siebert, 2411 Borstorf/Mölln.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.

Ständige Mitarbeiter:

Günter Arndt, Frankfurt/M.; Wolfgang Bartels, Dortmund; Peter Baumöller, Düsseldorf; Günther Blum, Ratingen; Heinrich Brankamp, Bochum; Mick Costello, London; Sabine Eiermann, Gießen; Rolf Geffken, Hamburg; Jörg Goldberg, Köln; Hans Kramer, DDR; Lorenz Knorr, Frankfurt/M.; Dr. Udo Mayer, Hamburg; Heinz Pahlke, Westberlin; Axel Pinck, Hamburg; Herwart Prudlo, Ilseede; Karl-Heinz Schulz, Hamburg; Manfred Sokolof, Essen; Hans Vossen, Düsseldorf.

NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main

